

Beteiligungsbericht 2018

Beteiligungen des Landes Schleswig-Holstein an Unternehmen des privaten oder öffentlichen Rechts

Finanzministerium des Landes Schleswig-Holstein
Düsternbrooker Weg 64
24105 Kiel

www.finanzministerium.schleswig-holstein.de

Redaktionsschluss: Oktober 2018

Dieser Bericht wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der schleswig-holsteinischen Landesregierung herausgegeben. Er darf weder von Parteien noch von Personen, die Wahlwerbung oder Wahlhilfe betreiben, im Wahlkampf zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl darf dieser Bericht nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Landesregierung zugunsten einzelner Gruppen verstanden werden könnte. Den Parteien ist es gestattet, den Bericht zur Unterrichtung ihrer eigenen Mitglieder zu verwenden.

Vorwort

Das Land Schleswig-Holstein ist an verschiedenen Wirtschaftsunternehmen in privater und öffentlicher Rechtsform beteiligt. Diese Beteiligungen repräsentieren einen erheblichen Teil des Landesvermögens und stellen wichtige Instrumente für die Landespolitik dar. Die mittels der Beteiligung verfolgte Zielsetzung spiegelt sich im Unternehmensgegenstand und Gesellschaftszweck wider. Sie ist Handlungsleitlinie für die Mitglieder von Geschäftsleitung und Überwachungsorgan.



Die Verwaltung erfolgt zentral in einem Referat im Finanzministerium in Abstimmung mit den jeweils fachlich zuständigen Ressorts. Die Zusammenarbeit ist durch verwaltungsinterne Vorschriften geregelt, die in einem „Beteiligungshandbuch“ zusammengefasst sind. Dies soll zu einer einheitlichen Verfahrensweise beitragen und einer ordnungsgemäßen Wahrnehmung der Landesinteressen dienen. Einzelheiten zu den Beteiligungen werden regelmäßig im Beteiligungsbericht veröffentlicht.

Die Beteiligungen des Landes an Unternehmen sind Teil einer verantwortungsvollen und vorausschauenden Wirtschafts-, Struktur- und Standortpolitik der Landesregierung. Die Verwaltung der Beteiligungen orientiert sich dabei an den national und international anerkannten Standards guter Unternehmensführung, die das Land im Corporate Governance Kodex für Schleswig-Holstein (CGK-SH) festgelegt hat. Der Kodex legt die grundlegenden Bestimmungen zur Leitung, Überwachung und Prüfung von Unternehmen fest. Er soll einen kontinuierlichen Prozess zur Verbesserung der Unternehmensführung und -überwachung anstoßen sowie diese transparenter und nachvollziehbarer gestalten. Zudem werden Standards für das Zusammenwirken von Gesellschaftern, Überwachungsorgan und Geschäftsleitung festgelegt. Dies dient in erster Linie dazu, das öffentliche Vertrauen in Unternehmen mit Landesbeteiligung zu stärken.

Mit dem vorliegenden Beteiligungsbericht informiert das Finanzministerium in übersichtlicher Form über den Bestand und aktuelle Entwicklungen der schleswig-holsteinischen Beteiligungen. Er liefert wesentliche Informationen zu den einzelnen Unternehmen – beispielsweise zu Geschäftsfeld und Geschäftsentwicklung, zur Höhe der Zuwendungen aus dem Landeshaushalt und zu den Mitarbeiterzahlen. Der Bericht dient als Informationsgrundlage sowohl für die Arbeit des Landtags, der die Kontrolle über die wirtschaftliche Verwendung öffentlicher Mittel ausübt, als auch für interessierte Bürgerinnen und Bürger, Wirtschaft und Verwaltung. Er wird deshalb über das Internet der Öffentlichkeit zugänglich gemacht.

Allen Vorständen, Geschäftsführerinnen und Geschäftsführern, Aufsichtsorganen und Beschäftigten im Bereich der Landesbeteiligungen wie auch meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Beteiligungsverwaltung möchte ich an dieser Stelle für ihren engagierten Einsatz danken.

Kiel, im Dezember 2018

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'M. Heinold'.

Monika Heinold

Finanzministerin des Landes Schleswig-Holstein

Inhaltsverzeichnis

Landesbeteiligungen im Überblick	6
Gegenstand des Beteiligungsberichts	7
Grundlagen der Beteiligungspolitik des Landes	9
Beteiligungsbestand am 31.12.2017	10
Veränderungen am Beteiligungsbestand	13
Zusammengefasste Daten	14
Unternehmensdaten	17
AKN Eisenbahn GmbH	18
Bürgerschaftsbank Schleswig-Holstein GmbH	22
Dataport AöR	28
DEGES Deutsche Einheit Fernstraßenplanungs- und -bau GmbH	33
Eichdirektion Nord AöR	39
EKSH Gesellschaft für Energie und Klimaschutz Schleswig-Holstein GmbH	43
Filmförderung Hamburg / Schleswig-Holstein GmbH	46
Gesellschaft zur Beseitigung von Sonderabfällen mbH	50
GMSH Gebäudemanagement Schleswig-Holstein AöR	53
GOES Gesellschaft für die Organisation der Entsorgung von Sonderabfällen mbH	59
Gesellschaft zur Verwaltung und Finanzierung von Beteiligungen des Landes Schleswig-Holstein mbH	62
HSH Beteiligungs Management GmbH	66
HSH Finanzfonds AöR	70
HSH Nordbank AG	73
hsh portfoliomanagement AöR	78
InphA Institut für pharmazeutische und angewandte Analytik GmbH	82
Investitionsbank Schleswig-Holstein AöR	86
Life Science Nord Management GmbH	91
Nahverkehrsverbund Schleswig-Holstein GmbH	95
NationalparkService gGmbH	100
Schleswig-Holsteinische Landesforsten AöR	104
Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein AöR	108
Tourismus-Agentur Schleswig-Holstein GmbH	112
Universitätsklinikum Schleswig-Holstein AöR	116
Wirtschaftsförderung und Technologietransfer Schleswig-Holstein GmbH	121

<i>Anhänge</i>	125
Landesmandatsträgerinnen und Landesmandatsträger in Aufsichtsorganen	126
Abkürzungsverzeichnis	129

Landesbeteiligungen im Überblick

Gegenstand des Beteiligungsberichts

Der vorliegende Bericht informiert über die unmittelbaren Beteiligungen, die das Land Schleswig-Holstein an rechtlich selbständigen Unternehmen des privaten oder öffentlichen Rechts unterhält. Einrichtungen, die keine rechtliche Selbständigkeit haben (z. B. Landesbetriebe) oder nicht unternehmensförmig strukturiert sind (z. B. Stiftungen) sind nicht Gegenstand des Berichts.

Der Bericht beinhaltet zunächst einen Überblicksteil zum Beteiligungsbestand und dessen Entwicklung. Außerdem geben zusammenfassende Daten aus der Beteiligungsverwaltung eine Orientierung hinsichtlich Umfang und Bedeutung der Beteiligungspolitik in Schleswig-Holstein. Hier wird auch auf die Entwicklung des Anteils von Frauen und Männern in Leitungsfunktionen und Kontrollgremien eingegangen.

Im Anschluss wird ab Seite 17 über eine Auswahl von Unternehmen in alphabetischer Reihenfolge ausführlicher berichtet, bei denen die Landesbeteiligung als bedeutend eingestuft wird. Bedeutend sind dabei grundsätzlich alle Beteiligungen, bei denen der Umfang der Landesbeteiligung einen nicht unwesentlichen Einfluss auf Unternehmensentscheidungen sicherstellt. Außerdem werden Beteiligungen als bedeutend angesehen und ausführlich dargestellt, wenn die Tätigkeit des Unternehmens von herausragender Bedeutung für das Land ist. Einige kleinere Beteiligungen werden als nicht bedeutend bewertet und nicht genauer betrachtet. Dabei handelt es sich im Einzelnen um die folgenden Beteiligungen:

- Bewerbungsgesellschaft Hamburg 2024 GmbH (Olympia GmbH)
- Deutsches Zentrum für Hochschul- und Wissenschaftsforschung GmbH,
- Institut für Film und Bild in Wissenschaft und Unterricht gGmbH,
- GKL Gemeinsame Klassenlotterie der Länder / NKL Norddeutsche Klassenlotterie AöR,
- Helmholtz-Zentrum Geesthacht Zentrum für Material- und Küstenforschung GmbH,
- Hamburger Verkehrsverbund GmbH,
- KfW Kreditanstalt für Wiederaufbau AöR,
- Kunst- und Ausstellungshalle der Bundesrepublik Deutschland GmbH,
- PD - Berater der öffentlichen Hand GmbH,
- Zentrum für Maritime Technologie und Seefischmarkt ZTS Grundstücksverwaltung GmbH.

Für die bedeutenden Beteiligungen macht der Bericht Angaben zur Beteiligungsstruktur, zum Unternehmenszweck, zur wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und Entwicklung. Zur Verbesserung der Transparenz beinhaltet der vorliegende Bericht auch Angaben zur Vergütung der Aufsichts- oder Verwaltungsratsmitglieder (ohne reine Aufwandsentschädigungen). Angaben zu den Bezügen der Geschäftsführung unterbleiben mit Hinweis auf § 286 Abs. 4 HGB. Ergänzend findet sich im Anhang eine Übersicht aller vom Land entsandten Vertreterinnen und Vertreter in Kontrollgremien der Landesbeteiligungen.

Der Bericht beinhaltet keine Angaben nach dem am 31. Juli 2015 in Kraft getretenen Gesetz zur Veröffentlichung der Bezüge der Mitglieder von Geschäftsführungsorganen und Aufsichtsgremien öffentlicher Unternehmen im Land Schleswig-Holstein.

Die Veröffentlichungspflichten nach diesem Gesetz gelten erstmals für Jahres- und Konzernabschlüsse des Jahres 2015. Die Veröffentlichung erfolgt auf der Internetseite des Finanzministeriums:

<http://www.schleswig-holstein.de/DE/Themen/V/verguetungsoffenlegung.html>

Der Bericht erfasst soweit sinnvoll den aktuellen Informationsstand zum 31.12.2017 (Eigentumsverhältnisse) bzw. zum Redaktionsschluss im Oktober 2018 (Besetzung der Unternehmensorgane). Die Unternehmensdaten basieren auf den geprüften Geschäftsberichten im Sinne einer konsistenten Berichterstattung für alle Unternehmen aus den Jahren 2016 und 2017. Ergänzende Ausführungen zu wichtigen jüngeren Entwicklungen vervollständigen das Bild. Die nächste jährliche Fortschreibung des Beteiligungsberichts wird genauere Angaben zur Geschäftsentwicklung im Jahr 2018 liefern.

Die Veröffentlichung dieses Berichts erfolgt ausschließlich in elektronischer Form.

[\[Inhaltsverzeichnis\]](#)

Grundlagen der Beteiligungspolitik des Landes

Rechtliche Grundlage für die Beteiligungspolitik des Landes Schleswig-Holstein ist § 65 der Landeshaushaltsordnung (LHO). Dort sind die Voraussetzungen genannt, unter denen sich das Land an privatrechtlichen Unternehmen beteiligen darf. Die unternehmerische Betätigung des Landes ist demnach nur zur Verfolgung wichtiger Interessen des Landes zulässig, wenn sich der vom Land angestrebte Zweck nicht auf anderem Wege besser und wirtschaftlicher erreichen lässt. Ob ein solches Interesse an einer Landesbeteiligung gegeben ist, wird nicht nur beim Neuerwerb von Beteiligungen, sondern auch im Rahmen der Optimierung des Beteiligungsportfolios hinterfragt. Grundsätzlich soll der Staat als Unternehmer die Ausnahme sein. So ist denn auch die Anzahl der schleswig-holsteinischen Unternehmensbeteiligungen mit aktuell 36 überschaubar.

Die Ziele des Landes Schleswig-Holstein beim Eingehen und Halten von Beteiligungen sind vielfältig. Insbesondere sind hier zu nennen

- die Wirtschaftsförderung und die Schaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen, insbesondere in strukturschwachen Regionen des Landes,
- die Förderung von Wissenschaft und Forschung, der Technologie- und Innovationstransfer sowie die Ansiedlung neuer, technologieorientierter Unternehmen,
- die Förderung der beruflichen Aus-, Fort- und Weiterbildung,
- die Daseinsvorsorge,
- die Schaffung und Erhaltung der Verkehrsinfrastruktur und
- die Förderung von Kunst und Kultur.

Die Beteiligungen dienen als Instrument zur Erfüllung öffentlicher Aufgaben und zur Umsetzung politischer Ziele in all diesen unterschiedlichen Bereichen. Der Erfolg der Beteiligungspolitik zeigt sich daran, ob diese Ziele erreicht werden. Die Einnahme- oder Gewinnerzielung ist im Gegensatz dazu kein vorrangiges Ziel. Zwar sollen die Landesbeteiligungen effizient wirtschaften, in einigen Fällen erlaubt aber die Art ihrer Aufgaben kein kostendeckendes Arbeiten. In diesen Fällen fließen Zuwendungen aus dem Landeshaushalt an die Landesbeteiligungen. Diese werden ebenso wie anders geartete wichtige Finanzbeziehungen zwischen dem Landeshaushalt und den Unternehmensbeteiligungen (etwa in Form von Leistungsentgelten) ab Seite 17 aufgeführt.

[\[Inhaltsverzeichnis\]](#)

Beteiligungsbestand am 31.12.2017

Gesellschaften oder Anstalten des öffentlichen Rechts	Gezeichnetes Kapital in €	Anteil des Landes in €	Anteil des Landes in %
AKN Eisenbahn GmbH	4.903.600	2.451.800	50,00
Bewerbungsgesellschaft Hamburg 2024 GmbH i.L.	100.000	2.000	2,00
Bürgschaftsbank Schleswig-Holstein GmbH	3.995.000	1.149.000	28,76
Dataport AöR	51.000.000	7.500.000	14,71
DEGES Deutsche Einheit Fernstraßenplanungs- und -bau GmbH	62.600	3.700	5,91
Deutsches Zentrum für Hochschul- und Wissenschaftsforschung GmbH	27.000	500	1,85
Eichdirektion Nord AöR	2.610.000	1.250.000	47,89
EKSH Gesellschaft für Energie und Klimaschutz Schleswig-Holstein GmbH	75.000	25.000	33,33
Filmförderung Hamburg / Schleswig-Holstein GmbH	25.600	6.450	25,20
FWU Institut für Film und Bild in Wissenschaft und Unterricht gGmbH	163.613	10.226	6,25
Gesellschaft zur Beseitigung von Sonderabfällen mbH	25.000	12.500	50,00
GKL Gemeinsame Klassenlotterie der Länder AöR	2.000.000	wird nicht ausgewiesen	Stimmrecht nach Königsteiner Schlüssel des Vorjahres
Gebäudemanagement Schleswig-Holstein AöR	8.000.000	8.000.000	100,00
GOES Gesellschaft für die Organisation der Entsorgung von Sonderabfällen mbH	300.000	77.250	25,75
Gesellschaft zur Verwaltung und Finanzierung von Beteiligungen des Landes mbH	750.000	750.000	100,00
Helmholtz-Zentrum Geesthacht Zentrum für Material- und Küstenforschung GmbH	40.903	1.023	2,50

Gesellschaften oder Anstalten des öffentlichen Rechts	Gezeichnetes Kapital in €	Anteil des Landes in €	Anteil des Landes in %
HSH Beteiligungs Management GmbH	100.000	10.560 unmittelbar und 35.840 mittelbar über HSH Finanzfonds	10,56 unmittelbar und 35,84 mittelbar über HSH Finanzfonds
HSH Finanzfonds AöR	0	0	50,00
HSH Nordbank AG	3.018.224.530	1.329.032.917 mittelbar über HSH Beteili- gungs Ma- nagement GmbH	44,03 mittelbar über HSH Beteili- gungs Ma- nagement GmbH
HSH Portfoliomanagement AöR	0	0	50,00
Hamburger Verkehrsverbund GmbH	60.000	1.800	3,00
InphA GmbH Institut für pharmazeutische und angewandte Analytik	38.400	6.400	16,67
Investitionsbank Schleswig-Holstein AöR	100.000.000	100.000.000	100,00
KfW Kreditanstalt für Wiederaufbau AöR	3.750.000.000	23.869.900	0,64
Kunst- und Ausstellungshalle der Bundesrepublik Deutschland GmbH	41.926	1.023	2,44
Nahverkehrsverbund Schleswig-Holstein GmbH	26.010	13.005	50,00
NationalparkService gGmbH	50.000	27.500	55,00
Länderzentrum für Niederdeutsch gGmbH	25.000	6.250	25,00
Life Science Nord Management GmbH	62.500	25.000	40,00
PD-Berater der öffentlichen Hand GmbH	1.770.000	10.000	0,56
Schleswig-Holsteinische Landesforsten AöR	100.000.000	100.000.000	100,00
Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein AöR	1.663.000	873.000	52,50
Tourismus Agentur Schleswig-Holstein GmbH	150.000	150.000	100,00

Gesellschaften oder Anstalten des öffentlichen Rechts	Gezeichnetes Kapital in €	Anteil des Landes in €	Anteil des Landes in %
Universitätsklinikum Schleswig-Holstein AöR	18.477.048,60	18.477.048,60	100,00
Wirtschaftsförderung und Technologietransfer Schleswig-Holstein GmbH	400.000	204.000	51,00
Zentrum für Maritime Technologie und Seefischmarkt ZTS Grundstücksverwaltung GmbH	511.500	30.690	6,00

[\[Inhaltsverzeichnis\]](#)

Veränderungen am Beteiligungsbestand

Bestandsänderungen	Art der Veränderung
AKN Eisenbahn GmbH (vormals AKN Eisenbahn AG)	Änderung der Rechtsform
HSH Nordbank AG	Privatisierung
Länderzentrum für Niederdeutsch gGmbH	Neugründung

AKN Eisenbahn GmbH (vormals AKN Eisenbahn AG)

Die Hauptversammlung der AKN Eisenbahn AG hatte am 18.04.2018 den Formwechsel der AG in eine GmbH beschlossen. Mit Eintragung des Formwechsels in das Handelsregister am 13.06.2018 ist dieser rechtskräftig geworden. Seitdem firmiert die AKN unter AKN Eisenbahn GmbH.

Länderzentrum für Niederdeutsch gGmbH

Mit Wirkung vom 06.12.2017 haben die Länder Schleswig-Holstein und Niedersachsen sowie die Hansestadt Bremen und die Freie und Hansestadt Hamburg das Länderzentrum für Niederdeutsch in der Rechtsform einer gemeinnützigen Gesellschaft mit beschränkter Haftung gegründet. Das Land Schleswig-Holstein hat sich mit Unterzeichnung der Europäischen Charta für Regional- und Minderheitensprachen verpflichtet, die Sprachenvielfalt Europas zu bewahren, zu stärken und mit neuem Leben zu füllen. Der Sprachraum des Niederdeutschen als Regionalsprache erstreckt sich jedoch nicht nur auf das Gebiet Schleswig-Holsteins, sondern u.a. auch auf das Land Niedersachsen, die Hansestadt Bremen und die Freie und Hansestadt Hamburg. Mit der Gründung der Länderzentrum für Niederdeutsch gGmbH will das Land Schleswig-Holstein seinen Verpflichtungen aus der Unterzeichnung der Europäischen Charta für Regional- und Minderheitensprache nachkommen.

Die Beteiligung an der Länderzentrum für Niederdeutsch gGmbH wird vom Land Schleswig-Holstein als bedeutend im Sinne der unter dem Punkt „Gegenstand des Beteiligungsberichts“ aufgeführten Kriterien eingestuft. Die Veröffentlichung des Beteiligungsberichts 2019 wird daher Angaben zur Beteiligungsstruktur, zum Unternehmenszweck, zur wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und zur Entwicklung sowie Angaben zur Vergütung der Aufsichtsratsmitglieder (ohne reine Aufwandsentschädigungen) enthalten.

HSH Nordbank AG

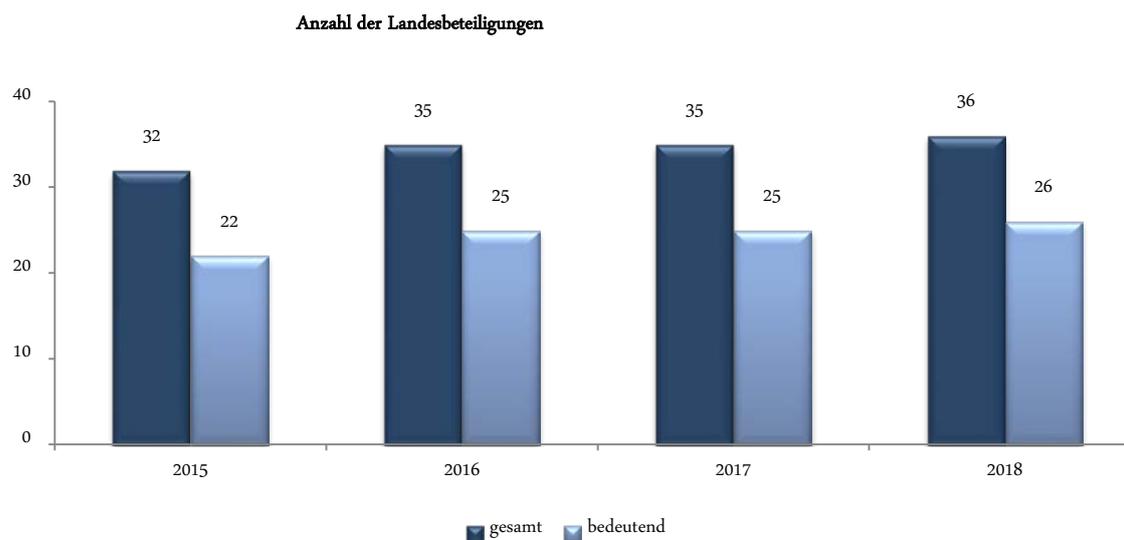
Die Länder Schleswig-Holstein und Hamburg waren nach einer Entscheidung der Europäischen Kommission im Beihilfeverfahren zur HSH Nordbank AG vom 2. Mai 2016 verpflichtet, die HSH Nordbank bis zum 28. Februar 2018 in einem offenen, transparenten, wettbewerblichen und diskriminierungsfreien Verfahren zu privatisieren. Nach Abschluss erfolgreicher Verkaufsverhandlungen stimmten das Kabinett des Landes Schleswig-Holstein sowie der Senat der Freien und Hansestadt Hamburg der Unterzeichnung eines Anteilskaufvertrags am 28. Februar 2018 zu.

Die Europäische Kommission hat der Bundesrepublik und Ländern mit Beschluss vom 26. November 2018 mitgeteilt, dass der Verkauf der Anteile der Länder an der HSH Nordbank genehmigt wurde. Mit der Genehmigungsentscheidung der Europäischen Kommission und somit der Erfüllung aller Vollzugsbedingungen konnte der Anteilskaufvertrag vom 28. Februar 2018 am 28. November 2018 vollzogen werden, verbunden mit dem Übergang des Eigentums an der Bank auf die Erwerber. Weitere Details zum Verkauf der Beteiligungen des Landes an der HSH Nordbank AG können der Drucksache 19/1083 entnommen werden.

[\[Inhaltsverzeichnis\]](#)

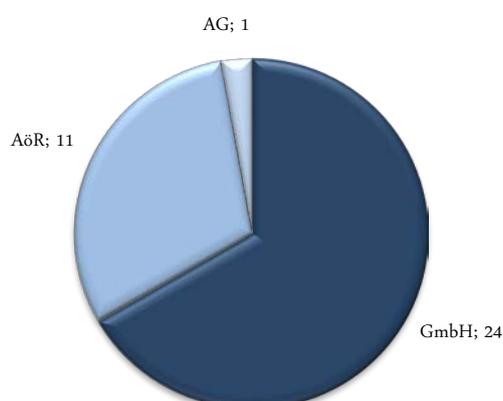
Zusammengefasste Daten

Das Land Schleswig-Holstein ist derzeit unmittelbar an 36 Unternehmen beteiligt. In 26 Fällen wird die Beteiligung als bedeutend eingestuft, von denen im nächsten Abschnitt dieses Berichts 25 näher betrachtet werden. Gegenüber den Jahren 2016 und 2017 ist zu den bedeutenden Beteiligungen eine Beteiligung hinzugekommen, bei den weniger bedeutenden Beteiligungen hat es hingegen zahlenmäßig keine Veränderungen gegeben. Die Zunahme bei den bedeutenden Beteiligungen begründet sich in der Neugründung der Länderzentrum für Niederdeutsch gGmbH.



Die Mehrzahl der Unternehmen, an denen sich das Land beteiligt, wird in der Rechtsform einer GmbH geführt. Bei der HSH Nordbank handelte es sich um eine AG, die übrigen Landesbeteiligungen sind als Anstalten öffentlichen Rechts organisiert.

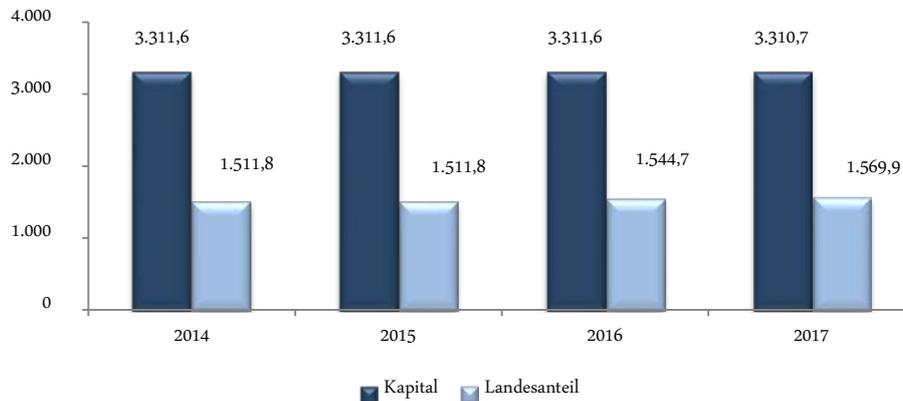
Landesbeteiligungen nach Rechtsform



Unter den bedeutenden Beteiligungen befinden sich aktuell sechs Unternehmen, bei denen das Land Alleineigentümer ist, acht Unternehmen, an denen es 50 % oder mehr hält, und weitere acht Unternehmen mit einem Landesanteil zwischen 25 und 50 %.

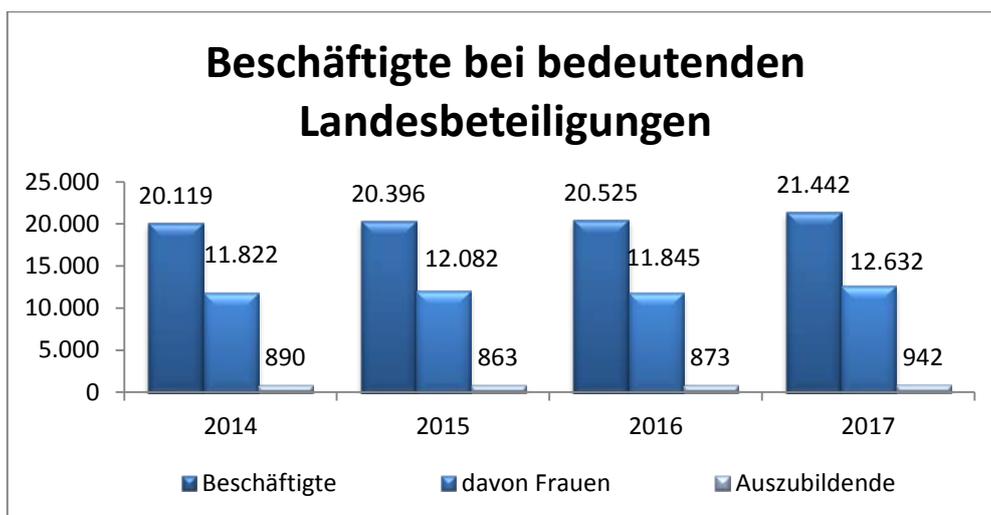
Der Landesanteil am gezeichneten Kapital aller bedeutenden Beteiligungen in der vorne erläuterten Abgrenzung beträgt 1.569,9 Mio. € von 3.310,7 Mio. €. Bezogen auf sämtliche Beteiligungen einschließlich der weniger bedeutenden hält das Land 1.594,0 Mio. € von insgesamt 7.065,6 Mio. € Unternehmenskapital.

gezeichnetes Kapital der bedeutenden Landesbeteiligungen und Landesanteil daran, in Mio. €



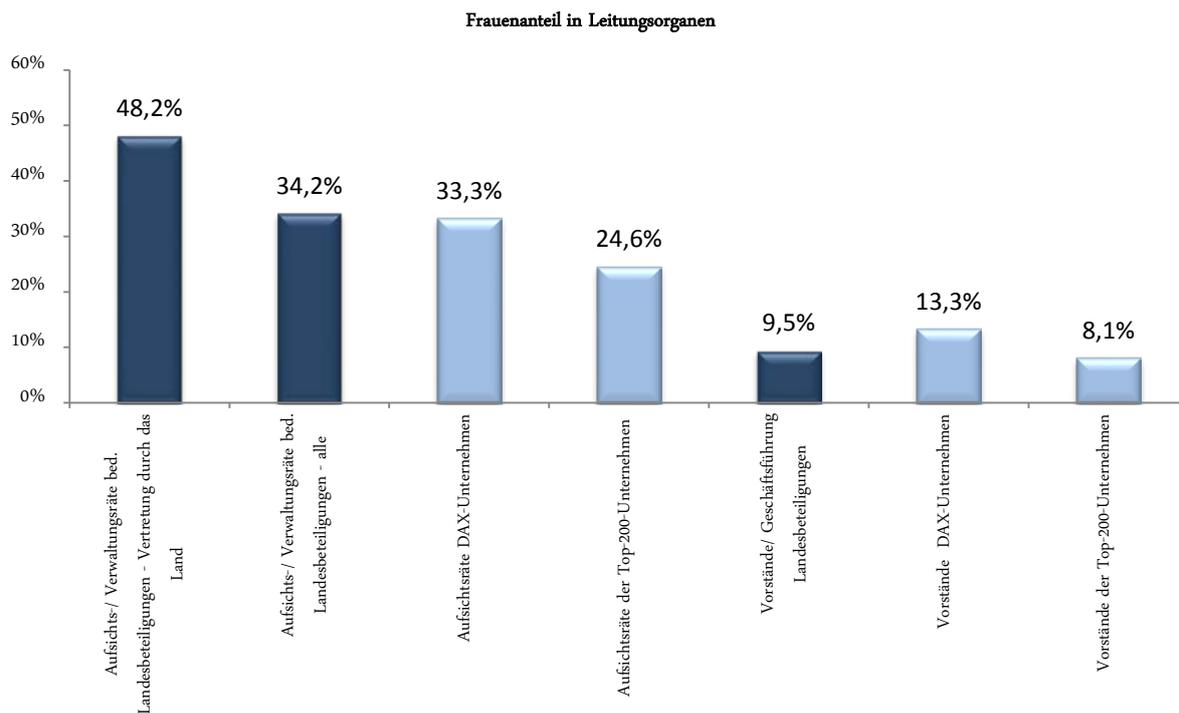
Die Zahl der Beschäftigten bei den Unternehmen mit bedeutender Landesbeteiligung hat sich in den vergangenen Jahren nur wenig verändert. Insgesamt arbeiteten 2016 in diesen Unternehmen außer der Geschäftsführung 20.525 Beschäftigte, davon rd. 58 % Frauen. Rund ein Drittel der Beschäftigten arbeitete in Teilzeit, so dass sich ein Beschäftigungsvolumen von 17.026 Vollzeitäquivalenten ergibt. 873 Auszubildende hatten 2016 einen Ausbildungsvertrag bei einem dieser Unternehmen.

In 2017 arbeiteten in diesen Unternehmen außer der Geschäftsführung 21.442 Beschäftigte, davon rd. 59 % Frauen. Die Teilzeitquote lag ebenfalls bei rund einem Drittel, so dass sich ein Beschäftigungsvolumen von 17.384 Vollzeitäquivalenten ergibt. 942 Auszubildende hatten 2017 einen Ausbildungsvertrag bei einem dieser Unternehmen.



Die größten Arbeitgeber unter den bedeutenden Landesbeteiligungen sind das UKSH (12.996 Beschäftigte im Jahr 2017) und Dataport (2.637 Beschäftigte im Jahr 2017).

Bei den Führungspositionen achtet das Land auf eine zunehmend ausgewogene Besetzung mit Frauen und Männern. So liegt der Frauenanteil bei den vom Land bestellten Vertreterinnen und Vertretern für die Aufsichts- oder Verwaltungsratsposten bei bedeutenden Landesbeteiligungen aktuell bei 48,15 % — im Vergleich zu 34,24 % unter allen Aufsichtsratsposten dieser Unternehmen, 33,3 % bei den 30 DAX-Unternehmen und nur 24,6 % bei den 200 umsatzstärksten deutschen Unternehmen (ohne Finanzsektor) (Quelle: DIW 2018). Unter den 42 Geschäftsführungen und Vorständen sind dagegen nur 4 Frauen, das entspricht einem Anteil von 9,5 % und liegt damit unter dem Frauenanteil bei DAX-Vorstandsposten mit 13,3 % (Quelle: DIW 2018). Der Anteil liegt aber über dem der Top-200-Unternehmen, bei dem der Anteil der Frauen bei 8,1 % liegt (Quelle: DIW 2018).



Unternehmensdaten

AKN Eisenbahn GmbH



Rudolf-Diesel-Straße 2
 24568 Kaltenkirchen
 Telefon: 04191 / 93 39 33
 Fax: 04191 / 93 31 18
 Mail: info@akn.de
 Internet: www.akn.de

Unternehmensaufgabe

Gegenstand des Unternehmens ist der Bau, der Betrieb und der Erwerb von Eisenbahninfrastruktur für den Personen- und Güterverkehr, die Erbringung von Schienenverkehrsleistungen sowie der Abschluss von Geschäften, die unmittelbar oder mittelbar hiermit zusammenhängen.

Eigentumsverhältnisse	in €	in %
Stammkapital der AKN	4.903.600	100,00
davon		
Land Schleswig-Holstein	2.451.800	50,00
Freie und Hansestadt Hamburg	2.451.800	50,00

Geschäftsführung

Wolfgang Seyb

Aufsichtsrat

- Dr. Christiane Sorgenfrei (Vorsitzende), FM SH
- Dr. Ina Tjardes (stellvertretende Vorsitzende), BWVI HH
- Mona Andresen, MWVATT SH
- Jan Peter Schröder, Landrat des Kreises Segeberg
- Jens-Günter Lang, HHA
- Dr. Annette Kersting, BWVI HH
- Stefanie Breyer, AKN
- Thomas Bartossek, AKN
- Kai Glauß, AKN

An den Aufsichtsrat wurden in den Geschäftsjahren 2016 Sitzungsgelder in Höhe von insgesamt 2.170 € und 2017 in Höhe von insgesamt 3.220 € gezahlt.

Beteiligungen	Stammkapital (in T€)	Anteil AKN (in %)
NBE nordbahn Eisenbahngesellschaft mbH und Co. KG	3.000	50,00
NBE nordbahn Eisenbahnverwaltungsgesellschaft mbH	25	50,00
1. nordbahn Fahrzeuggesellschaft mbH und Co. KG	25	50,00
ENFG Verwaltungsgesellschaft mbH	25	50,00

Unternehmensdaten (alle Angaben in T€)

Ausgewählte Daten aus der Bilanz	2017	2016	2015
Anlagevermögen	131.567	138.545	143.187
Umlaufvermögen	16.638	13.364	16.495
Eigenkapital	13.652	13.652	13.652
Rückstellungen davon für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	33.467 30.768	31.508 28.963	30.360 27.990
Verbindlichkeiten	101.408	107.092	116.022
Bilanzsumme	148.553	152.285	160.072

Ausgewählte Daten aus der Gewinn- und Verlustrechnung	2017	2016¹	2015
Umsatzerlöse	24.924	23.899	19.059
sonstige betriebliche Erträge	3.686	2.177	5.777
Materialaufwand	14.177	13.755	13.026
Personalaufwand	16.776	16.857	15.168
Abschreibungen	8.615	8.502	6.364
Ergebnis nach Steuern (vorher: Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit)	-20.217	-18.855	-17.088
außerordentliche Aufwendungen	-,-	-,-	331
Erträge aus Verlustübernahme	20.314	18.901	17.465
Jahresergebnis	0	0	0

¹ Mit Inkrafttreten des BilRUG am 23.07.2015 sind die Positionen „Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit“ sowie „außerordentliche Aufwendungen“ entfallen. Eine Vergleichbarkeit mit dem Jahr 2015 ist daher nicht mehr gegeben.

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (im Jahresdurchschnitt)	2017	2016	2015
Gesamtanzahl (Personen)	295	290	284
davon			
Frauen	37	36	35
Männer	258	254	249
Auszubildende	9	10	10
Teilzeitbeschäftigte	15	14	13
Vollzeitäquivalente	290,3	285,1	280,7

Kennzahlen	2017	2016	2015
Sachanlageinvestitionen	8.143	7.575	32.352
davon Zuschüsse	4.507	3.800	3.936
Zugkilometer (in Mio.)	2,63	2,62	2,59
Beförderte Personen (in Mio.)	12,49	11,70	11,23
Kosten des Personenverkehrs/Zugkilometer (in €)	7,96	7,39	6,32
Pünktlichkeitsgrad (in %)	98,2	98,1	98,2

Geschäftsverlauf

Die AKN konnte ihre Umsatzerlöse in den Geschäftsjahren 2016 um 4,8 Mio. € auf 23,9 Mio. € und 2017 um 5,8 Mio. € auf 24,9 Mio. € im Vergleich zum Geschäftsjahr 2015 mit 19,1 Mio. € steigern. Die sonstigen betrieblichen Erträge beliefen sich in 2016 auf 2,2 Mio. € und in 2017 auf 3,7 Mio. € und lagen damit unter dem Niveau des Geschäftsjahres 2015 mit 5,8 Mio. €. Der Materialaufwand belief sich in 2016 auf 13,8 Mio. € und in 2017 auf 14,2 Mio. € und lag über dem Niveau des Jahres 2015 mit 13,0 Mio. €. Der Personalaufwand lag aufgrund der hohen Zuführungen zu den Pensionsrückstellungen sowie den Tarifsteigerungen bei den Löhnen und Gehältern mit 16,9 Mio. € in 2016 und 16,8 Mio. € in 2017 deutlich über dem Niveau des Jahres 2015 von 15,2 Mio. €. Das Ergebnis vor Steuern belief sich vor Ergebnisabdeckung durch die Länder Schleswig-Holstein und Hamburg auf -18,9 Mio. € in 2016 und -20,2 Mio. € in 2017 und lag damit höher als im Jahr 2015 mit -17,1 Mio. €.

Die Bilanzsumme hat sich in 2016 auf 152,3 Mio. € und in 2017 auf 148,6 Mio. € (2015 = 160,1 Mio. €) verringert. Der Anteil des Anlagevermögens an der Bilanzsumme liegt im Jahr 2016 bei 91,0 % und in 2017 bei 88,6 % (2015 = 89,5 %). Auf der Aktivseite der Bilanz verringerte sich das Anlagevermögen in 2016 auf 138,5 Mio. € und in 2017 auf 131,6 Mio. € und liegt damit unter dem Wert des Jahres 2015 mit 143,2 Mio. €. Zum Bilanzstichtag war es in 2016 zu 9,9 % und in 2017 zu 10,4 % durch eigene Mittel gedeckt (2015 = 9,5 %). Das langfristig gebundene Vermögen war in 2016 zu 80,1% und in 2017 zu 86,4 % (2015 = 84,7 %) durch langfristige Mittel finanziert.

Die Passivseite der Bilanz war in den Jahren 2016 und 2017 wie auch in 2015 geprägt von den Pensionsrückstellungen und den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten.

In 2016 wurden Brutto-Investitionen in Höhe von 7,7 Mio. € und in 2017 von 9,1 Mio. € (2015 = 32,7 Mio. €) getätigt.

Die Erneuerungs- und Erweiterungsinvestitionen im Bereich der Infrastruktur betrugen in 2016 insgesamt 7,2 Mio. € und in 2017 insgesamt 7,2 Mio. € (2015 = 6,4 Mio. €), wobei die Schwerpunkte auf der Erneuerung des Streckenabschnittes Kiel-Gaarden bis Oppendorf sowie der Planungen der Zugbildungsanlagen in Hamburg Nord lag.

Leistungsrelevante Fahrplanänderungen fanden zu den Fahrplanwechseln 2015/2016 und 2016/2017 nicht statt. Dennoch konnte die Anzahl der Reisenden in 2016 auf 11,7 Mio. und in 2017 auf 11,8 Mio. Reisende gesteigert werden (2015 = 11,2 Mio. Reisende).

Aufgrund der Regionalisierungsvereinbarung zwischen Schleswig-Holstein und Hamburg wurde das Jahresergebnis nach territorialen Aspekten durch die Länder Schleswig-Holstein und Hamburg ausgeglichen. Aus dem Landeshaushalt ist in 2016 ein ausgleichender Betrag in Höhe von 15,6 Mio. € und in 2017 in Höhe von 17,7 Mio. € geflossen (2015 = 13,1 Mio. €).

Die Hauptversammlung der AKN hat am 30. März 2017 beschlossen, ein Squeeze-Out-Verfahren zum Ausschluss von Minderheitsaktionären gemäß den Regelungen der §§ 327 a ff. AktG durchzuführen. Ziel ist es, die AKN von einer Aktiengesellschaft in eine GmbH umzuwandeln und sie zum 01.01.2018 mittels eines Verkehrsvertrages mit der Erbringung von Verkehrsleistungen im "Netz Süd" zu kostendeckenden Entgelten zu betrauen. Hierdurch können zukünftig die Verlustausgleichszahlungen der Gesellschafter Hamburg und Schleswig-Holstein entfallen.

Ausblick

Für das Jahr 2018 sind Bruttoinvestitionen in Höhe von 57,2 Mio. € für Ersatz- und Erweiterungsinvestitionen eingeplant. Davon sind 56,2 Mio. € für die Eisenbahninfrastruktur vorgesehen. Es entfallen 51,1 Mio. € auf die Großprojekte der AKN, d. h. vor allem auf die Reaktivierung der Strecke Kiel - Schönberger Strand und die Zugbildungsanlagen in Hamburg Nord. Diese Projekte werden durch öffentliche Zuschüsse finanziert.

Zugleich wird die AKN die Planungen für die Elektrifizierung der Stammstrecke zwischen Kaltenkirchen und Eidelstedt fortsetzen.

Es ist beabsichtigt, in 2018 den Rechtsformwechsel von einer Aktiengesellschaft in eine GmbH abzuschließen.

Entsprechend der mittelfristigen Ergebnisplanungen wird in 2018 unter Berücksichtigung des Verkehrsvertrages ein positives Jahresergebnis in Höhe von 0,5 Mio. € erwartet. Auch für die folgenden Jahre ab 2019 sind positive Ergebnisse kalkuliert.

[\[Inhaltsverzeichnis\]](#)

Bürgschaftsbank Schleswig-Holstein GmbH



Lorentzendam 22

24103 Kiel

Telefon: 0431/59 38 - 0

Fax: 0431/59 38 - 160

E-Mail: info@bb-sh.de

Internet: www.bb-sh.de

Unternehmensaufgabe

Gegenstand des Unternehmens ist die Übernahme und Durchführung von

- Ausfallbürgschaften für Kredite von Kreditinstituten, Bausparkassen, des Gartenbaus, der Fischwirtschaft und Angehörige freier Berufe, Leasinggesellschaften und Versicherungsunternehmen, an kleine und mittlere Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft, des Gartenbaus, der Fischwirtschaft, Angehörige freie Berufe sowie Existenzgründer in Schleswig-Holstein.
- Garantien für Beteiligungen von Kapitalbeteiligungsgesellschaften an kleinen und mittleren Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft und freier Berufe in Schleswig-Holstein.

Voraussetzung ist, dass die Entwicklung und Förderung des zu begünstigenden Unternehmens betriebswirtschaftlich vertretbar und volkswirtschaftlich für Schleswig-Holstein erwünscht ist. Eine Ausschüttung an die Gesellschafter erfolgt nicht. Es erfolgt stets ein revolvierender Einsatz der Mittel für die steuerbefreiten Zwecke der Wirtschaftsförderung.

Ferner ist die Bürgschaftsbank vom Land mit der Übernahme und Verwaltung von Sicherheits- und Gewährleistungen des Landes beauftragt (sog. Treuhandgeschäft).

Eigentumsverhältnisse	in €	in %
Stammkapital der Bürgschaftsbank	3.995.000	100,00
davon		
Land Schleswig-Holstein	1.149.000	28,76
DZ BANK Deutsche Zentral-Genossenschaftsbank	471.000	11,79
Sparkassen- und Giroverband Schleswig-Holstein I	420.000	10,51
Sparkassen- und Giroverband Schleswig-Holstein II	402.000	10,06
Hamburger Sparkasse AG	287.000	7,18
UniCredit Bank AG	215.000	5,38
Commerzbank AG	201.000	5,03
Deutsche Bank AG	145.000	3,63
VR Bank Pinneberg-Elmshorn eG	100.000	2,50
Deutsche Bank Privat- und Geschäftskunden AG	80.000	2,00

Kieler Volksbank eG,
Raiffeisenbank Südstormarn Mölln eG,
Schleswiger Volksbank eG Volksbank Raiffeisenbank,
Volksbank Raiffeisenbank Itzehoe,
Volksbank-Raiffeisenbank im Kreis Rendsburg eG,
VR Bank eG, Niebüll
VR Bank Flensburg - Schleswig eG,
VR Bank Neumünster eG,
VR Bank Ostholstein Nord-Plön eG,

jeweils	50.000	1,25
---------	--------	------

Raiffeisenbank eG Heide,
Raiffeisenbank eG, Handewitt,
Sylter Bank eG

jeweils	25.000	0,63
---------	--------	------

Geschäftsführung

- Hans-Peter Petersen
- Holger Zervas

Aufsichtsrat:

- Kurt Christoph von Knobelsdorff (Vorsitzender), MWVATT SH
- Stefan Witt (1. Stellv. Vorsitzender), Volksbank Pinneberg-Elmshorn
- Udo Hansen (2. Stellv. Vorsitzender), Handwerkskammer Flensburg
- Johannes Grützner, MELUND SH
- Dr. Christiane Sorgenfrei, FM SH
- Lars Schöning, IHK zu Lübeck
- Uwe Polkaehn, DGB Landesbezirk Nord
- Ulrich Wachholtz, Unternehmensverbände SH
- Enno Körtke, Nord-Ostsee Sparkasse
- Andreas Steuck, UniCredit Bank AG
- Joachim Wallmeroth, Sparkasse Holstein
- Andreas Jonas, DZ BANK Hannover
- Werner Möller, Hamburger Sparkasse
- Dirk Dejewski, VR Bank Neumünster eG
- Christan Maaß, Deutsche Bank AG

An den Aufsichtsrat wurden im Geschäftsjahr 2016 und 2017 Sitzungsgelder in Höhe von jeweils 3.000 € gezahlt.

Beteiligungen	Stammkapital (in T€)	Anteil BB.S.-H. (in %)
Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Schleswig-Holstein mbH (MBG)	145,5	10,11
Bundeskreditgarantiegemeinschaft des Handwerks GmbH	10,5	3,41

Unternehmensdaten
(alle Angaben in T€)

Ausgewählte Daten aus der Bilanz:	2017	2016	2015
Forderungen an Kreditinstitute	11.069	10.840	17.871
Forderungen an Kunden	727	432	789
Schuldverschreibungen und andere Wertpapiere	80.394	81.597	74.172
Treuhandvermögen	2.850	2.867	7.123
Verbindlichkeiten ggü. Kreditinstitute	2.716	5.913	8.855
Verbindlichkeiten ggü. Kunden	1.810	2.994	2.950
Rückstellungen gesamt	40.833	42.014	41.454
Fonds für Bankrisiken	10.000	6.200	4.500
Eigenkapital bilanzrechtlich	40.182	39.211	38.646
Bilanzsumme	98.496	99.331	103.675
Eventualverbindlichkeiten	316.695	305.591	301.183
davon Rückbürgschaften- u. garantien Land	91	89	87

Ausgewählte Daten aus der Gewinn- und Verlustrechnung	2017	2016	2015
Zinserträge gesamt	2.035	2.298	2.369
Zinsaufwand	59	88	124
Provisionserträge	6.426	6.139	5.961
Verwaltungsaufwand	4.576	4.241	4.397
Abschreibungen/Wertberichtigungen auf Forderungen	106	2.981	782
Abschreibungen/Wertberichtigungen auf Beteiligungen und Wertpapiere des Anlagevermögens	295	535	1.236
Zuführung/Auflösung Fonds für Bankrisiken	3.800	1.700	2.200
Jahresergebnis	971	564	217

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (im Jahresdurchschnitt)	2017	2016	2015
Gesamtanzahl (Personen)	40	43	43
davon			
Frauen	22	23	23
Männer	18	20	20
Auszubildende			
Teilzeitbeschäftigte	16	16	16
Vollzeitäquivalente	35,4	35,7	35,7

Kennzahlen	2017	2016	2015
Neugeschäft			
Anzahl Anträge	655	637	670
Anzahl Bewilligungen	469	465	476
Bürgschaftssumme in T€	85.400	72.600	64.000
Bewilligungsquote	72%	73%	71%
Ausfälle			
Kreditnehmer	75	94	93
Ausfälle in T€	5.712	6.865	8.735
davon BB-Anteil in T€	1.853	2.186	2.890
nachrichtlich: Anteil Land in T€	1.448	1.936	2.295
Bürgschafts- und Garantievolumen in T€	348.700	338.900	333.400
Anzahl Kreditnehmer	3.062	3.121	3.165
Eigenkapital gesamt gem. CRR (ab 2014)	50.068	43.147	43.054

Geschäftsverlauf

Entgegen allen Vorhersagen hat sich das Jahr 2017 zu dem erfolgreichsten Geschäftsjahr seit Gründung im Bereich des Neugeschäftes entwickelt. Mit 85,4 Mio. € wurde die bereits gute Entwicklung des Vorjahres 2016 (72,6 Mio. €) nochmals übertroffen. Dabei ist festzustellen, dass sich die Bürgschaftsbank S.-H. damit vom Bundestrend absetzt, in welchem es einen Rückgang von 6,4% zu verzeichnen gab. Grundsätzlich ist es aus Sicht des Landes Schleswig-Holstein eine positive Entwicklung, da durch die Engagements der Bereich Handwerk und da speziell die Existenzgründung bzw. die Unternehmensnachfolge gefördert werden konnten. Auslöser dürfte dabei der noch stark anhaltende „Boom“ im Immobiliensektor sein. Im Berichtsjahr wurden 75 Ausfälle mit einem Volumen von 5,7 Mio. € verzeichnet. Auch hier gab es somit eine Verbesserung zum Vorjahr (94 Ausfälle/ 6,9 Mio. €).

Unter Berücksichtigung der Komponenten Neugeschäft, Ausfallzahlungen und Endfälligkeiten bewegt sich das Geschäftsvolumen (Bilanzsumme zzgl. Bestand Bürgschaften und Garantien) mit einem Anstieg von 9 Mio. € auf 447,2 Mio. € über dem Vorjahresniveau.

Die Kennzahlen im Bereich der Risikovorsorge und der Risikoermittlung (Adressenausfall-, Marktpreis-, Liquiditäts- und operationelles Risiko) zeigen keine Auffälligkeiten. Hinsichtlich der anhaltenden Niedrigzinsphase trifft die Bürgschaftsbank Vorkehrungen, die im Treasurybereich höhere Kuponeinnahmen garantieren. Aufgrund der guten Kapitalausstattung nimmt die Bank das Wahlrecht gem. § 340e Abs. 2 in Anspruch und schreibt das Agio der Wertpapiere des Anlagevermögens auf den Nominalwert ab. Diese und andere Maßnahmen der Vergangenheit sichern die Wertbeständigkeit der Unternehmung bilanziell. Die im Bankensektor gebräuchliche HGB 340f-Rücklage wurde auf die für das aufsichtsrechtliche Eigenkapital anrechenbare Größe von 1,04 Mio. € angepasst. Im Gegenzug wurde der Fonds für allgemeine Bankrisiken (HGB 340g-Rücklage) von 6,2 Mio. € auf 10,0 Mio. € deutlich erhöht.

Bei einem leicht gestiegenen Zins- und Provisionsergebnis von 8,4 Mio. € (VJ 8,3 Mio. €) konnte im Geschäftsjahr u.A. unter der erwähnten Dotierungen in die Vorsorgereserve ein Jahresüberschuss von 0,97 Mio. € (VJ 0,56 Mio. €) erzielt werden.

Das für Banken relevante Eigenkapital gem. Art. 92 Abs. 1 CRR i.V.m. § 10i Abs. 1 KWG erhöhte sich auf 50,07 Mio. € (VJ 43,15 Mio. €). Bei einem Eigenobligo von 120,91 Mio. € -vor Risikovorsorge- (VJ 116,58 Mio. €) im operativen Geschäft, ist die Bürgschaftsbank unter Betrachtung der aufsichtsrechtlichen und auch der bilanziellen Deckungsmassen gut aufgestellt.

Ausblick

Erste Zahlenwerte des Jahres 2018 deuten an, dass sich die Entwicklung des Jahres fortsetzt. Es wird für das Jahr 2018 mit einer positiven Entwicklung im Bereich der Anträge sowie der Bewilligungen gerechnet. Insgesamt ist das genehmigte Bürgschaftsobligo im I. Quartal 2018 um 3 % auf € 21 Mio. gestiegen. Diese Entwicklung hebt sich zu diesem Zeitpunkt deutlich vom Bundestrend ab. Im bundesweiten Vergleich ist das Bürgschafts- und Garantievolumen im Vergleich zum I. Quartal 2017 um 5 % rückläufig.

Basierend auf dem KfW-Mittelstandsatlas 2018 für Schleswig-Holstein ist zu erwarten, dass sich diese Entwicklung weiter fortsetzen wird.

Ausweislich des Mittelstandsatlases liegt das Durchschnittsalter der schleswig-holsteinischen Unternehmer bei 54 Jahren und ist damit der höchste Wert im bundesweiten Vergleich. Die Begleitung von Unternehmensnachfolgen war einer der tragenden Säulen des Neugeschäftes in 2017 und soll in Zusammenarbeit mit den Kammern, Wirtschaftsförderinstituten sowie dem Land Schleswig-Holstein weiter ausgebaut werden.

Bei einer unveränderten positiven Risikolage wird mit einem Anstieg des Jahresergebnisses für das Geschäftsjahr 2018 gerechnet.

Dataport AöR



Altenholzer Straße 10 – 14
 24161 Altenholz
 Telefon: 0431 / 32 95 – 0
 Fax: 0431 / 32 95 – 410
 Mail: info@dataport.de
 Internet: www.dataport.de

Unternehmensaufgabe

Dataport unterstützt die öffentlichen Verwaltungen im Land Schleswig-Holstein, einschließlich der Kommunalverwaltungen, und weitere Träger durch Informations- und Kommunikationstechniken. Die Anstalt fungiert insbesondere als zentrale IT-Dienstleisterin für die Länder Schleswig-Holstein und Sachsen-Anhalt, der Freien und Hansestadt Hamburg und der Freien Hansestadt Bremen. Für die Länder Mecklenburg-Vorpommern und Niedersachsen ist Dataport im Bereich der IT-Unterstützung der Steuerverwaltung tätig; für das Land Niedersachsen ist weitere IT-Unterstützung durch Dataport möglich, wenn der Verwaltungsrat die Zustimmung erteilt. Dataport unterstützt die Träger im Bereich Druck durch das an mehreren Standorten betriebene Druckzentrum; für Mecklenburg-Vorpommern gilt dies nur für den Bereich Data Center Steuern.

Eigentumsverhältnisse	in €	in %
Stammkapital	51.000.000	100,00
davon		
Land Schleswig-Holstein	7.500.000	14,71
IT-Verbund SH	7.500.000	14,71
Freie und Hansestadt Hamburg	15.000.000	29,40
Land Niedersachsen	7.500.000	14,71
Land Sachsen-Anhalt	7.500.000	14,71
Land Mecklenburg-Vorpommern,	3.000.000	5,88
Freie Hansestadt Bremen	3.000.000	5,88

Vorstand

- Dr. Johann Bizer (Vorstandsvorsitzender)
- Andreas Reichel
- Torsten Koß

Verwaltungsrat

- Michael Richter, MF ST (Vorsitzender)
- Hans-Henning Lühr (stellvertretender Vorsitzender), SF HB
- Dr. Christoph Krupp, SK HH
- Dirk Schrödter, StK SH
- Ina-Maria Ulbrich, MEID MV
- Ernst Hüdepohl, FM NI
- Dr. Sönke Schulz, SHLT
- Helge Carstensen, Dataport Personalrat

Die Mitglieder des Verwaltungsrats erhielten in den Geschäftsjahren 2016 und 2017 keine Vergütung.

Beteiligungen:	Stammkapital (in T€)	Anteil Dataport (in %)
kommIT Gesellschaft für Informationstechnik mbH	1.500	33,3
PD – Berater der öffentlichen Hand GmbH	1.770	0,11

**Unternehmensdaten
(alle Angaben in T€)**

Ausgewählte Daten aus der Bilanz	2017	2016	2015
Anlagevermögen	182.307	189.357	188.127
Umlaufvermögen	87.268	65.744	64.299
Eigenkapital	30.699	28.963	33.357
davon			
gezeichnetes Kapital	51.000	51.000	46.500
Rücklagen	11.190	11.190	11.190
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag			
1. Verlustvortrag	- 30.227	- 24.334	- 15.076,5
2. Jahresüberschuss/-fehlbetrag	235	- 5.893	- 9.257,0
Rückstellungen	139.182	119.761	100.806
davon für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	82.049	67.933	89.317
Verbindlichkeiten	77.134	86.737	92.735
Bilanzsumme	294.657	282.414	278.890

Ausgewählte Daten aus der Gewinn- und Verlustrechnung	2017	2016²	2015
Umsatzerlöse	544.053	507.345	466.226
Materialaufwand	277.900	271.524	236.242
Personalaufwand	193.308	177.442	157.798
Abschreibungen	41.212	41.920	40.876
sonstige betriebliche Aufwendungen	-,-	-,-	45.383
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	4.747	4.571	3.965
Jahresergebnis	235	- 5.893	- 9.257

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (im Jahresdurchschnitt)	2017	2016	2015
Gesamtanzahl (Personen)	2.637	2.446	2.323
davon			
Frauen	770	727	698
Männer	1.867	1.719	1.625
Auszubildende	122	110	103
Teilzeitbeschäftigte	395	357	343
Vollzeitäquivalente	2.447	2.285	2.191

Kennzahlen	2017	2016	2015
Sachanlageinvestitionen	24.205	22.284	25.327
Eigenkapitalquote (in %)	10,4	10,3	12,0
Cashflow			
aus laufender Geschäftstätigkeit	50.166	30.203	47.604
aus Investitionstätigkeit	- 27.511	- 32.812	-52.886
Sachanlagenintensität (in %)	30,2	31,2	32,0
Personalintensität (in %)	35,2	34,3	33,2

² Mit Inkrafttreten des BilRUG am 23.07.2015 sind die Positionen „Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit“ sowie „außerordentliche Aufwendungen“ entfallen. Eine Vergleichbarkeit mit dem Jahr 2015 ist daher nicht mehr gegeben.

Geschäftsverlauf

Dataport konnte seine Umsätze im Jahr 2017 gegenüber dem Jahr 2016 um 7,2 % auf 544,1 Mio. € steigern (2016 = 507,4 Mio. €, 2015 = 466,2 Mio. €). Das Jahresergebnis liegt in 2017 bei 0,2 Mio. €.

Die Umsatzerlöse für eigene Leistungen konnten durch neue Projekte in 2017 um 39,0 Mio. € auf 430,8 Mio. € gesteigert werden (2016 = 405,7 Mio. €, 2015 = 371,9 Mio. €). Der Personalaufwand ist in 2017 auf 193,3 Mio. € gestiegen (2016 = 177,4 Mio. €, 2015 = 157,8 Mio. €). Die Steigerungen begründen sich im Wesentlichen durch den Anstieg der Personalkapazität auf durchschnittlich 2.447 Vollzeitäquivalente (2016 = 2.285, 2015 = 2.191) sowie durch die Tarifierhöhung.

Die kurzfristigen, finanziellen Verpflichtungen konnten aus eigenen Mitteln erbracht werden. Es bestehen Betriebsmittelkredite in Höhe von 20 Mio. €, da der Bestand der liquiden Mittel in Folge der ungleichmäßigen Zahlungseingänge im Geschäftsjahresverlauf erheblich schwankt. Der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit in 2017 beträgt 50,2 Mio. € (2016 30,2 Mio. €, 2015 = 47,6 Mio. €).

Die Verbindlichkeiten sind auf 77,1 Mio. € (2016: 86,7 Mio. €, 2015 = 92,7 Mio. €) im Wesentlichen durch einen Rückgang der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie die Zahlung der zweiten Tilgungsrate des Investitionskredits für das Projekt RZ² gesunken. Dieser Kredit ist ab Jahr 2012 mit vier Teilauszahlungen zur Finanzierung des Investitionsprojektes RZ² mit einer Gesamthöhe von 31,5 Mio. € aufgenommen worden. Die Restdarlehenshöhe beträgt zum 31.12.2017 insgesamt 22,3 Mio. € und wird bis zum 30.12.2020 vollständig zurückgezahlt werden.

Die Finanzierung für den Neubau des digitalen Druckzentrums in Altenholz in Höhe von 11 Mio. € wird über einen neuen Investitionskredit gedeckt.

Die Lage des Unternehmens im Geschäftsjahr 2017 ist in wirtschaftlicher Hinsicht als stabil zu beurteilen.

Nicht finanzielle Leistungsindikatoren ergeben sich insbesondere aus der Personalleistungsstatistik. Dabei entfielen im Geschäftsjahr 2017 insgesamt 60,0 % (2016 = 62,8 %, 2015 = 62,7 %) auf kundenorientierte Leistungen, 7,8 % (2016 = 7,1 %, 2015 = 7,9 %) auf interne Leistungen und 32,2 % (2016 = 30,1 %, 2015 = 29,4 %) auf sonstige Zeiten (Urlaub, Krankheit, Fortbildung und allgemeine Administration). Die kundenorientierten Leistungen sind gesunken, da die mit dem Aufbau neuer Personalkapazitäten (Ø 162 Vollzeitäquivalente) für Consulting und Digitalisierung verbundenen Einarbeitungszeiten temporär zu einem Anstieg der allgemeinen Administrationskosten führen.

Aus dem Landeshaushalt sind in 2016 insgesamt 114,1 Mio. € an Umsatzerlösen (2015 = 97,9 Mio. €) sowie 8,7 Mio. € (2015 = 7,5 Mio. €) für das Data Center Steuern geflossen.

In 2017 sind insgesamt 120,7 Mio. € an Umsatzerlösen sowie 9,3 Mio. € für das Data Center Steuern aus dem Landeshaushalt geflossen.

Ausblick

Dataport wird sich weiterhin als öffentlicher IT-Dienstleister für die Verwaltung etablieren und diese auch zukünftig mit hochwertigen und wirtschaftlichen IT-Dienstleistungen unterstützen. Mit der im „Dataport-Zielbild 2017-2021“ formulierten Vision und umfangreichen Zielvorgaben hat Dataport einen Rahmen für die Entwicklung der nächsten Jahre, der die absehbaren Entwicklungen berücksichtigt:

„Dataport leistet als agiles durch die öffentliche Hand gesteuertes Unternehmen, Shared-Service-Center und Cloud-Dienste-Anbieter vollumfassende End-to-End IT-Services, die stabil, hochsicher, dauerhaft preisleistungsoptimiert und benchmarkfähig erbracht werden. Dataport unterstützt als Kooperations-Nukleus und Innovationstreiber die Verwaltungsmodernisierung, steht mit seinem Markenkern für „Public Value“ und sichert so die digitale Souveränität des Staates.“

Die digitale Transformation wird Dataport in den nächsten Jahren fordern und gleichzeitig neue Möglichkeiten eröffnen. Schwerpunkt der Aktivitäten von Dataport ist es, den digitalen Wandel in der Verwaltung zu gestalten.

Dataport hat zurzeit die Chance, sich über die zunehmende Digitalisierung des öffentlichen Raumes neue Geschäftsfelder außerhalb der klassischen Verwaltung zu erschließen. Bereits heute ist Dataport in Projekte involviert, die über den bisherigen Auftragsrahmen hinausgehen. Hier ist ein deutlich geändertes Nachfrageverhalten auf Kundenseite, wie es sich zum Beispiel im Kulturbereich entwickelt, zu beobachten. So ist Dataport mit Projekten beauftragt oder an ihnen beteiligt, die den öffentlichen Raum mit WLAN versorgen, das digitale Lernen befördern, kulturelle Güter digitalisieren, die Rahmenbedingungen für automatisiertes Fahren gestalten, ein sensorengestütztes Brückenmanagement unterstützen oder automatisierte Abläufe eines User Help Desks (UHD) ermöglichen. Dataport wird sein Beratungsangebot erweitern, um sich neue Geschäftsfelder im Umfeld der öffentlichen Verwaltung zu erschließen.

Die Anzahl und Qualität der Cyber-Angriffe, die Angriffsmethoden und die genutzten Angriffsmittel entwickeln sich weiter. Es entsteht ausweislich der jährlichen Berichte des Bundesamtes für die Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) eine sich dynamisch entwickelnde Bedrohungslage für IT-Infrastrukturen und Daten. Dadurch steigen kontinuierlich sowohl die Anforderungen an Datenschutz und IT-Sicherheit, als auch die Komplexität der zu betreibenden IT-Systeme. Die Verwaltung kann diese Anforderungen zunehmend nur noch mit Unterstützung professioneller IT-Dienstleister wie z.B. Dataport umsetzen. Mit der Zertifizierung des neuen Rechenzentrums an zwei Standorten auf Basis des IT-Grundschutz-Standards hat das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) Dataport höchste Sicherheitsstandards in der technischen Infrastruktur und im Verfahrensbetrieb bestätigt.

Mit der Gestaltung von Plattformen und Onlinediensten hat Dataport Erfahrungen. Dataport entwickelt und betreibt seit Jahren mit dem sogenannten „Gateway“ eine Infrastruktur für mehrere Länder und Kommunen, über die sich Nutzer mit unterschiedlichen Sicherheitsniveaus authentifizieren können, um ca. 100 Onlinedienste nutzen zu können. Die Plattform ist nun schrittweise modernisiert worden und wird um weitere Onlinedienste ergänzt werden. Dataport gestaltet diese Onlineservices gemeinsam mit seinen Auftraggebern nach den Leitprinzipien und Methoden der Digitalisierung. User Experience und Agilität stehen im Mittelpunkt der Gestaltung, um einen möglichst hohen Nutzungswert zu erreichen. Die Plattform gewährleistet, dass Anwendungen und ihre Änderungen schnell in Betrieb genommen werden können (sog. Davos). Diese Kompetenz wird sich im weiteren Ausbau der Onlineservices auszahlen sowie für weitere Geschäftsfelder von Bedeutung sein.

Für 2018 rechnet Dataport mit rd. 128,3 Mio. € an Erlösen für die Erbringung von Dienstleistungen sowie 10,5 Mio. € an Erlösen aus dem Data Center Steuern für das Land Schleswig-Holstein.

[\[Inhaltsverzeichnis\]](#)

DEGES Deutsche Einheit Fernstraßenplanungs- und -bau GmbH



Zimmerstraße 54
10117 Berlin

Telefon: 030 / 20 24 3 – 0

Fax: 030 / 20 24 3 – 291

Mail: info@deg.es.de

Internet: www.deg.es.de

Unternehmensaufgabe

Gegenstand des Unternehmens ist die Planung und Baudurchführung (Bauvorbereitung und Bauüberwachung) von und für Bundesfernstraßen oder wesentliche Teile davon im Rahmen der Auftragsverwaltung gemäß Artikel 90 Grundgesetz. Entsprechendes gilt für vergleichbare Verkehrsinfrastrukturprojekte in der Baulast der Gesellschafter einschließlich zugehöriger Aufgaben.

Die Beauftragung erfolgt jeweils auf der Grundlage von Dienstleistungsverträgen mit dem beauftragenden Gesellschafter.

Eigentumsverhältnisse	in €	in %
Stammkapital der DEGES	62.600	100,00
davon		
Bundesrepublik Deutschland	18.200	29,08
Land Schleswig-Holstein	3.700	5,91
Land Berlin Land Baden-Württemberg Land Brandenburg, Freie Hansestadt Bremen, Freie und Hansestadt Hamburg, Land Hessen Land Mecklenburg-Vorpommern, Land Nordrhein-Westfalen Freistaat Sachsen, Land Sachsen-Anhalt, Freistaat Thüringen, jeweils	3.700	5,91

Geschäftsführung

- Dirk Brandenburger
- Bodo Baumbach

Aufsichtsrat

- Dr. Stefan Krause (Vorsitzender), BMVI
- Tatjana Tegtbauer (stellvertretende Vorsitzende), BMVI

- Lutz Irmer (stellvertretender Vorsitzender), TMIL TH
- Lutz Adam, SenUVK BE
- Jens Deutschendorf, SenUBV HB
- Beate Heinz, BMVI
- Martin Huber, BWVI HH
- Gert Klaiber, VM BW
- Dr. Rainer Kosmider, MEID MV
- Egbert Neumann, MIL BB
- Michael Pirschel, MWVATT SH
- Winfried Pudenz, VM NRW
- Dr. Sebastian Putz, MLV ST
- Matthias Renner, BMF
- Bernd Sablotny, SMWA SN
- Volkmar Vogel, MdB
- Martin Weber, MWEVL HE

An den Aufsichtsrat wurden im Geschäftsjahr 2016 Sitzungsgelder in Höhe von insgesamt 4.294,92 € und im Geschäftsjahr 2017 insgesamt 4.192,66 € gezahlt.

Beteiligungen

Keine

Unternehmensdaten (alle Angaben in T€)

Ausgewählte Daten aus der Bilanz	2017	2016	2015
Anlagevermögen	3.560	3.345	2.991
Umlaufvermögen	587.388	508.228	468.181
Eigenkapital	123	117	110
davon			
gezeichnetes Kapital	63	63	63
Kapitalrücklage	35	35	35
Gewinnrücklage	0	0	0
Gewinnvortrag	19	13	6
Jahresüberschuss	6	6	6
Rückstellungen	3.755	3.857	4.005
davon für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	1.055	972	936
Verbindlichkeiten	587.494	507.955	467.388
davon gegenüber Gesellschaftern	585.036	505.879	465.108
Bilanzsumme	591.372	511.929	471.503

Ausgewählte Daten aus der Gewinn- und Verlustrechnung	2017	2016³	2015
Umsatzerlöse	22.755	43.035	10.703
Erhöhung des Bestands an unfertigen Leistungen	56.039	13.187	46.294
Materialaufwand	44.342	24.652	27.928
Personalaufwand	27.317	25.243	22.480
Sonstige betriebliche Aufwendungen	6.262	6.326	6.599
Ergebnis nach Steuern ³ (vorher Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit)	16	7	117
Jahresergebnis	6	6	6

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter	2017	2016	2015
Gesamtanzahl (Personen)	322	294	266
davon			
Frauen	120	107	102
Männer	202	187	164
Auszubildende	0	1	2
Teilzeitbeschäftigte	29	23	19
Vollzeitäquivalente	316,6	289,4	262,5

Kennzahlen	2017	2016	2015
Sachanlageinvestitionen	1.445	1.456	1.404

³ Mit Inkrafttreten des BilRUG am 23.07.2015 sind die Positionen „Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit“ sowie „außerordentliche Aufwendungen“ entfallen. Eine Vergleichbarkeit mit dem Jahr 2015 ist daher nicht mehr gegeben.

Auftrags- bestand	2017			2016			2015		
	Länge / Anzahl in km	Auftragsvolumen in Mio. €		Länge / Anzahl in km	Auftragsvolumen in Mio. €		Länge / Anzahl in km	Auftragsvolumen in Mio. €	
		gesamt	davon offen		gesamt	davon offen		gesamt	davon offen
VDE-Projekte (Ver- kehrspro- jekte Deut- sche Einheit)	1.250,5	10.710,3	1.053,5	1.250,5	11.061,5	1.210,1	1.250,5	11.039,5	1.312,6
Straßenpro- jekte außer- halb VDE	1.230,7	16.721,2	12.877,0	1.103,3	10.998,8	7.881,5	999,8	8.413,3	5.742,1
Summe Straßenpro- jekte	2.481,2	27.431,5	13.930,5	2.353,8	22.060,3	9.091,6	2.250,3	19.452,8	7.054,7
davon Schleswig- Holstein	135,3	2.463,0	2.313,0	61,3	554,4	433,4	61,3	553,6	520,7
City-Tunnel Leipzig	4,2	665,2	6,7	4,2	665,2	7,2	4,2	665,2	9,4
Wasser- straßen- projekte	4 Brü- cken- bau- werke	4,4	0,0	2 Brü- cken- bau- werke	4,4	0,4	2 Brü- cken- bau- werke	4,2	1,1
Gesamt- summe	2.485,4	28.101,1	13.937,2	2.358,0	22.729,9	9.099,1	2.254,5	20.122,2	7.065,1

Geschäftsverlauf

Die DEGES konnte ihr Auftragsvolumen bei den Straßenprojekten im Jahr 2016 um rd. 13 % und in 2017 um rd. 23 % gegenüber dem jeweiligen Vorjahr erhöhen. Es wurde ein Jahresüberschuss von 6.260 € ausgewiesen. Damit wurde, wie bereits auch in den Vorjahren, eine zehnpromtente Verzinsung des von den Gesellschaftern eingezahlten Stammkapitals erreicht.

Die DEGES wurde vom Land Schleswig-Holstein mit der zeit- und sachgerechten Realisierung des Projektes „**Sechsstreifiger Ausbau der A7 vom Autobahndreieck Bordesholm bis zur Landesgrenze SH/HH (Anschlussstelle Schnelsen-Nord)**“ als A-Modell (Betreibermodell/ÖPP-Projekt) beauftragt. Der Ausbau umfasst eine Strecke von rd. 60 km und soll dazu dienen, die A7 an die wachsende Verkehrsmenge anzupassen.

Derzeit befinden sich die Planungen der DEGES nur geringfügig außerhalb des Zeitplans. Der Bau umfasst insgesamt sechs Bauabschnitte. Baubeginn war im November 2014. Die sechsstreifig ausgebaute Strecke soll planmäßig im Dezember 2018 dem Verkehr übergeben werden. Geringfügige Restarbeiten sollen bis Ostern 2019 abgeschlossen sein.

Im Jahr 2015 hat das Land Schleswig-Holstein der DEGES die Planung und spätere Baudurchführung für die Maßnahme „**Ersatzneubau der Rader Hochbrücke**“ übertragen.

Die Rader Hochbrücke überführt östlich von Rendsburg die Bundesautobahn A7 über den Nord-Ostsee-Kanal und die Borgstedter Enge. Das knapp 1.500 Meter lange Bauwerk wurde 1972 für den Straßenverkehr freigegeben und spielt eine zentrale Rolle im Verkehr von und nach Dänemark und

Skandinavien. Bei Überprüfungen im Jahr 2013 wurden gravierende Schädigungen an den Pfeilerköpfen festgestellt, die als Sofortmaßnahme Teilsperren für Lkw über 7,5 t sowie die Beschränkung auf einen Fahrstreifen je Fahrtrichtung erforderten. Nach Abschluss der nötigen Instandsetzungsarbeiten konnten diese Beschränkungen größtenteils wieder aufgehoben werden. Die verbleibende Restnutzungsdauer für das Brückenbauwerk endet nach derzeitiger Beurteilung mit Ablauf des Jahres 2026, so dass ein Ersatzneubau unumgänglich wird. Im Zug der Variantenuntersuchung wurden sowohl Tunnel- als auch Brückenlösungen bewertet.

Die Planungen sahen zunächst eine bestandsnahe vierstreifige Wiederherstellung der Rader Hochbrücke vor. Grundlage war eine Verkehrsprognose für das Jahr 2030. Die darin ausgewiesenen Verkehrszahlen hätten mit einem vierstreifigen Querschnitt bewältigt werden können. Die Anfang 2017 veröffentlichten Ergebnisse der bundesweiten Straßenverkehrszählung lagen im Bereich der Rader Hochbrücke jedoch bereits im Bereich der Prognosegrößen, sodass auf deren Basis eine neue Verkehrsuntersuchung beauftragt wurde. Diese ergab, dass nur ein sechsstreifiger Querschnitt ausreichend leistungsfähig ist. Das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) hat deshalb mit Datum 11. September 2017 zugestimmt, die Planung der Rader Hochbrücke auf sechs Fahrstreifen umzustellen. Dies bedeutet zugleich einen Ausbau des gesamten Streckenabschnitts zwischen der Anschlussstelle Rendsburg/Büdelndorf und dem Autobahnkreuz Rendsburg. Der zusätzliche Fahrstreifen pro Richtung wird als Spuraddition bzw. -subtraktion ausgeführt. Die neue Brücke wird insgesamt um 2 m pro Richtungsfahrbahn gegenüber der bisherigen vierstreifigen Planung breiter.

Das Land Schleswig-Holstein und die DEGES haben am 19. Dezember 2017 den Dienstleistungsvertrag zur Planung und Realisierung des „**Neubaus der A 20 in Schleswig-Holstein**“ geschlossen. Es handelt sich dabei um die noch nicht gebauten Abschnitte 3 bis 8 von Weede bis zum Anschluss des geplanten Elbtunnels auf der niedersächsischen Seite der Elbe mit einer Länge von insgesamt rund 80 Kilometern, davon rund 73 km in Schleswig-Holstein (bis zur Mitte der Elbe). Zum 01. April 2018 wurde der DEGES die vollständige Projektverantwortung übertragen.

Die DEGES hat in den Jahren 2016 und 2017 folgende Mittel aus dem Landeshaushalt erhalten:

2016

Zweckausgaben = 0,98 Mio. €
Verwaltungskosten = 2,48 Mio. €

2017

Zweckausgaben = 2,21 Mio. €
Verwaltungskosten = 3,20 Mio. €

Ausblick

Die DEGES wird den Fokus ihres Handelns u. a. auf die weitere Akquisition neuer Gesellschafter und Projekte richten. Dies entspricht den mittel- und langfristigen Zielen, die im März 2009 vom Aufsichtsrat für die Gesellschaft beschlossen wurden. Gleichzeitig erfolgt die weitere zügige Realisierung und Abrechnung der an die DEGES übertragenen Projekte. Auf Grundlage der in den Dienstleistungsverträgen geregelten Kostenerstattung durch Bund und Länder wird auch für die kommenden Geschäftsjahre mit einem Jahresüberschuss von mindestens 6.260 € gerechnet.

Die DEGES nimmt bei der Akquirierung und Durchführung ihrer Aufträge nicht am Wettbewerb im Sinne des Vergaberechts teil. Sie steht jedoch im ständigen Vergleich mit den ansonsten in der Branche agierenden Strukturen: der Auftragsverwaltung der Länder sowie, was Teilbereiche betrifft, den Consultants. Angesichts der nachhaltigen Bestrebungen der Länder zur Straffung ihrer Verwaltung wächst die Rolle der DEGES als zusätzliche bzw. gemeinsame Ressource der Gesellschafter für komplexe und länderübergreifende Aufgabenstellungen.

Ausgehend vom Aufgabenbereich der geplanten Infrastrukturgesellschaft des Bundes für Autobahnen und andere Bundesfernstraßen (IGA) wird deren Gründung auch Auswirkungen auf die DEGES haben. Dabei werden ebenfalls die Bestrebungen des Bundes zum Ausbau des Geschäftsfeldes Wasserstraße bei DEGES eine Rolle spielen. Eine konkrete Einschätzung der Chancen und Risiken hieraus sowie eine sichere Prognose der damit im Zusammenhang stehenden langfristigen Entwicklung der DEGES kann derzeit jedoch noch nicht getroffen werden. Seitens des Bundes wird die Integration der DEGES in die IGA als zukunftsweisend angestrebt.

Eichdirektion Nord AöR



Düppelstraße 63
 24105 Kiel
 Telefon: (04 31) 9 88 - 44 50
 Telefax: (04 31) 9 88 - 44 59
 E-Mail: eichdirektion@ed-nord.de
 Internet: www.eichdirektion-nord.de

Unternehmensaufgabe

Der Eichdirektion Nord (EDN) obliegen die nach dem Eichgesetz und die nach dem Gesetz über Einheiten im Messwesen sowie der jeweils darauf gestützten Rechtsverordnungen in der jeweils geltenden Fassung durchzuführenden Aufgaben des gesetzlichen Messwesens soweit sie die drei Anstalts-träger durch Rechtsverordnung auf die EDN übertragen haben.

Eigentumsverhältnisse	in €	in %
Stammkapital der EDN	2.610.000	100,00
davon		
Land Schleswig-Holstein	1.250.000	47,89
Freie und Hansestadt Hamburg	530.000	20,31
Mecklenburg-Vorpommern	830.000	31,80

Geschäftsführung

- Dr. Herbert Weit, technischer Vorstand und Sprecher des Vorstands
- Gerd Hansen, kaufmännischer Vorstand

Verwaltungsrat

- Dorothea Werk-Dorenkamp (Vorsitzende), BWVI HH
- Renate Brügge, FM MV
- Britta Friedrich, MWVATT SH
- Regina Klein, FM SH
- Ulrich Kolß, BWVI HH
- Ralf Svoboda, MWAG MV
- Gunther Thöndel, Personalvertreter der Eichdirektion Nord

Die Mitglieder des Verwaltungsrats erhielten in den Geschäftsjahren 2016 und 2017 für ihre Tätigkeit im Verwaltungsrat keine Vergütung.

Beteiligungen

Keine

**Unternehmensdaten
(alle Angaben in T€)**

Ausgewählte Daten aus der Bilanz	2017	2016	2015
Anlagevermögen	1.749	1.535	1.815
Liquide Mittel	9.925	9.303	7.781
Eigenkapital	4.263	4.334	3.885
Forderungen davon gegen Anstaltsträger	19.651 19.177	18.471 17.968	17.490 17.081
Rückstellungen für Pensionen u. ä.	23.427	21.537	19.806
Bilanzsumme	31.576	29.548	27.284

Ausgewählte Daten aus der Gewinn- und Ver- lustrechnung	2017	2016	2015
Umsatzerlöse	8.621	8.626	7.822
Erträge aus Verlustübernahme durch die Länder davon vom Land Schleswig-Holstein	240 0	51 0	130 0
Materialaufwand	53	71	63
Personalaufwand	6.203	5.894	5.302
Abschreibungen	424	422	423
Jahresergebnis	379	450	483

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (im Jahresdurchschnitt)	2017	2016	2015
Gesamtanzahl (Personen)	100	98	97
davon			
Frauen	19	19	20
Männer	81	79	77
Auszubildende	1	1	1
Teilzeitbeschäftigte	7	6	6
Vollzeitäquivalente	96,98	94,83	90,11
Kennzahlen	2017	2016	2015
Cashflow aus lfd. Geschäftstätigkeit (in T€)	1.653	1.510	2.094

Geschäftsverlauf

Die betrieblichen Erträge 2017 sind im Vergleich mit dem Vorjahr geringfügig gesunken. Durch den in 2016 erfolgten Verkauf eines Eichkolbenfahrzeuges waren die Erlöse des Vorjahres höher. Der Rückgang im Gebührenbereich wurde nahezu kompensiert durch Einnahmesteigerungen bei erbrachten umsatzsteuerpflichtigen Leistungen.

Bei den Personalkosten wirkten sich neben den Tarif- und Besoldungssteigerungen und personellen Verstärkungen die gestiegenen Zuführungen zu den Rückstellungen für Pensionen und Beihilfen kostenerhöhend aus.

Die Ergebnisaufteilung erfolgt anteilig auf die Anstaltsträger nach dem Grundsatz der verursachungsgerechten Zuordnung von Erträgen und Kosten auf Basis einer Kosten- und Leistungsrechnung.

Die verursachungsgerechte Erfassung der Kosten und Leistungen für die jeweiligen Anstaltsträger ist durch das Organisations- und Buchhaltungssystem gewährleistet.

In den Geschäftsjahren 2016 und 2017 sind keine Zuschüsse als Verlustausgleich aus dem Landeshaushalt Schleswig-Holstein an die EDN erforderlich gewesen.

Ausblick

Die Weiterführung von Konformitätsbewertungen ist nicht nur für die wirtschaftliche Lage und die Kompetenzerhaltung bei hoheitlichen Aufgaben der Eichdirektion Nord wichtig, sondern auch für die Unterstützung kleiner und mittelständischer Unternehmen, die so die Möglichkeit haben, ihre Messgeräte und Messsysteme nach europäischen Richtlinien und dem Mess- und Eichgesetz in Verkehr zu bringen.

Durch die kontinuierliche Erweiterung ihres Qualitätsmanagementsystems sowie durch interne und externe Audits und Begutachtungen durch die Physikalisch-Technische Bundesanstalt PTB erhält und erweitert die Eichdirektion Nord ihre Kompetenz und kann dies jederzeit auch gegenüber der EU dokumentieren.

Um den Aufwand und die Kosten für die gesetzlich vorgeschriebene metrologische Überwachung möglichst gering zu halten, wurde das alte, den aktuellen Anforderungen nicht mehr entsprechende

und nur mit unverhältnismäßig hohem Aufwand zu aktualisierende messtechnische Datenbankprogramm zum 01.01.2018 durch das neue Eichverwaltungs-Programm (EVP) ersetzt. Dieses Programm ermöglicht ohne großen zusätzlichen Aufwand die schnelle Auswertung von Überwachungsmaßnahmen, die Prüfung der Notwendigkeit von schwerpunktmäßigen Maßnahmen in bestimmten Gerätegruppen und in einfacher Weise die notwendige Dokumentation der metrologischen Überwachung. Hierdurch wird das Personal im Bereich der metrologischen Überwachung von zeitaufwendigen Datenbankrecherchen und Auswertungen entlastet und kann für operative Überwachungsmaßnahmen eingesetzt werden.

Da das Programm EVP inzwischen in acht weiteren Eichbehörden im Einsatz ist und der Wechsel zweier weiterer Landeseichbehörden zu EVP in den nächsten Jahren geplant ist, können in der bundesweiten Zusammenarbeit der Eichbehörden Synergien bei der Programmpflege, der Erstellung von Auswertungen und bei Schulungen genutzt werden.

Eine weitere Maßnahme insbesondere zur Entlastung der Geschäftszimmer, aber auch des operativ tätigen Personals, ist die verstärkte Einführung von Onlineverfahren für Messgerätehersteller und Verwender. Hierzu wird der veraltete Internetauftritt der Eichdirektion Nord komplett erneuert. Eichtträge können dann elektronisch über die Internetseite der Eichdirektion Nord gestellt werden. Die Vergabe von Terminen wird online über ein Terminvergabeprogramm ermöglicht. Weitere Onlineanwendungen sind geplant.

Die auch zukünftig notwendige Gewinnung von Fachkräften ist ein Thema, dass die Eichdirektion Nord permanent beschäftigen muss. Ein Kernpunkt hierbei ist die eichtechnische Ausbildung des Personals. Die jetzige langwierige theoretische Ausbildung (3 bis 6 Monate) an der Deutschen Akademie für Metrologie (DAM) ist für Teilzeitkräfte und im Sinne der Vereinbarkeit von Beruf und Familie nicht geeignet, neue Fachkräfte, die schon über eine abgeschlossene Berufsausbildung verfügen müssen, zu gewinnen. Da die eichtechnische Ausbildung bundesweit geregelt ist, müssen einvernehmlich neue Wege der Ausbildung unter Beibehaltung der hohen Qualität der Ausbildung gefunden werden. Die Eichdirektion ist hier initiativ geworden und hat eine intensive Diskussion zum Thema Ausbildung angestoßen.

Zur Förderung und zum langfristigen Erhalt der Gesundheit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind die ersten Initiativen gestartet. An einigen Standorten konnten die ersten Vorschläge, die aus dem Kreis der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gekommen sind, umgesetzt werden. Das Projekt Gesundheitsförderung wird schrittweise unter Einbindung aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter weitergeführt.

Auf die Auswirkungen von Ereignissen auf dem Kapitalmarkt hat die Eichdirektion Nord keinen Einfluss. Zum rechtzeitigen Erkennen von Risiken und Auswirkungen ist eine genaue Beobachtung der Entwicklungen notwendig, wie dies auch in der Vergangenheit geschehen ist. Ggf. müssen dann Planungen kurzfristig angepasst und soweit möglich, interne Gegenmaßnahmen eingeleitet werden. Dieses Vorgehen hat sich in der Vergangenheit bewährt.

Im Zuge der letzten bundesweiten Erhöhung der Eichgebühren in 2015 war vorgesehen, nach drei Jahren eine erneute Gebührenanpassung an die dann geänderte Kostensituation zu prüfen. Zu Beginn des Jahres 2018 wurde von allen Eichbehörden die Kosten- und Erlössituation für das Jahr 2017 erhoben, um den Bedarf einer Gebührenanpassung zu ermitteln. Hieraus resultierend könnte Ende 2018 oder Anfang 2019 die Mess- und Eichgebührenverordnung (MessEGebV) mit einer moderaten Erhöhung der Gebührensätze durch das Bundeswirtschaftsministerium geändert werden.

[\[Inhaltsverzeichnis\]](#)

EKSH Gesellschaft für Energie und Klimaschutz Schleswig-Holstein GmbH



Boschstraße 1

24118 Kiel

Telefon: 0431 9805-800

Fax: 0431 9805-888

Mail: info@eksh.org

Internet: www.eksh.org

Unternehmensaufgabe

Als gemeinnützige Einrichtung fördert die EKSH Wissenschaft und Forschung im Bereich Energie, Umweltschutz einschließlich Wissenschaft und Forschung und die Bildung im Bereich Energie sowie Klima- und Umweltschutz.

Eigentumsverhältnisse	in €	in %
Stammkapital der EKSH	75.000	100,00
davon		
Land Schleswig-Holstein	25.000	33,33
HanseWerk AG	25.000	33,33
Hochschul-GbR / EKSH GmbH	25.000	33,33

Geschäftsführung

- Stefan Sievers
- Stefan Brumm

Bei der EKSH existiert kein Aufsichtsrat. Die Gesellschafter entsenden individuell bevollmächtigte Vertreter in die Gesellschafterversammlung.

Beteiligungen

Keine

Unternehmensdaten
(alle Angaben in T€)

Ausgewählte Daten aus der Bilanz	2017	2016	2015
Anlagevermögen	20.866	21.743	24.871
Liquide Mittel	1.506	1.867	457
Eigenkapital	19.502	20.752	22.295
davon			
gezeichnetes Kapital	75	75	75
Kapitalrücklage	20.677	24.273	24.262
Verlustvortrag	0	-2.042	-214
Jahresfehlbetrag	-1.250	-1.554	-1.828
Rückstellungen	23	28	33
Bilanzsumme	22.417	23.683	25.428

Ausgewählte Daten aus der Gewinn- und Verlustrechnung	2017	2016	2015
Betriebliche Erträge	420	257	510
Aufwendungen für die Erfüllung des Gesellschaftszwecks	1.840	1.676	2.352
Personalaufwand	473	462	477
Abschreibungen	34	31	26
Sonstige betriebliche Aufwendungen	205	202	155
Erträge aus Wertpapieren	947	834	896
Jahresergebnis	-1.250	-1.554	-1.828

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (im Jahresdurchschnitt)	2017	2016	2015
Gesamtanzahl (Personen)	7	5	8
davon			
Frauen	3	3	4
Männer	4	2	4
Auszubildende	0	0	0
Teilzeitbeschäftigte	3	2	6
Vollzeitäquivalente	5*	4	4

* davon ein Mitarbeiter projektbezogen in Vollzeit

Bei den Teilzeitbeschäftigten handelt es sich um befristete Beschäftigte, die Projekten zugeordnet sind, und um eine studentische Hilfskraft. Seit 2017 ist der nebenamtliche Geschäftsführer der EKSH teilzeitbeschäftigter Arbeitnehmer.

Kennzahlen	2017	2016	2015
Sachanlageinvestitionen	83	108	129
beschiedene Projekte	41	43	42
davon von Dritten	29	33	41
durchgeführte Veranstaltungen	9	14	14*

Geschäftsverlauf

Zu Beginn des Jahres 2016 stand eine Strategieklausur, deren erarbeitetes Arbeitsprogramm von der Gesellschafterversammlung im Juni beschlossen wurde.

In den Jahren 2016 und 2017 hat die EKSH zur Erfüllung ihres Satzungszweckes jeweils rd. 60 Einzelprojekte bearbeitet.

Schwerpunktmäßig genannt sei hier, wie in den Vorjahren, das Programm „HWT Energie und Klimaschutz“, in dem wiederum Kooperationsprojekte von Wissenschaftlern mit Unternehmen gefördert werden konnten.

Das im Mai 2016 ausgerufene Zuschussprogramm „Ladesäulen für Elektroautos in Kommunen“ hat inzwischen zu einer Errichtung von 56 Landesäulen in 31 Kommunen geführt. Die Gemeinden liefern der EKSH im Gegenzug für drei Jahre Betriebsdaten zu den Ladesäulen.

Bei der von der EKSH veranstalteten und finanzierten EnergieOlympiade für schleswig-holsteinische Kommunen hat im Mai 2017 wieder ein „Gipfeltreffen der Energiespar-Kommunen“ mit diversen Auszeichnungen in verschiedenen Kategorien stattgefunden. Der Landeswettbewerb wird seit zehn Jahren veranstaltet.

Die Gesellschaft finanziert ihren Betrieb und ihre Tätigkeit nach Satzungszweck aus Zinseinnahmen und ergänzenden, jährlichen Entnahmen aus der Kapitalrücklage.

Im Jahr 2017 sind die letzten treuhänderisch durchgeführten Projekte aus der aufgelösten Innovationsstiftung abgewickelt bzw. übergeben worden.

Ausblick

Die Gesellschaft wird ihre Fördertätigkeit zu gemeinnützlichen Zwecken im Jahr 2018 fortführen. Das Land verspricht sich durch die EKSH eine aktive Begleitung und Flankierung zur erfolgreichen Umsetzung der Energiewende. Da jedoch der finanzielle Spielraum der EKSH endlich ist – er basiert auf dem Verzehr des von der ISH übernommenen Vermögens und ist auch beeinflusst durch die Höhe der Zinserträge – sind Wege für die Einwerbung von zusätzlichen Mitteln zu finden. Somit strebt die EKSH in jedem Geschäftsjahr die Einwerbung von Drittmitteln und Spenden an.

Filmförderung Hamburg / Schleswig-Holstein GmbH



Filmförderung Hamburg
Schleswig-Holstein

Friedensallee 14 – 16
22765 Hamburg
Telefon: 040 / 39 83 7 – 0
Mail: info@ffhsh.de
Internet: www.ffhsh.de

Unternehmensaufgabe

Gegenstand der FFHSH ist die Entwicklung, Pflege und Stärkung der Filmkultur und Filmwirtschaft in Hamburg und Schleswig-Holstein durch insbesondere die Förderung von Erfolg versprechenden Film- und Fernsehprodukten aller Genres sowie durch die Erbringung von Dienstleistungen, die zur Erreichung der Förderziele notwendig sind.

Die Förderung umfasst Maßnahmen zur finanziellen Förderung der Projektentwicklung, der Produktionsvorbereitung und der Produktionsdurchführung, der Postproduktion, des Abspiels, Verleihs und Vertriebs von Filmproduktionen.

Zu den Dienstleistungen gehört u. a. auch der Betrieb der Filmwerkstatt in Kiel mit den Mitteln der Zuwendung gemäß § 55 Abs. 4 Nr. 2 b des Staatsvertrages über das Medienrecht in Hamburg und Schleswig-Holstein in der jeweils geltenden Fassung (Medienstaatsvertrag HSH).

Eigentumsverhältnisse	in €	in %
Stammkapital der FFHSH	25.600	100,00
davon		
Land Schleswig-Holstein	6.450	25,20
Freie und Hansestadt Hamburg	19.150	74,80

Geschäftsführung

Maria Köpf

Aufsichtsrat

- Dr. Carsten Brosda (Vorsitzender), Senator für Kultur und Medien Hamburg
- Sabine Rossbach (stellv. Vorsitzende), Direktorin NDR-Landesfunkhaus Hamburg
- Susanne Bieler-Seelhoff, Kulturabteilung, Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur SH
- Prof. Martin Hagemann, Filmuniversität Babelsberg Konrad Wolf
- Marlis Kieft, Unternehmerin, Lübeck/Rehna
- Claudia Landsberger, Medienberaterin, Amsterdam
- Dr. Frauke Pieper, Datenschutzbeauftragte des ZDF, Mainz
- Jana Schiedek, Staatsrätin der Behörde für Kultur und Medien, Hamburg
- Florian Weischer, Unternehmer, Hamburg

Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhielten in den Geschäftsjahren 2016 und 2017 keine Vergütung.

Beteiligungen	Stammkapital (in €)	Anteil FFHS (in %)
Filmfest Hamburg gGmbH	25.600	100,00
Creative Europe Desk Hamburg GmbH ⁴	25.565	100,00

**Unternehmensdaten
(alle Angaben in T€)**

Ausgewählte Daten aus der Bilanz	2017	2016	2015
Anlagevermögen	328	262	245
Forderungen gegen die FHH	7.593	7.413	7.163
Liquide Mittel	7.534	5.552	6.732
Eigenkapital	26	26	26
Sonderposten für Zuschüsse zum Anlagevermögen	285	236	219
sonstige Rückstellungen	11.620	8.018	9.548
davon			
für Förderverpflichtungen	9.742	7.708	8.518
für Förderverpflichtungen Filmwerkstatt	130	102	130
für nicht verbrauchte Fördermittel (inkl. Filmwerkstatt (FWS) Kiel)	545	125	0
Verbindlichkeiten aus Filmförderung	4.172	5.127	4.557
Bilanzsumme	16.139	13.451	14.396

⁴ Ehemals MEDIA DESK Informationsstelle für europäische Filmförderung GmbH

Ausgewählte Daten aus der Gewinn- und Verlustrechnung	2017	2016	2015
Erträge aus Zuwendungen	13.723	13.161	13.523
davon			
FHH	8.471	8.466	8.216
Land SH	695	160	160
MA HSH ⁵			---
Rundfunkgebührenmittel	2.281	2.500	2.500
Zuwendungen NDR / ZDF	2.200	2.000	2.000
Sonstige betriebliche Erträge	1.964	2.901	3.462
Aufwendungen für Filmförderung ⁶	12.242	13.310	14.369
Personalaufwand	1.252	1.189	1.178
Sonstige betriebliche Aufwendungen	923	906	1.384
Jahresergebnis	0	0	0

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter	2017	2016	2015
Gesamtanzahl (ab 2016 ohne GF, ohne Azubi)	22	22	22
davon			
Frauen	16	16	16
Männer	6	6	6
Auszubildende	1	1	1
Teilzeitbeschäftigte	8	8	6
Vollzeitäquivalente	19,8	19,6	21,0

Kennzahlen	2017	2016	2015
Zahl der geförderten Projekte (ohne FWS)	227	195	215
Auszeichnungen für geförderte Filme	55	93	56
Drehtage (gesamt)	1.989	2.474	2.314
Regionaleffekt (in %)	260	232	220

⁵ Anteilige Zuführung aus einer Einmalzahlung in Höhe von insgesamt 928 T€ von nicht verwendeten Rundfunkgebührenmitteln für die Jahre 2010 bis 2012.

⁶ Beinhaltet einen Ausgleich der GuV, der den Aufwand von nicht verwendeten Fördermitteln des jeweiligen Geschäftsjahres betrifft.

Geschäftsverlauf

Die FFHSH entwickelte sich in den Geschäftsjahren 2016 und 2017 weiterhin positiv. Es konnte ebenso wie im Vorjahr ein jeweils ausgeglichenes Jahresergebnis erzielt werden.

Die Region Hamburg / Schleswig-Holstein war als Drehort weiterhin gefragt. Im Jahr 2016 wurden an insgesamt 2.474 Tagen in Hamburg (1.815) und Schleswig-Holstein (659) Kino- und Dokumentarfilme, TV-Mehrteiler und Serien gedreht. Im Jahr 2017 waren es insgesamt knapp 2000 Drehtage – davon 1.526 in Hamburg und 463 in Schleswig-Holstein. Trotz eines geringen Rückgangs liegt die Anzahl der Drehtage weiterhin auf einem sehr hohen Niveau. Der kalkulierte Regionaleffekt betrug 2017 260% (in 2016 rund 232%), was bedeutet, dass mehr als das Zweieinhalbfache der Fördersummen in der Region ausgegeben werden.

Der Festivalerfolg der geförderten Filme war in den Jahren 2016 und 2017 sehr erfreulich. Insgesamt wurden in 2017 25 geförderte Projekte mit 55 Preisen bedacht (in 2016 insgesamt 36 geförderte Projekte mit 93 Preisen). Hinzu kommen noch zahlreiche Auszeichnungen für unterstützte Produktionen der Hamburg Media School sowie der Hochschule für bildende Künste.

Die FFHSH hat 2016 für die Entwicklung, Herstellung und Auswertung von 195 Filmprojekten insgesamt rund 13 Mio. EUR vergeben, 2017 mit 12,1 Mio. EUR etwas weniger. Die Filmwerkstatt Kiel hat 2016 für die Projektentwicklung, Produktion und Präsentation von Filmprojekten aus Schleswig-Holstein rd. 0,2 Mio. € ausgegeben, 2017 waren es ebenfalls rd. 0,2 Mio. €.

Die FFHSH finanziert sich zu einem Großteil aus Zuwendungen der öffentlichen Hand. Seitens der Freien und Hansestadt Hamburg erhielt die FFHSH im Geschäftsjahr 2017 eine institutionelle Förderung in Höhe von insgesamt 8,5 Mio. € (2016 ebenfalls 8,5 Mio.€). Vom Land Schleswig-Holstein erhielt die FFHSH im Geschäftsjahr 2017 insg. 0,7 Mio. €, was im Vergleich zum Vorjahr (0,2 Mio. €) eine deutliche Steigerung darstellte.

Im Jahr 2016 sind der FFHSH entsprechend den Festlegungen des Medienstaatsvertrags HSH aus dem Rundfunkgebührenanteil der beteiligten Länder 2,5 Mio. € zugeflossen. 2,2 Mio. € dieser Mittel wurden für die Förderung von Film- und Fernsehproduktionen verwendet abzüglich eines Anteils für Betriebs- und Personalkosten und die Beratung von Produktionsunternehmen. 0,3 Mio. € sind wie jährlich vorgesehen für die Betriebs- und Fördermittel der Filmwerkstatt Kiel vergeben worden.

Mit dem Inkrafttreten des 6. Medienänderungsstaatsvertrags HSH (MÄStV HSH) am 1. April 2017 ändert sich die Verteilung der Rundfunkbeiträge gemäß § 55 Abs. 2 und Abs. 4 von festgelegten Beträgen zu einer prozentualen Aufteilung am Beitragsaufkommen. Während im ersten Quartal 2017 die Beiträge an die FFHSH noch bei 0,6 Mio. € bzw. 0,08 Mio. € an die FWS Kiel lagen, reduzierten sie sich verhältnismäßig für die letzten drei Quartale auf rd. 1,5 Mio. € für die FFHSH (2017 gesamt: 2,0 Mio. €) bzw. 0,2 Mio. € für die FWS Kiel (2017 gesamt: 0,3 Mio. €).

2017 wurden im Rahmen der Neuverhandlung der Vereinbarung mit dem NDR die Fördermittel von 1,0 Mio. € des Vorjahres auf 1,2 Mio. € erhöht. Mit den Mitteln des ZDF (weiterhin 1,0 Mio. €) stellten die Sender zusammen insgesamt 2,2 Mio. € für die FFHSH bereit.

Ausblick

Trotz angespannter Haushaltslagen in den beteiligten Ländern ist erkennbar, dass die Freie und Hansestadt Hamburg und das Land Schleswig-Holstein an ihrem Vorhaben festhalten, den Medienstandort Norddeutschland zu stärken. Die aus dem MÄStV HSH zur Verfügung gestellten Mittel werden aufgrund der veränderten Beitragsbemessungsgrundlage in 2018 mit 1,95 Mio. € für die FFHSH bzw. 0,27 Mio. € für die Filmwerkstatt Kiel insgesamt geringer ausfallen als im Vorjahr. Die Zuwendungen des NDR (seit 2017 1,2 Mio. €) und ZDF (1,0 Mio. €) verbleiben absehbar auf konstantem Niveau. Für das Geschäftsjahr 2018 rechnet die Filmförderung erneut mit einem ausgeglichenen Ergebnis.

[\[Inhaltsverzeichnis\]](#)

Gesellschaft zur Beseitigung von Sonderabfällen mbH



Holstenbrücke 8-10

24103 Kiel

Telefon: 0431 / 98 26 59 – 211

Fax: 0431 / 98 26 59 – 210

Mail: gbs@sad-rondeshagen.de

Internet: www.sad-rondeshagen.de

Unternehmensaufgabe

Aufgabe der GBS ist die Förderung des Umweltschutzes durch Planung, Errichtung und Betrieb von Abfallbeseitigungsanlagen für solche Abfälle, die wegen ihrer Art oder Menge nicht mit den in Haushaltungen anfallenden Abfällen beseitigt werden können und deshalb einer besonderen Anlage bedürfen (Sonderabfälle). Die GBS betreibt die einzige vollständig eingehauste Deponie für Sonderabfälle in Deutschland auf einem 22,24 ha großen Gelände bei Lübeck.

Eigentumsverhältnisse	in €	in %
Stammkapital der GBS	25.000	100,00
davon		
Land Schleswig-Holstein	12.500	50,00
HGV Hamburger Gesellschaft für Vermögens- und Beteiligungsmanagement mbH, Hamburg	12.500	50,00

Geschäftsführung

Hans-Joachim Berner

Aufsichtsrat

- Roland Kübitz-Schwind (Vorsitzender), MELUND SH
- Nils Ullmann, HGV
- Dr. Heribert Dernbach, BUE HH
- Dr. Martin Kruse, IHK Kiel
- Torben Rossow, FM SH
- Elke Schekahn, BUE HH

Ohne Stimmrecht:

- Andreas Albrecht, Gemeinde Rondeshagen
- Dr. Carl-Heinz Schulz, Kreis Herzogtum Lauenburg

Die Sitzungsgelder des Aufsichtsrates betragen im Geschäftsjahr 2016 456,00 € und im Geschäftsjahr 2017 494,00 €.

Beteiligungen

Keine

Unternehmensdaten (alle Angaben in T€)

Ausgewählte Daten aus der Bilanz	2017	2016	2015
Anlagevermögen	425	387	949
Liquide Mittel	13.750	16.160	17.342
Eigenkapital	3.829	5.298	7.573
langfristige Rückstellungen	10.242	11.227	10.944
davon für Rekultivierung für Hallendemontage ⁷ für Nachsorge	2.012 8.230	3.484 7.743	4.610 6.334
Bilanzsumme	14.320	16.654	18.755

Ausgewählte Daten aus der Gewinn- und Verlustrechnung	2017	2016	2015
Umsatzerlöse	6	957	2.729
Materialaufwand	14	8	645
Personalaufwand	514	498	493
Abschreibungen davon verfüllmengenbedingt ⁸	61 0	676 636	2.017 1.961
Jahresergebnis	-1.469	-2.274	-3.352

⁷ Die Rückstellungen für Hallendemontage und Rekultivierung werden nunmehr zusammengefasst, weil sie Teil eines gemeinsamen Bauvorhabens sind und die Rückstellungen für Hallendemontage nur noch einen marginalen Teil der Summe ausmachen.

⁸ Das Deponiegrundstück, das Betriebsgelände, die Polder und unmittelbar dem Deponiekörper zuzurechnende Anlagen und Maschinen werden entsprechend § 7 Abs. 6 EStG nach dem Verfüllvolumen abgeschrieben.

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (im Jahresdurchschnitt)	2017	2016	2015
Gesamtanzahl (Personen)	7	7	7
davon			
Frauen	1	1	1
Männer	6	6	6
Auszubildende	0	0	0
Teilzeitbeschäftigte	2	2	2
Vollzeitäquivalente	6,0	6,0	6,0

Kennzahlen	2017	2016	2015
Einlagerungsmenge (in t)	0	37.962	79.828
Restvolumen (in m ³)	0	0	11.951
Cashflow aus lfd. Geschäftstätigkeit (in T€)	-2.311	-1.067	-549

Geschäftsverlauf

Zum Ende des Jahres 2016 konnte die vollständige Verfüllung der Deponie erreicht werden. Seitdem befindet sich die Deponie in der sog. Rekultivierungs- bzw. Stilllegungsphase.

Die Jahresergebnisse fielen in den Geschäftsjahren 2016 mit -2.274 T€ und 2017 mit -1.469 weniger schlecht aus als im Geschäftsjahr 2015 (-3.352 T€). Wesentlich ist hierbei der deutliche Rückgang der eingelagerten Abfälle bzw. die komplette Verfüllung der Deponie. Dadurch fallen zwar einerseits Umsatzerlöse weg. Andererseits verringern sich der Materialaufwand, die Abschreibungen und die Rückstellungen für Hallendemontage und Rekultivierung. Das Finanzergebnis steht im Wesentlichen unter dem Einfluss der sehr geringen Zinserträge.

In den Geschäftsjahren 2016 und 2017 flossen keine Zuschüsse aus dem Landeshaushalt an die GBS.

Die Gesellschaft bereitete die Stilllegung der Deponie vor.

Ausblick

Vor dem Hintergrund der Verfüllung ist es die Aufgabe der GBS, die Deponie möglichst bis Ende 2018/Anfang 2019 zu rekultivieren und in die Nachsorgephase zu überführen.

Dementsprechend richtet sich das Augenmerk wie bereits im Geschäftsjahr 2017 sehr verstärkt auf die Planungen der Nachsorgephase.

Die finanzielle Lage des Unternehmens ist geordnet. Wesentlich ist, dass das Unternehmen den voraussichtlich 30jährigen Nachsorgezeitraum finanzieren kann – nach heutigem Kenntnisstand ist dies gesichert.

[\[Inhaltsverzeichnis\]](#)

GMSH Gebäudemanagement Schleswig-Holstein AöR



Gartenstraße 6
24103 Kiel
Telefon: 0431 / 599-0
Fax: 0431 / 599-1188
Mail: mail@gmsh.de
Internet: www.gmsh.de

Unternehmensaufgabe

Die GMSH ist eine rechtsfähige Anstalt öffentlichen Rechts mit Sitz in Kiel. Alleiniger Anteilseigner ist das Land Schleswig-Holstein. Der Aufgabenumfang richtet sich nach dem Gesetz zur Errichtung der Gebäudemanagement Schleswig-Holstein (GMSHG). Danach ist die GMSH als Organ des Landes und des Bundes zur Wahrnehmung staatlicher Bauherren- und Planungsaufgaben in Schleswig-Holstein tätig. Sie ist ebenfalls als Organ des Landes für die Verwaltung und Bewirtschaftung des Landesliegenschaftsbestandes verantwortlich. Außerdem ist die GMSH zuständig für die Beschaffung von Waren und Dienstleistungen der Landesbehörden in Schleswig-Holstein. Die GMSH bietet ihre Leistungen auch sonstigen Trägern der öffentlichen Verwaltung an.

Die GMSH sorgt für Effizienzsteigerungen in allen Bereichen des staatlichen Bauens, der Gebäudebewirtschaftung und der Beschaffung und trägt so zu einer nachhaltigen Entlastung des Landeshaushaltes bei.

Eigentumsverhältnisse	in €	in %
Gezeichnetes Kapital der GMSH	8.000.000	100,00
davon		
Land Schleswig-Holstein	8.000.000	100,00

Geschäftsführung

Frank Eisoldt

Verwaltungsrat

- Dr. Silke Schneider (Vorsitzende), FM SH
- Dr. Oliver Grundei (stellvertretender Vorsitzender), MBWK SH
- Kristina Herbst, MILI SH
- Ursel Hoppe, MJEVG SH
- Tobias Goldschmidt MELUND SH
- Dagmar Streich, BMI

Vergütungen oder Sitzungsgelder werden nicht gezahlt.

Beteiligungen

Keine

**Unternehmensdaten
(alle Angaben in T€)**

Ausgewählte Daten aus der Bilanz	2017	2016	2015
Anlagevermögen	43.545	43.865	4.006
Umlaufvermögen	112.992	101.012	139.145
Eigenkapital	11.019	10.840	15.510
davon			
gezeichnetes Kapital	8.000	8.000	8.000
Rücklagen	2.250	2.250	6.160
Bilanzgewinn	769	590	1.350
Rückstellungen	129.800	117.519	111.986
davon für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	105.767	95.775	93.060
Verbindlichkeiten	16.393	17.188	16.314
Bilanzsumme	157.211	145.548	143.810

Ausgewählte Daten aus der Gewinn- und Verlustrechnung	2017	2016	2015
Umsatzerlöse	44.322	47.754	54.256
Veränderung des Bestandes an unfertigen Leistungen	119	-3	19
sonstige betriebliche Erträge	93.236	84.672	84.125
Materialaufwand	39.883	43.429	49.758
Personalaufwand	78.820	71.327	72.388
Abschreibungen	1.443	1.449	1.356
sonstige betriebliche Aufwendungen	14.667	13.368	11.308
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	93	145	354
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	2.746	2.637	2.663
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit*	-	-	1.281

außerordentliche Aufwendungen*	-	-	496
Steuern	34	29	26
Jahresergebnis	179	330	759

* Mit Inkrafttreten des BilRUG am 23.07.2015 sind die Positionen „Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit“ sowie „außerordentliche Aufwendungen“ entfallen. Eine Vergleichbarkeit mit dem Jahr 2015 ist daher nicht mehr gegeben.

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (zum 31.12.)	2017	2016	2015
Gesamtanzahl (Personen)	1.312	1.278	1.245
davon			
Frauen	543	532	524
Männer	769	746	721
Auszubildende	52	45	38
Teilzeitbeschäftigte	318	313	315
Vollzeitäquivalente	1.174,3	1.127,4	1.095,3

Kennzahlen	2017	2016	2015
Bausgabevolumen Bundesbau	104.800	92.300	95.700
Bausgabevolumen Landesbau	124.400	127.900	132.240
Bewirtschaftete Liegenschaften (per 31.12.)	725	737	735
Verwaltete Drittmietverträge (per 31.12.)	609	629	614
Beschaffungen im eigenen Namen (in T€)	39.675	43.260	49.600
Ausschreibungen im fremden Namen	1.525	1.332	1.377

Geschäftsverlauf

Die Geschäftsjahre 2016 und 2017 entwickelten sich überwiegend erwartungsgemäß und schließen mit positiven Ergebnissen ab, die um T€308 bzw. T€113 über den Planwerten liegen.

Die Umsatzerlöse sanken in 2016 durch den Rückgang der zusätzlichen Aufgaben im Zusammenhang mit der Flüchtlingsunterbringung um 12,0 % von 54,3 Mio. € auf 47,8 Mio. €. Sie liegen damit aber immer noch deutlich über den in der Planung vorgesehenen Erlösen (37,8 Mio. €).

In 2017 sanken die Umsatzerlöse nochmals durch den Rückgang im Zusammenhang mit der Flüchtlingsunterbringung sowie aufgrund der Beendigung der Auslieferung der Digitalfunkgeräte an Dritte um 7,2 % von 47,8 Mio. € auf 44,3 Mio. €. Sie liegen damit aber immer noch deutlich über den in der Planung vorgesehenen Erlösen (40,0 Mio. €).

Bei den sonstigen betrieblichen Erträgen war in 2017 ein Anstieg von 8,6 Mio. € auf 93,2 Mio. € zu verzeichnen. Diese Position umfasst nahezu ausschließlich die Kostenerstattungen für die Wahrnehmung der Bau- und Bewirtschaftungsaufgaben des Landes sowie der Bauaufgaben des Bundes und der Stiftung Schleswig-Holsteinische Landesmuseen Schloss Gottorf. Die Kostenerstattungen liegen jedoch unter dem prognostizierten Wert von 99,8 Mio. €, begründet durch gegenüber dem Plan geringeren Personalkosten.

Die Personal- und Sachaufwendungen beliefen sich im Jahr 2017 auf 93,5 Mio. € nach 84,7 Mio. € im Jahr 2016. Neben einem Anstieg des durchschnittlichen Personalbestandes, einer Tarifierhöhung bei den Angestellten sowie bei den Beamten und gestiegenen Sachaufwendungen liegt der wesentliche Zuwachs bei den Pensionsaufwendungen in Höhe von 4,5 Mio. €. Nach einem einmaligen Absinken der Pensionsrückstellungen im Geschäftsjahr 2016 aufgrund einer gesetzlichen Bewertungsänderung erhöhten sich die Pensionsrückstellungen im Geschäftsjahr 2017 planmäßig aufgrund des sich fortsetzenden Absinkens des Rechnungszinses.

Im Geschäftsbereich **Bundesbau** wurde im Geschäftsjahr 2016 das prognostizierte Bauvolumen in Höhe von 105 Mio. € nicht erreicht. Die Bauausgaben beliefen sich im Jahr 2016 auf 92,3 Mio. € und lagen damit 3,4 Mio. € unter dem Vorjahreswert. Der Rückgang des Bauvolumens ist im Wesentlichen auf die bereits in 2015 eingeleiteten umfangreichen internen Veränderungsprozesse im Geschäftsbereich Bundesbau zurückzuführen. Gleichzeitig wurden sehr hohe Bauumsätze in der Bauunterhaltung erzielt, wobei Bauunterhaltungsmaßnahmen häufig kleinteilig sind und ebenfalls viel Zeit binden. Im Geschäftsjahr 2017 konnte das prognostizierte Bauvolumen in Höhe von 105 Mio. € mit 104,8 Mio. € erreicht werden. Gegenüber dem Vorjahreswert von 92,3 Mio. € bedeutet dies eine Steigerung um 13,5 %.

Im Geschäftsbereich **Landesbau** war bereits 2015 ein deutlicher Anstieg des regelmäßigen Bauvolumens auf 132,2 Mio. € zu verzeichnen. Im Jahr 2016 wurde mit 127,9 Mio. € ein Ergebnis in annähernd gleicher Höhe erreicht. Der Prognosewert von 142 Mio. € wurde damit zwar nicht erreicht, die Bauausgaben lagen aber noch über dem erwarteten mittleren Jahresvolumen von 126 Mio. €. Dabei ist zu beachten, dass in 2016 keine Sondereffekte durch Maßnahmen der Flüchtlingsunterbringung wie in 2015 wirksam geworden sind. Im Jahr 2017 erzielte der Landesbau Bauausgaben in Höhe von 124,4 Mio. €. Die ursprünglichen Prognosen für 2017 lagen bei ca. 140 Mio. €. Dieses Volumen konnte nicht erreicht werden, da insbesondere die Maßnahmen des Infrastrukturmodernisierungsprogrammes IMPULS 2030 nicht so weit voranzutreiben waren, um Bauausgaben in relevanter Höhe zu realisieren.

Nach Realisierung der wesentlichen Kosteneinsparungen in den vergangenen Jahren ist es jetzt das vorrangige Ziel des Geschäftsbereichs **Gebäudebewirtschaftung**, eine nachhaltig ordnungsgemäße und wirtschaftliche Bewirtschaftung sicherzustellen und die unausweichlichen Kostensteigerungen aufgrund von Tarif- und Preissteigerungen nach Möglichkeit zu dämpfen. Dies erfolgt im Wesentlichen durch die regelmäßige Überprüfung der notwendigen Leistungsstandards und deren Anpassung an sich verändernde Rahmenbedingungen. Das Bewirtschaftungsvolumen zeigte in den Vorjahren eine stetige, auf dem Zeitstrahl leicht ansteigende Entwicklung, die neben der allgemeinen Preissteigerung insbesondere auch in der Übertragung weiterer Bewirtschaftungsaufgaben auf die GMSH begründet lag. Diese Kontinuität wurde in 2016 und nachlaufend auch noch in 2017 aufgrund der kurzfristigen Eröffnung zusätzlicher Erstaufnahmeeinrichtungen und Landesunterkünfte für Flüchtlinge durchbrochen. Insbesondere die daraus resultierenden Aufgabenzuwächse haben zu einem signifikanten Anstieg des Bewirtschaftungsvolumens gegenüber früheren Jahren geführt. Die Gesamtbewirtschaftungskosten des Landes beliefen sich nach rund 88,3 Mio. € in 2015 auf rund 132,1 Mio. € in 2016 und rund 111,7 Mio. € in 2017.

Die bewirtschaftete Fläche erhöhte sich in 2016 gegenüber dem Vorjahr um 25.942 m² auf 1.482.679 m² und verringerte sich in 2017 gegenüber dem Vorjahr um 45.446 Quadratmeter auf 1.437.233 Quadratmeter.

Der Umsatz des Geschäftsbereichs **Beschaffung** mit Waren und Dienstleistungen im eigenen Namen und auf eigene Rechnung mit dem Land und mit anderen Hoheitsträgern erreichte in 2017 einen Wert von 42,8 Mio. €. Der Umsatz lag unter dem Wert des Vorjahres von 46,4 Mio. €, da zusätzliche Beschaffungen im Rahmen der Flüchtlingsunterbringung nicht mehr zum Tragen kamen. Dass der Umsatz im Berichtsjahr dennoch den der Jahre vor 2015 weit übertrifft (2014: 31,2 Mio. €), ist der Tatsache geschuldet, dass zum einen weiterhin die Endgeräte des Digitalfunks an Kreise, Städte und Ämter geliefert und abgerechnet wurden und dass zum anderen die Steigerung der Umsätze für interessierte sonstige Träger der öffentlichen Verwaltung immer mehr zum Tragen kam. Die für das Jahr 2017 prognostizierten Umsätze in Höhe von 37,9 Mio. € wurden damit ebenfalls deutlich überschritten. Die Erlöse für die Durchführung von Ausschreibungen stiegen um 30,4 % auf 1,3 Mio. € gegenüber 1,0 Mio. € im Vorjahr. Dabei wurde ein Ausschreibungsvolumen von 286,9 Mio. € abgewickelt (Vorjahr: 304,1 Mio. €). Die Steigerung bei den Erlösen liegt auch in der Abrechnung von Leistungen gegenüber dem Land bei der durch die Beschaffung durchgeführten Veräußerung von nicht mehr benötigten Waren aus der Flüchtlingsunterbringung begründet.

Die Bilanzsumme der GMSH beläuft sich per 31. Dezember 2017 auf 157,2 Mio. €, gegenüber dem Stand per 31. Dezember 2016 mit 145,5 Mio. € ergibt sich damit ein Bilanzsummenanstieg um 11,7 Mio. € bzw. 8,0 %, der im Wesentlichen aus den Zuführungen zu den Rückstellungen für Beamtenpensionen resultiert.

Bei den bis zum Geschäftsjahr 2015 ausgewiesenen außerordentlichen Aufwendungen handelt es sich um die Auswirkungen des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes, das u.a. eine Neufestsetzung der Abzinsungssätze für die Berechnung des Barwertes von Verpflichtungen vorsieht. Der Unterschiedsbetrag für die Pensionsrückstellungen wird seit 2010 über 15 Jahre verteilt und beträgt 495 T€ p.a. Seit dem Geschäftsjahr 2016 erfolgt der Ausweis unter den sonstigen betrieblichen Aufwendungen.

Die GMSH hat für die Jahre 2016 und 2017 vom Land im Wesentlichen die folgenden Zahlungen erhalten: Organleihekosten für den Geschäftsbereich Landesbau 31,2 Mio. € (2016) und 35,3 Mio. € (2017), Erstattung der Kosten für Freiberuflich Tätige (Architekten, Gutachter etc.) für den Landesbau in Höhe von 30,5 Mio. € (2016) und 26,7 Mio. € (2017), Gesamtbewirtschaftungskosten (Hausmeister, Reinigung, Energieversorgung etc.- Eigen- und Fremdleistungen sowie Mietaufwendungen für Drittanmietungen) in Höhe von 132,1 Mio. € (2016) und 111,7 Mio. € (2017) sowie für Beschaffungen rund 27,2 Mio. € (2016) und 27,8 Mio. € (2017). Soweit die GMSH in Organleihe für das Land tätig wird – das gilt grundsätzlich für die Geschäftsbereiche Landesbau und Gebäudebewirtschaftung - handelt es sich dabei um die Erstattung der tatsächlich angefallenen Kosten. Im Geschäftsbereich Beschaffung werden die Aufwendungen der GMSH (Regiekosten) kalkulatorisch ermittelt und entweder auf die beschafften Produkte aufgeschlagen (Beschaffungen im eigenen Namen) oder gesondert in Rechnung gestellt (Beschaffungen im fremden Namen).

Ausblick

Im Umfeld der Haushaltsentwicklung des Bundes und des Landes Schleswig-Holstein als zentrale Auftraggeber wird für die GMSH von einer weiterhin stabilen Geschäftsentwicklung bei einem nahezu ausgeglichenen Ergebnis ausgegangen.

Die Gebäudebewirtschaftung will weiterhin durch regelmäßige Neuausschreibungen von Bewirtschaftungsleistungen und Anpassung der Verträge an veränderte Bewirtschaftungsanforderungen günstige Vertragskonditionen erzielen, um damit auch in Zukunft eine Dämpfung der Kostensteigerungen zu bewirken und den Landeshaushalt zu entlasten.

Im Bundesbau und im Landesbau wird für 2018 in beiden Bereichen mit einem weiteren Anstieg des Bauvolumens gerechnet.

In der Beschaffung besteht weiterhin insbesondere nach Auslaufen der zusätzlichen Anforderungen im Zusammenhang mit der Flüchtlingsunterbringung und der Auslieferung der Digitalfunkgeräte Potenzial für eine Aufgabenausweitung mit den sogenannten Dritten (sonstige öffentliche Einrichtungen), so dass in diesem Bereich eine leichte Ausweitung des Aufgabenvolumens erwartet wird.

[\[Inhaltsverzeichnis\]](#)

GOES Gesellschaft für die Organisation der Entsorgung von Sonderabfällen mbH



Havelstraße 7
24539 Neumünster
Telefon: (04321) 999 40
Fax: (04321) 999 444
E-mail: info@goes-sh.de
Internet: www.goes-sh.de

Unternehmensaufgabe

Die Gesellschaft ist die zentrale Stelle für die Organisation der Entsorgung von gefährlichen Abfällen in Schleswig-Holstein und übernimmt hoheitliche Aufgaben gemäß § 11 des Landesabfallwirtschaftsgesetzes des Landes-Schleswig-Holstein in der jeweils gültigen Fassung und der dazu ergangenen Verordnungen und Erlasse.

Zur Erreichung des Gesellschaftszwecks darf die Gesellschaft sich auf allen Gebieten betätigen, die mit dem Gegenstand des Unternehmens in unmittelbarem Zusammenhang stehen.

Eigentumsverhältnisse:	in €	in %
Stammkapital der GOES	300.000	100,00
davon		
Land Schleswig-Holstein	77.250	25,75
Die Kreise und kreisfreien Städte des Landes zu je 5.050 €	75.750	25,25
SHEREG –Schleswig-Holsteinische Entsorgung und Recycling GmbH	36.750	12,25
EGSH – Entsorgungsgemeinschaft Schleswig-Holstein e.V.	36.750	12,25
14 Verbände und Organisationen der abfallerzeugenden Wirtschaft in S.-H.	73.500	24,50

Geschäftsführung

Dr. Reinhard Weber bis 30.06.2018

Gerret Gottschalk ab 01.07.2018

Aufsichtsrat

- Dr. Andreas Wasielewski (Vorsitzender), MELUND SH
- Roland Kübitz-Schwind (stellvertretender Vorsitzender), MELUND SH
- Stefan Dunst, Städteverband SH
- Martin Kayenburg, UV Nord
- Dr. Martin Kruse, IHK Schleswig-Holstein
- Regina Klein, FM SH
- Klaus Scherler, SHEREG mbH
- Lys Birgit Zorn, Entsorgungsgemeinschaft Schleswig-Holstein e. V.
- Oliver Stolz (Landrat Kreis Pinneberg)

Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhielten im Geschäftsjahr 2016 und 2017 keine Vergütung.

Beteiligungen

Keine

**Unternehmensdaten
(alle Angaben in T€)**

Ausgewählte Daten aus der Bilanz	2017	2016	2015
Anlagevermögen	84	58	20
Liquide Mittel	1.324	1.047	991
Eigenkapital	1.297	1.107	1.013
Rückstellungen	67	94	24
Bilanzsumme	1.557	1.258	1.072

Ausgewählte Daten aus der Gewinn- und Verlustrechnung	2017	2016	2015
Umsatzerlöse	1.411	1.359	1.175
Personalaufwand	724	775	699
Jahresergebnis	189	94	67

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (im Jahresdurchschnitt)	2017	2016	2015
Gesamtanzahl (Personen)	11	13	13
davon			
Frauen	3	3	3
Männer	8	10	10
Auszubildende	0	0	0
Teilzeitbeschäftigte	1	1	1
Vollzeitäquivalente	10,75	12,75	12,75

Kennzahlen	2017	2016	2015
Eigenkapitalrentabilität (in %)	15	8	7
Umsatz je Mitarbeiter (in T€)	128	105	90
Cashflow aus lfd. Geschäftstätigkeit (in T€)	326	106	99

Geschäftsverlauf

Die Ertragslage der Gesellschaft ist sehr zufriedenstellend. Die Umsatzerlöse sind gegenüber 2015 um 15,6 % und von 2016 auf 2017 um 52 T€ auf 1.411 T€ (+ 3,8 %) gestiegen.

Die Umsatzerlöse stammen im Wesentlichen aus dem hoheitlichen Bereich (insbesondere aus der Notifizierung) und dem Betrieb der Geschäftsstelle IKA (InformationsKoordinierende Stelle Abfall DV-Systeme) für die 16 Bundesländer zur Betreuung der Abfall-DV-Systeme.

Die Finanz- und Vermögenslage stellt sich weiterhin als sehr gut dar. Die Gesellschaft kommt seit Jahren ohne Fremdmittel zur Finanzierung ihrer Vorhaben aus. In den Geschäftsjahren 2016 und 2017 wurden Jahresüberschüsse von 94 T€ bzw. 189 T€ erzielt.

Ausblick

Die Umsatzerlöse aus Gebühreneinnahmen sind in 2017 gegenüber 2016 um 0,2 % gestiegen. In 2018 sind keine Gesetzesänderungen bekannt, die auf die Gebühreneinnahmen der GOES im hoheitlichen Bereich Einfluss haben werden. Seit dem Geschäftsjahr 2012 wird durch die Bildung einer zweckgebundenen Rücklage im Jahresabschluss sichergestellt, dass zukünftig Ergebnisschwankungen im hoheitlichen Bereich ausgeglichen und die Gebühren konstant gehalten werden können. Zum 31.12.2017 beträgt diese zweckgebundene Rücklage 256 T€.

Für das Geschäftsjahr 2018 hat die Gesellschaft ein positives Ergebnis geplant. Zum 01.07.2018 wurde die Stelle des Geschäftsführers neu besetzt.

[\[Inhaltsverzeichnis\]](#)

Gesellschaft zur Verwaltung und Finanzierung von Betei- ligungen des Landes Schleswig-Holstein mbH



Düsternbrooker Weg 64
24105 Kiel
Telefon: 0431 / 988-3953
Fax: 0431 / 988-616-3953
E-Mail: Mathias.Sonnenberg@fimi.landsh.de

Unternehmensaufgabe

Gegenstand des Unternehmens ist der Erwerb, die Verwaltung und die Veräußerung von Beteiligungen aller Art von juristischen Personen des privaten und öffentlichen Rechts im Interesse der Wirtschafts- und Arbeitsmarktstruktur des Landes Schleswig-Holstein und aller damit zusammenhängenden Geschäfte.

Die Gesellschaft hat zum 1. Oktober 2009 die Anteile an der Spielbanken Schleswig-Holstein Gruppe erworben. Mit Beschluss vom 17. Dezember 2010 ist die GVB als Kommanditistin ausgeschieden und hat ihre jeweilige Einlage bei den bisherigen Kommanditgesellschaften auf die neu gegründeten Gesellschaften mit beschränkter Haftung übertragen, deren Stammkapital von der Spielbank SH GmbH gehalten wird. Alleinige Eigentümerin der Spielbank SH GmbH ist die GVB.

Eigentumsverhältnisse	in €	in %
Stammkapital der GVB	750.000	100,00
davon		
Land Schleswig-Holstein	750.000	100,00

Geschäftsführung

Mathias Sonnenberg

Bei der GVB existiert kein Aufsichtsrat. Die Gesellschafter entsenden individuell bevollmächtigte Vertreter in die Gesellschafterversammlung.

Beteiligungen	Stammkapital (in T€)	Anteil GVB (in %)
Spielbank SH GmbH	25,5	100,00

Unternehmensdaten
(alle Angaben in T€)

Ausgewählte Daten aus der Bilanz	2017	2016	2015
Anteile an verbundenen Unternehmen	1.457	1.457	1.457
Wertpapiere des Anlagevermögens	2.985	0	0
Forderungen gegen verbundene Unternehmen	509	1.017	1.017
Sonstige Vermögensgegenstände	345	338	326
Guthaben Kreditinstitute	4.674	6.828	6.219
Eigenkapital	9.958	9.630	9.012
davon gezeichnetes Kapital	750	750	750
Gewinnrücklage	8.580	26.122	26.122
Verlustvortrag	0	-17.861	-18.477
Jahresergebnis	628	618	617
Rückstellungen gesamt	12	15	11
Verbindlichkeiten gesamt	4	0	0
Bilanzsumme	9.974	9.645	9.023

Ausgewählte Daten aus der Gewinn- und Verlustrechnung	2017	2016	2015
Sonstige betriebliche Erträge	0	1	0
Personalaufwand	11	11	11
davon soziale Abgaben	2	2	2
Sonstiger betrieblicher Aufwand	22	22	21
Erträge aus Beteiligungen	600	600	600
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen	21	0	0
Zinsertrag	44	51	49
Jahresergebnis	628	618	617

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (im Jahresdurchschnitt)	2017	2016	2015
Gesamtanzahl (Personen)	2	2	2
davon			
Frauen	0	0	0
Männer	2	2	2
Auszubildende	0	0	0
Teilzeitbeschäftigte ⁹	2	2	2
davon			
Geschäftsführung	1	1	1

Geschäftsverlauf

Das wesentliche Geschäftsfeld der Gesellschaft zur Verwaltung und Finanzierung von Beteiligungen des Landes Schleswig-Holstein bildet die Verwaltung der zum 1. Oktober 2009 übernommenen Beteiligung an der jetzigen Spielbank SH GmbH. Die Spielbank SH GmbH ist wiederum Eigentümerin der Spielbanken Lübeck, Schenefeld, Kiel, Flensburg und Sylt.

Bei einer leicht veränderten Bilanzstruktur hat sich die Bilanzsumme im Verlauf der Geschäftsjahre 2016 und 2017 von 9,6 Mio. € auf 9,9 Mio. € erhöht. Geändert hat sich im Berichtsjahr 2017 die Aufnahme der Bilanzposition „Wertpapiere des Anlagevermögens“. Bedingt durch drohende Negativzinsen auf Kontoguthaben, wurden liquide Mittel, analog öffentlicher Stiftungen, auf Fondsbasis angelegt. Dementsprechend reduzierte sich das Guthaben bei Kreditinstituten von 6,8 Mio. € auf 4,7 Mio. €. Durch Teiltilgung eines Gesellschafterdarlehens verminderten sich die Forderungen gegen verbundene Unternehmen von 1,5 Mio. € auf 0,5 Mio. €.

Die Eigenkapitalquote beträgt unverändert annähernd 100 Prozent. Aus der Beteiligung an der Spielbank SH GmbH konnten im Geschäftsjahr 2017 Beteiligungserträge in Höhe von 600 T€ (2016: 600 T€) realisiert werden. Daneben wurden Zinserträge aus Gesellschafterdarlehen, aus Termingeldern und aus Wertpapieren in Höhe von rund 66 T€ (2016: 51 T€) erzielt. Das Jahresergebnis hat sich im Vergleich zum Vorjahr um knapp 10 T€ auf 628 T€ erhöht, was im Wesentlichen auf höhere Zinserträge und Erträge aus anderen Wertpapieren des Finanzanlagevermögens zurückzuführen ist.

In den Jahren 2016 und 2017 erfolgte jeweils eine Gewinnausschüttung von 300 T€ an das Land.

Im Berichtsjahr hatte die Gesellschaft einen Geschäftsführer. Ein weiterer Mitarbeiter wurde im Rahmen eines geringfügigen Beschäftigungsverhältnisses im Abwicklungsbereich eingesetzt. Die Buchführung erfolgt im Rahmen eines Geschäftsbesorgungsvertrages durch eine externe Steuerberatungsgesellschaft.

Im Geschäftsjahr sind keine Zuschüsse aus dem Landeshaushalt an die GVB geflossen.

⁹ Vollzeitäquivalente sind nicht darstellbar, da es sich um nebenamtliche Tätigkeiten handelt.

Ausblick

Die Ertragslage der GVB wird wesentlich durch die geschäftliche Situation der Spielbankengruppe bestimmt. Das Land hat als Gesellschafter der GVB ein Interesse, einen geregelten Spielbetrieb unter ordnungsrechtlichen Gesichtspunkten zu gewährleisten, die Einnahmen aus Abgaben dauerhaft zu erhalten und ggfs. eine Privatisierung zu ermöglichen. Der Spielbetrieb ist hinsichtlich der Konzessionen bis zum Jahre 2026 gesichert.

Im Geschäftsjahr 2018 wurde nach Jahresabschluss der Spielbankengruppe die Gewinnausschüttung auf 1. Mio. € festgelegt. Durch den Zahlungsfluss wird sich das Jahresergebnis 2018 trotz verminderter Zinserträge auf ca. 1,1 Mio. € erhöhen.

HSH Beteiligungs Management GmbH



Besenbinderhof 37
20097 Hamburg

Telefon: +49 (0)40 180 40 363 - 540

Mail: info@hsh-bm.de

Internet: www.hsh-bm.de

Unternehmensaufgabe

Bei der HSH Beteiligungs Management GmbH („HoldCo“) handelt es sich, in Umsetzung der EU-Kommissionsentscheidung C (2016) 2689 final („EU-Entscheidung“), um eine rein passive Holdinggesellschaft, deren Ziel das Halten bzw. die Veräußerung ihrer Anteile an der HSH Nordbank AG („HSH“) im Rahmen der Privatisierung ist. Die EU-Entscheidung sieht vor, dass die Anteile der HoldCo an der operativen HSH bis zum 28. Februar 2018 in einem offenen, transparenten, diskriminierungsfreien und wettbewerblichen Bieterverfahren veräußert werden.

Eigentumsverhältnisse	In €	in %
Grundkapital	100.000,00	100,00
davon		
HSH Finanzfonds AöR		71,68
Freie und Hansestadt Hamburg ¹⁰		11,91
Land Schleswig-Holstein		10,56
Sparkassen- und Giroverband Schleswig-Holstein		5,85

¹⁰ Inkl. HGV Hamburger Gesellschaft für Vermögens- und Beteiligungsmanagement mbH

Geschäftsführung

- Volker Thies-Behr, Angestellter, Hamburg
- Helmuth Ahrens, Angestellter, Halstenbek (seit 22. Februar 2017)

Aufsichtsrat

- Dr. Philipp Nimmermann, (Vorsitzender), Staatssekretär, Finanzministerium des Landes Schleswig-Holstein
- Maria Nußmann, Regierungsrätin, Finanzministerium des Landes Schleswig-Holstein
- Bernd Hummert, Stellvertretender Verbandsgeschäftsführer und Syndikus des Sparkassen- und Giroverbandes für Schleswig-Holstein
- Dr. Jörg Arzt-Mergemeier (bis 31. Juli 2017), Leitender Regierungsdirektor, Finanzbehörde der Freien und Hansestadt Hamburg
- Georg Friedrich Jucknat (ab 1. August 2017), Oberregierungsrat, Finanzbehörde der Freien und Hansestadt Hamburg
- Dr. Rainer Klemmt-Nissen, Geschäftsführer der HGV Hamburger Gesellschaft für Vermögens- und Beteiligungsmanagement GmbH
- Dr. Sibylle Roggencamp, Senatsdirektorin, Finanzbehörde der Freien und Hansestadt Hamburg

Arbeitnehmersvertreter im Aufsichtsrat

- Simone Graf (Stellvertreterin), Mitarbeiterin der HSH Nordbank AG
- Olaf Behm, Mitarbeiter der HSH Nordbank AG
- Björn Klimm, Mitarbeiter der HSH Nordbank AG
- Peter Axmann, Mitarbeiter der HSH Nordbank AG
- Frank Schischefsky, Gewerkschaftssekretär, Fachbereichsleiter Finanzdienstleistungen, ver.di-Landesbezirk Nord
- Cornelia Hintz, Gewerkschaftssekretärin, FB Finanzdienstleistungen, ver.di-Landesbezirk Nordrhein-Westfalen

Die Aufsichtsratsmitgliedschaft wird nicht vergütet.

Beteiligungen	Grundkapital in €	Anteil in %
HSH Nordbank AG	3.018.224.530	94,90

Unternehmensdaten
(alle Angaben in T€)

Ausgewählte Daten aus der Bilanz	2017	2016	2015
Sonstige Vermögensgegenstände	200.002	0	n.a.
Anteile an verbundenen Unternehmen	987.703	610.097	n.a.
Kasse, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten	4.464	212.512	n.a.
Verlustvortrag	-2.635.264	0	n.a.
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	782.922	1.243.079	n.a.
Sonstige Rückstellungen	239.997	1.906.972	n.a.
Sonstige Verbindlichkeiten	1.735.158	158.647	n.a.
Bilanzsumme	1.975.155	2.065.693	n.a.
Eventualverbindlichkeiten	122.250	567.627	n.a.

Ausgewählte Daten aus der Gewinn- und Verlustrechnung	2017	2016	2015
Sonstige betriebliche Erträge	1.799.340	64.624	n.a.
Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.313.201	1.851.005	n.a.
Negative Zinsen aus Geldanlagen	493	463	n.a.
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	25.431	1.807	n.a.
Jahresüberschuss / -Jahresfehlbetrag	460.157	-2.635.264	n.a.

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (im Jahresdurchschnitt)	2017	2016	2015
Gesamt (Personen)	2	1	n.a.
davon			
Frauen			
Männer	2	1	
Auszubildende			
Teilzeitbeschäftigte	2	1	
Vollzeitäquivalente ohne Geschäftsführung	0	0	
Vollzeitäquivalente Geschäftsführung	0,4	0,2	

Kennzahlen	2017	2016	2015
Alle Angaben zum HoldCo Konzern (in %)			
CET1-Kapitalquote nach CRR	10,2	6,5	n.a.
CET1-Quote (phasengleich) vor Abzug zP*	16,3	7,9	n.a.
CET1-Quote (phasengleich) nach Abzug zP	10,0	7,9	n.a.

* zP: Zusätzliche Prämie unter Bedingung einer Kapitalschutzklausel von 10%.

Seit dem 1. Januar 2017 gilt insoweit für die Finanzholding-Gruppe eine CET1-SREP Anforderung von 4,5 % zuzüglich Kapitalpufferanforderungen von dann in Summe rund 5,8 %.

Geschäftsverlauf und Ausblick (Auszug aus dem Lagebericht 2017 sowie der Drucksache [19/1083](#))

Die wirtschaftliche Entwicklung der HSH Beteiligungs Management GmbH ist insgesamt abhängig von der Entwicklung der HSH Nordbank AG und vom Erfolg des Privatisierungsverfahrens. Die Europäische Kommission hat der Bundesrepublik und Ländern Schleswig-Holstein und Hamburg mit Beschluss vom 26. November 2018 mitgeteilt, dass der Verkauf der Anteile der Länder an der HSH Nordbank genehmigt wurde. Mit der finalen Genehmigungsentscheidung der Europäischen Kommission konnte der Anteilskaufvertrag vom 28. Februar 2018 am 28. November 2018 vollzogen werden.

Geschäftsverlauf und Ausblick werden für die HSH Beteiligungs Management GmbH unter www.hsh-bm.de und für die HSH Nordbank unter www.hsh-nordbank.de laufend aktualisiert dargestellt.

[\[Inhaltsverzeichnis\]](#)

HSH Finanzfonds AöR



Besenbinderhof 37

20097 Hamburg

Telefon: 040 / 37 70 75 0 – 0

Fax: 040 / 37 70 75 0 – 15 9

Mail: info@hsh-finanzfonds.de

Internet: www.hsh-finanzfonds.de

Unternehmensaufgabe

Aufgabe der Anstalt ist eine Kapitalunterstützung der HSH Nordbank AG durch die Träger zur Unterstützung der HSH Nordbank AG bei der Erfüllung der dieser obliegenden Eigenkapitalanforderungen.

In diesem Zusammenhang hat die Anstalt im Rahmen der Durchführung einer ordentlichen Kapitalerhöhung 2009 Aktien der HSH Nordbank AG in Höhe von 3 Mrd. € erworben. Ferner hat die Anstalt 2009 mit der HSH Nordbank AG einen Garantiebereitstellungsvertrag geschlossen und der HSH Nordbank AG aufgrund dessen Garantien bis zu einer Garantiesumme in Höhe von 10 Mrd. € zur Absicherung von Risikoaktiva gewährt.

Eigentumsverhältnisse	In %
Land Schleswig-Holstein	50,00
Freie und Hansestadt Hamburg	50,00

Gemäß Staatsvertrag wurde die Anstalt ohne Eigenkapital gegründet.

Geschäftsführung

- Ralf Sommer
- Dr. Karl-Hermann Witte

Anstaltsträgerversammlung

- Andreas Bolenz, FB HH
- Dr. Rainer Klemmt-Nissen, HGV
- Peter Däuber, FM SH
- Agnes Witte, FM SH

Beteiligungen	Grundkapital in €	Anteil HSH Finanzfonds in %
HSH Beteiligungs Management GmbH	100.000	71,68

Unternehmensdaten (alle Angaben in T€)

Ausgewählte Daten aus der Bilanz	2017	2016	2015
Anteile an verbundenen Unternehmen	0,001	0,001	0,001
Forderungen gegen verbundene Unternehmen	1.214.892	204.458	102.222
Forderungen gegen Organisationen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	3.484.210	2.268.493	45.004
Kasse, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten	22.048	51.911	5.348
Eigenkapital	0	-473.332	-823.256
davon Gewinnrücklagen	0	0	0
Jahresüberschuss / -Jahresfehlbetrag	473.332	349.925	823.020
Verbindlichkeiten	4.727.541	2.992.385	975.986
Eventualverbindlichkeiten	5.883.462	7.731.507	10.000.000
Bilanzsumme	4.732.128	3.000.097	976.116

Ausgewählte Daten aus der Gewinn- und Verlustrechnung	2017	2016	2015
Sonstige betriebliche Erträge	1.215.755	2.268.548	1.424.020
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1.730.527	410.812	405.561
Personalaufwand	955	555	565
Sonstige betriebliche Aufwendungen	2.431.944	2.293.182	14.205
Abschreibungen auf Finanzanlagen und Wertpapiere	0	72	958.000
Jahresüberschuss / -Jahresfehlbetrag	473.332	349.924	823.020

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (im Jahresdurchschnitt)	2017	2016	2015
Gesamt (Personen)	14	7	6
davon			
Frauen	6	2	2
Männer	8	5	4
Auszubildende	0	0	0
Teilzeitbeschäftigte	6	3	3
Vollzeitäquivalente ohne Geschäftsführung	8,4	4,5	4,9
Vollzeitäquivalente Geschäftsführung	0,4	0,4	0,4

Kennzahlen	2017	2016	2015
Eventualverbindlichkeit Garantie (in T€)	5.883.462	7.731.507	10.000.000
Rückgarantie der beiden Länder (in T€)	10.000.000	10.000.000	10.000.000
Tatsächlich abgerechnet unter der Garantie (in T€)	4.116.538	2.268.493	0
Puffer zu 3.200 (in T€) ¹¹	0	0	1.550.979

Geschäftsverlauf und Ausblick

Die wirtschaftliche Entwicklung der Anstalt ist unmittelbar von der Entwicklung der HSH Beteiligungs Management GmbH bzw. der HSH Nordbank AG abhängig.

Geschäftsverlauf und Ausblick werden für die Anstalt unter www.hsh-finanzfonds.de und für die HSH Beteiligungs Management GmbH unter www.hsh-bm.de sowie für die HSH Nordbank AG unter www.hsh-nordbank.de laufend aktualisiert dargestellt.

[\[Inhaltsverzeichnis\]](#)

¹¹ Gemäß Verlustabstimmungen zum 31.12. d.J. und Periodenbericht, der zeitlich nachgelagert genehmigt wird.

HSH Nordbank AG



Gerhart-Hauptmann-Platz 50

20095 Hamburg

Telefon: 040 / 33 33 – 0

Fax: 040 / 33 33 – 34 00 1

Martensdamm 6

24103 Kiel

Telefon: 0431 / 90 0 – 01

Fax: 0431 / 90 0 – 34 00 2

mail: info@hsh-nordbank.com

Internet: www.hsh-nordbank.de

Unternehmensaufgabe

Die Bank ist eine allgemeine Geschäftsbank. Unternehmensgegenstand der Gesellschaft sind Bank- und Finanzgeschäfte aller Art sowie weitere Dienstleistungen und Geschäfte im kreditwirtschaftlichen Bereich. Sie bietet ferner als Bankpartner der Länder Schleswig-Holstein und Hamburg Finanzdienstleistungen für öffentliche Kunden an und ist zuverlässiger und kompetenter Partner der Sparkassen in Schleswig-Holstein. Die Bank ist derzeit Mitglied der Sparkassen-Finanzgruppe..

Eigentumsverhältnisse	In €	in %
Grundkapital	3.018.224.530	100,00
davon		
HSH Beteiligungs Management GmbH		94,9
- <i>Freie und Hansestadt Hamburg</i>		11,91
- <i>HSH Finanzfonds AöR</i>		71,68
- <i>Land Schleswig-Holstein</i>		10,56
- <i>Sparkassen- und Giroverband Schleswig-Holstein</i>		5,85
9 Trusts beraten von J.C. Flowers & Co. LLC		5,10

Vorstand

- Stefan Ermisch
- Oliver Gatzke
- Ulrik Lackschewitz
- Torsten Temp

Aufsichtsrat bis 28.11.2018

Aufsichtsratsmitglieder der Aktionäre:

- Dr. Thomas Mirow (Vorsitzender), ehem. Präsident der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung
- Silke Grimm, Mitglied des Vorstands der Euler Hermes Deutschland AG
- Stefan Jütte, ehem. Vorstandsvorsitzender der Deutschen Postbank AG
- Dr. Rainer Klemmt-Nissen, Geschäftsführer der HGV Hamburger Gesellschaft für Vermögens- und Beteiligungsmanagement mbH
- Dr. David Morgan, Managing Director J.C. Flowers & Co. UK Ltd.
- Dr. Philipp Nimmermann, Staatssekretär im Finanzministerium des Landes Schleswig-Holstein
- Elke Weber-Braun, Selbstständige Wirtschaftsprüferin
- Jörg Wohlers, ehem. Mitglied des Vorstands der Hamburger Sparkasse AG und HASPA Finanzholding

Aufsichtsratsmitglieder der Arbeitnehmer:

- Olaf Behm (stellvertretender Vorsitzender)
- Stefanie Arp (bis 14. November 2017)
- Peter Axmann
- Simone Graf
- Cornelia Hintz (ver.di)
- Rieka Meetz-Schawaller
- Bert Michels (ab 15. November 2017)
- Stefan Schlatermund
- Klaus-Dieter Schwettscher (ver.di)

Die Aufsichtsratsvergütung betrug für das Geschäftsjahr 2016 insgesamt 476.803 € und für das Geschäftsjahr 2017 insgesamt 467.981 € (ohne USt).

Beteiligungen:

Insgesamt 57 vollkonsolidierte Tochterunternehmen

davon 26 Gesellschaften mit 100 % Anteil am Eigenkapital

Unternehmensdaten:
(alle Angaben in Mio. €)

Ausgewählte Daten aus der Konzernbilanz	2017	2016	2015
Geschäftsvolumen	78.611	93.208	106.176
Bilanzielles Eigenkapital	4.373	4.950	4.885
davon			
Grundkapital	3.018	3.018	3.018
Rücklagen	1.895	1.879	1.784
Konzernbilanzverlust / -gewinn	-535	67	99
Rückstellungen	1.438	1.521	1.517
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	8.271	9.501	14.398
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	36.205	40.172	44.567
Verbriefte Verbindlichkeiten	12.444	16.624	18.616
Bilanzsumme	70.382	84.365	96.973

Ausgewählte Daten aus der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung	2017	2016	2015
Zinserträge	3.086	3.466	4.397
Zinsaufwand	2.202	2.733	-3.443
Zinsüberschuss	1.179	607	1.032
Provisionsüberschuss	65	87	114
Handelsergebnis	254	88	84
Gesamtertrag	1.572	921	1.296
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	-2.086	631	-354
Einzelwertberichtigungen	-1.771	-1.682	-2.822
Portfoliowertberichtigungen	228	239	-251
Kompensationsposten durch Garantie	-728	2.284	3.077
Verwaltungsaufwand	515	634	-634
Ergebnis vor Restrukturierung	-238	445	954
Restrukturierungsergebnis	-66	-110	-31
Aufwand für öffentliche Garantien	-149	-214	-473
Konzernüberschuss/ -fehlbetrag	-528	69	98

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter	2017	2016	2015
Gesamtanzahl (Konzern)	2.295	2.613	2.710
in Vollzeitäquivalenten (jeweils 31.12.)	1.926	2.164	2.384
davon			
Frauen	719	820	891
Männer	1.207	1.344	1.493
Auszubildende	36	36	37
Teilzeitbeschäftigtenquote (in %)	26,7	27,2	26,8

Kennzahlen	2017	2016	2015
Kernkapitalquote (in %)	23,5	18,7	16,4
Langfristrating ungarantiert Moody's	Baa3	Baa3 dev. 3	Baa3
Stand Alone Rating Moody's (1; 2)	b3	b3	b3
Bestand Gewährträgerhaftung in (Mrd. €)	2,1	2,4	2,6

- (1) In 2015 Methodikänderung bei Moody's: BCA (Baseline Credit Assessment) ersetzt bisheriges Stand Alone Rating und erhält neue Bezeichnung (Financial Strength (BCA))
- (2) Die Ratings von Moody's galten seit der informellen Verständigung über den Privatisierungsprozess von Oktober 2015 bis Ende 2017. Eine positive Anpassung gab es erst nach Signing im Februar 2018 nach der Unterzeichnung des Anteilskaufvertrags. Im Langfristrating gilt seit Februar 2018 *Baa3, Rating under Review for Upgrade*. Im Moody's Stand-alone Rating (BCA) gilt seit Februar 2018 *b3, Rating under Review for Upgrade*.

Geschäftsverlauf und Ausblick (Auszug aus dem Konzernlagebericht 2017 sowie der Drucksache [19/1083](#))

Die HSH Nordbank hat sich im Geschäftsjahr 2017 insgesamt gut entwickelt und damit maßgeblich zu dem positiven Verlauf im Privatisierungsverfahren beigetragen. Die operative Geschäftsentwicklung zeichnete sich vor allem durch einen signifikanten Altlastenabbau, eine gute Ertrags- und Kostenentwicklung sowie zufriedenstellende Steuerungskennzahlen aus. Zugleich sind im Kontext des Privatisierungsverfahrens bedeutende Sondereffekte angefallen, wodurch die Geschäftsergebnisse zum Berichtsstichtag überzeichnet wurden. Insbesondere wird die HSH Nordbank durch die im Zusammenhang mit dem Privatisierungsverfahren unterzeichnete Portfolio-Transaktion von einem Großteil der leistungsgestörten Altlasten befreit. Dadurch wird einerseits die Kreditqualität grundlegend verbessert. Andererseits führt die Portfolio-Transaktion zum Berichtsstichtag zu erheblichen Belastungen in der Risikovorsorge. Des Weiteren waren Neueinschätzungen von Zins- und Tilgungszahlungen für die Hybridinstrumente zu berücksichtigen. Mit dem am 28. Februar 2018 unterzeichneten Kaufvertrag ist die elementare Voraussetzung für einen erfolgreichen Abschluss des seit rund 2,5 Jahren laufenden Privatisierungsverfahrens geschaffen. Dazu hat die Bank mit ihrem konsequenten Restrukturierungs-

kurs sowie der guten operativen Entwicklung beigetragen und somit notwendige Voraussetzungen für eine erfolgreiche Privatisierung geschaffen.

Der Anteilskaufvertrag enthält Vollzugsbedingungen, u.a. die Zustimmung des Schleswig-Holsteinischen Landtags sowie der Hamburgischen Bürgerschaft. Die Erfüllung dieser Vollzugsbedingungen ist Voraussetzung für den Vollzug des Vertrages und den damit verbundenen Übergang des Eigentums an der HSH Nordbank auf die Erwerber. Die finale Genehmigung des Verkaufs erfolgt durch die Europäische Kommission. Nachdem alle übrigen Vollzugsbedingungen erfüllt worden waren, hat die Europäische Kommission der Bundesrepublik und den Ländern mit Beschluss vom 26. November 2018 mitgeteilt, dass der Verkauf der Anteile der Länder Schleswig-Holstein und Hamburg an der HSH Nordbank genehmigt wurde. Mit der Genehmigungsentscheidung der Europäischen Kommission und somit der Erfüllung aller Vollzugsbedingungen konnte der Anteilskaufvertrag vom 28. Februar 2018 am 28. November 2018 vollzogen werden.

Trotz des erfolgreichen Verkaufs der HSH Nordbank verbleiben bestimmte Risiken auch zukünftig bei den Ländern. Aus bis zur Jahresmitte 2005 eingegangenen Verpflichtungen der ehemaligen Landesbank Schleswig-Holstein Girozentrale haftet das Land Schleswig-Holstein anteilig als einer der Gewährträger gesamtschuldnerisch für gewährträgerbehaftete Verbindlichkeiten der HSH Nordbank AG. Diese gewährträgerbehafteten Wertpapieremissionen belaufen sich aktuell per 30.09.2018 noch auf rund 1,8 Milliarden Euro. Das Land Schleswig-Holstein haftet im Innenverhältnis mit 19,55 Prozent, also per Ende September 2018 mit rund 360 Millionen Euro.

Unter www.hsh-nordbank.de wird der Geschäftsverlauf und Ausblick laufend aktualisiert dargestellt.

[\[Inhaltsverzeichnis\]](#)

hsh portfoliomanagement AöR

hsh portfoliomanagement AöR

Martensdamm 4
24103 Kiel

Telefon: + 49 431 555 79 100

Mail: info@hshpm.de

Internet: www.hshpm.de

Unternehmensaufgabe

Der Anstalt obliegt gemäß dem Staatsvertrag der Länder die Aufgabe, von der HSH Nordbank AG, ihren in- oder ausländischen Tochterunternehmen und ihren Rechtsnachfolgern zum Zwecke von deren Stabilisierung übernommene Risikopositionen unter den Voraussetzungen des Finanzmarktstabilisierungsfondsgesetzes gewinnorientiert zu verwerten und abzuwickeln.

Die Anstalt ist mit einer Kreditermächtigung ausgestattet, die es ihr ermöglicht, den Ankauf und die Bewirtschaftung eines Portfolios notleidender Kredite von der HSH Nordbank AG zu finanzieren. Damit steht der Auftrag der hsh portfoliomanagement AöR: die qualifizierte Portfolioabwicklung unter größtmöglicher Wahrung der Vermögensinteressen der Träger.

Eigentumsverhältnisse	In %
Land Schleswig-Holstein	50,00
Freie und Hansestadt Hamburg	50,00

Vorstand

- Ulrike Helfer
- Dr. Karl-Hermann Witte

Verwaltungsrat

Verwaltungsratsmitglieder in 2017 waren:

- Dr. Philipp Nimmermann
(Vorsitzender bis 31. Dezember 2017, stellvertretender Vorsitzender ab 1. Januar 2018),
Staatssekretär, Finanzministerium des Landes Schleswig-Holstein
- Jens Lattmann
(stellvertretender Vorsitzender bis 31. Dezember 2017, Vorsitzender ab 1. Januar 2018 bis
einschließlich 9. Januar 2018), Staatsrat, Finanzbehörde der Freien und Hansestadt Hamburg
- Dr. Sibylle Roggencamp
dauerhafte Vertreterin der Freien und Hansestadt Hamburg bis 9. Januar 2018, Mitglied des
Verwaltungsrats und Vorsitzende ab 10. Januar 2018), Senatsdirektorin, Finanzbehörde der
Freien und Hansestadt Hamburg
- Christian Fischer (ab 15. Mai 2017),
Justitiar, Finanzbehörde der Freien und Hansestadt Hamburg
- Meike Johannsen (bis 14. Mai 2017),
Leitende Regierungsdirektorin, Finanzbehörde der Freien und Hansestadt Hamburg
- Agnes Witte,
Referentin, Finanzministerium des Landes Schleswig-Holstein

Beteiligungen	Grundkapital in €	Anteil hsh pm in %
-	-	-

Unternehmensdaten (alle Angaben in T€)

Ausgewählte Daten aus der Bilanz	2017	2016	2015
Anteile an verbundenen Unternehmen	-	-	-
Forderungen gegen verbundene Unternehmen			-
Kasse, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten	107.198	107.717	-
Eigenkapital	-549.751	-505.323	-
davon Gewinnrücklagen	-	-	-
Jahresüberschuss / -Jahresfehlbetrag			
Verbindlichkeiten	2.298.495	2.616.124	-
Eventualverbindlichkeiten	-	-	-
Bilanzsumme	2.304.560	2.626.230	-
Ausgewählte Daten aus der Gewinn- und Verlustrechnung	2017	2016	2015
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge davon Erträge aus der Garantie	870	5.732	-
Personalaufwand	-5.943	-2.231	-
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-9.945	-5.557	-
Abschreibungen auf Finanzanlagen und Wertpapiere	-2.444	-470.073	
Jahresüberschuss / -Jahresfehlbetrag	-44.428	-505.323	-

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (im Jahresdurchschnitt)	2017	2016	2015
Gesamt (Personen)	53	13	-
davon			
Frauen	24	4	-
Männer	29	9	-
Auszubildende	-	-	-
Teilzeitbeschäftigte	13	1	-
Vollzeitäquivalente ohne Geschäftsführung	38	11	-
Vollzeitäquivalente Geschäftsführung	2	2	-

Kennzahlen	2017	2016	2015
Anzahl Schiffsicherheiten	214	251	-
Ausstehender Kreditbetrag (in Mio. €)	3.856	4.478	-
Buchwert	1.643	2.038	-

Geschäftsverlauf und Ausblick

Die Geschäftstätigkeit und das Jahresergebnis der hsh pm zum 31. Dezember 2017 waren weiterhin durch den Aufbau der Organisationsstruktur der Anstalt geprägt. Die hsh pm gilt nicht als Kreditinstitut. Dennoch sind die wesentlichen Regelungen für Kreditinstitute auf die hsh pm anzuwenden. Die Erfordernisse an eine ordnungsgemäße Geschäftsorganisation sind sehr hoch und mit entsprechenden Aufwendungen verbunden.

Im Geschäftsjahr 2017 konnten erste Abbauerfolge beim Abbau des Buchwerts des Kreditportfolios verzeichnet und Restrukturierungsmaßnahmen abgeschlossen werden.

Insgesamt stellt sich die Geschäftsentwicklung im Jahr 2017 besser als geplant dar. Für das Gesamtjahr 2018 erwartet die hsh pm aufgrund der seit dem zweiten Halbjahr 2017 beobachteten positiven Tendenzen eine leichte Verbesserung der Schifffahrtsmärkte. Mit einer weiteren Verbesserung der Schifffahrtsmärkte erwartet die hsh pm 2018 einen Abbau des Kreditportfolios über Vorjahresniveau, der allerdings wesentlich von der eintretenden Marktentwicklung bestimmt werden wird.

Die vereinnahmten Zinserträge werden sich im Jahr 2018 gegenüber dem Vorjahr voraussichtlich auf einem höheren Niveau bewegen, da die sich abzeichnende positivere Marktentwicklung höhere Zinszahlungen durch Kreditnehmer erwarten lässt. Zinsaufwendungen werden im Jahr 2018 planerisch leicht unterhalb des Vorjahresniveaus anfallen.

Der Personalaufwand wird sich im Wesentlichen aufgrund des im Jahr 2017 erfolgten sukzessiven Mitarbeiteraufbaus weiter erhöhen. Der Mitarbeiteraufbau wird 2018 größtenteils abgeschlossen sein.

Demgegenüber wird erwartet, dass sich die anderen Verwaltungsaufwendungen aufgrund des weitgehend beendeten Aufbaus der hsh pm deutlich reduzieren.

Die Entwicklung der Risikovorsorge ist im Wesentlichen von den Erwartungen zur Entwicklung der weiterhin als volatil einzuschätzenden Schiffahrtsmärkte abhängig. Der leichten Verbesserung des Ausblicks auf die Schiffahrtsmärkte und damit einhergehenden tendenziell positiveren Entwicklung der Kreditnehmer steht die Alterung des Sicherheitenportfolios entgegen. In Summe muss mit der Bildung weiterer Risikovorsorge gerechnet werden. Dies könnte im Jahr 2018 einen Jahresfehlbetrag nach sich ziehen, der leicht über dem Niveau des Vorjahres liegen wird.

Geschäftsverlauf und Ausblick werden für die hsh portfoliomanagement AöR unter www.hshpm.de laufend aktualisiert dargestellt.

[\[Inhaltsverzeichnis\]](#)

InphA Institut für pharmazeuti- sche und angewandte Analytik GmbH



Emil-Sommer-Str. 7
28329 Bremen
Telefon: 0421 / 4361-0
Fax: 0421 / 4361-189
Mail: mail@inpha.de
Internet: www.inpha.de

Unternehmensaufgabe

Die InphA führt Untersuchungen von Arzneimitteln, die im Rahmen der Überwachung im Zuständigkeitsbereich der Gesellschafter anfallen, sowie damit verbundene Tätigkeiten durch. Wenn die Erfüllung dieser Aufgaben dadurch nicht beeinträchtigt wird, können auch entgeltliche Auftragsuntersuchungen gegenüber anderen und sonstigen Dritten durchgeführt werden.

Eigentumsverhältnisse	in €	in %
Stammkapital des InphA	38.400	100,00
davon		
Land Schleswig-Holstein	6.400	16,67
Freie Hansestadt Bremen, Freie und Hansestadt Hamburg, Land Niedersachsen, Land Hessen, Saarland	6.400	16,67
jeweils		

Geschäftsführung

Dr. Konrad Horn

Aufsichtsrat

- Dr. Jörg Föh, MSGJFS SH
- Gerhard Zeitler (Vorsitzender bis 31.12.17), HSM HE
- Claudia Schröder, MS NI
- Dr. Volker Kregel, BGV HH
- Dr. Thomas Lamberty (Vorsitzender seit 1.1.18), MSGFF SL
- Bettina Godschalk, SWGV HB

Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhielten in den Geschäftsjahren 2016 und 2017 keine Vergütung.

Beteiligungen

Keine

**Unternehmensdaten
(alle Angaben in T€)**

Ausgewählte Daten aus der Bilanz	2017	2016	2015
Anlagevermögen	768	813	817
Umlaufvermögen	1.653	1.658	1.249
Eigenkapital	2.153	2.169	1.878
davon gezeichnetes Kapital	38	38	38
Rücklagen	2.089	2.126	1.846
Rückstellungen	153	138	119
Bilanzsumme	2.431	2.485	2.081

Ausgewählte Daten aus der Gewinn- und Verlustrechnung	2017	2016	2015
Umsatzerlöse	356	282	97
sonstige betriebliche Erträge	118	85	116
Materialaufwand	143	151	123
Personalaufwand	1.322	1.217	1.131
Abschreibungen	189	197	202
sonstige betriebliche Aufwendungen	319	266	259
Jahresergebnis	-1.515	-1.473	-1.507
Nachrichtlich: jährliche Gesellschaftereinlage in die Kapitalrücklagen	1.499	1.764	1.647
davon Schleswig-Holstein	235	235	235

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Vollzeitkräfte im Jahresdurchschnitt)	2017	2016	2015
Gesamt	23	24	23
davon			
Frauen	18	19	17
Männer	5	5	6
Auszubildende	2	1	1
Teilzeitbeschäftigte	10	10	10
Vollzeitäquivalente	19,1	17,3	18,5

Kennzahlen	2017	2016	2015
Sachanlageinvestitionen	145	191	166
Untersuchte Proben	825	846	783
Eingesandte Proben	839	843	864
<i>Eingesandte kostenpflichtige Untersuchungsaufträge durch Dritte</i>	281	234	102
Untersuchte Proben / techn. MA im Durchschnitt (ohne Dritte)	72	81	79

Geschäftsverlauf

Der Aufsichtsrat hat im Jahr 2012 beschlossen, dass über die bisherigen Tätigkeiten hinaus zukünftig zusätzliche Tätigkeiten für sonstige Dritte angeboten und ausgeführt werden sollen.

Zudem trägt die Gesellschaft seit dem 16.01.2013 nach der Umfirmierung den Namen „InphA GmbH – Institut für pharmazeutische und angewandte Analytik (InphA)“. Durch die Einführung des Begriffes „angewandte Analytik“ soll die Ausweitung der Tätigkeiten über die reine Untersuchung von Arzneimitteln hinaus verdeutlicht werden.

In diesem Zusammenhang wurde das Kontingent der Länder aufgrund des erfolgten Personalabbaus von 995 auf 854 abgesenkt. Im Jahr 2016 wurden 843 und im Jahr 2017 839 Proben tatsächlich (also jeweils etwas weniger als vereinbart) eingesandt und das Kontingent damit zu 99% bzw. 98% ausgeschöpft.

Die Anzahl der zusätzlich durch Dritte eingesandten Untersuchungsaufträge belief sich im Jahr 2016 auf 234 und im Jahr 2017 auf 281 (2015: 102).

Unter Berücksichtigung aller Proben hat jede/r technische/ Mitarbeiter/in im Jahr 2017 im Schnitt 97 Proben untersucht (2016: 103, 2015: 90).

Das im Jahr 2015 eingeführte Geschäftsfeld Schulung wurde im Jahr 2017 erfolgreich ausgeweitet.

Es wurden alle in den Wirtschaftsplänen sowie durch Beschluss des Aufsichtsrates notwendigen und vorgesehenen (Ersatz-) Investitionen realisiert.

Das Unternehmen finanziert sich aus den Beiträgen der als Gesellschafter beteiligten Bundesländer. Der Jahresfehlbetrag resultiert aus der bilanziellen Behandlung der Länderbeiträge, die – statt als Erlöse in die Gewinn- und Verlustrechnung – direkt in die Kapitalrücklage eingestellt werden.

Aus Entnahmen der Kapitalrücklage in entsprechender Höhe wird der Jahresfehlbetrag ausgeglichen und so ein ausgeglichenes Bilanzergebnis erzielt. Das Land Schleswig-Holstein leistet hierzu einen jährlichen Beitrag von 235 T€ als Gesellschaftereinlage.

Als neues Mitglied für Schleswig-Holstein wurde im April 2018 Herr Dr. Jörg Föh in den Aufsichtsrat berufen.

Ausblick

Wesentlich für die Gesellschaft ist in der nächsten Zeit weiterhin, wie sich die neuen Geschäftsfelder entwickeln, ob dadurch ggf. negative Auswirkungen auf das originäre Geschäft entstehen und die wirtschaftlichen Ansätze grundsätzlich erfüllt werden können. Die Geschäftsführung rechnet für das Jahr 2018 hier mit einer guten Entwicklung. Chancen sieht sie insbesondere im Ausbau der Schulungen.

[\[Inhaltsverzeichnis\]](#)

Investitionsbank Schleswig-Holstein AöR



Fleethörn 29 – 31

24103 Kiel

Telefon: (0431) 9905-0

Fax: (0431) 9905-3383

E-Mail: info@ib-sh.de

Internet: www.ib-sh.de

Unternehmensaufgabe

Die Investitionsbank Schleswig-Holstein (IBSH) unterstützt das Land Schleswig-Holstein als zentrales Förderinstitut in der Erfüllung wirtschafts- und strukturpolitischer Aufgaben. Die IBSH berät in allen Förderfragen und vergibt Fördermittel für die Wirtschaft, den Wohnungsbau, Kommunen, Arbeitsmarkt- und Ausbildungsmaßnahmen, Umwelt- und Energieprojekte und den Städtebau sowie den Agrarbereich. Unterstützt werden öffentliche und private Investitionsvorhaben in Schleswig-Holstein.

Eigentumsverhältnisse	in €	in %
Gezeichnetes Kapital der IBSH	100.000.000	100,00
Davon		
Land Schleswig-Holstein	100.000.000	100,00

Vorstand

- Erk Westermann-Lammers (Vorsitzender)
- Dr. Michael Adamska

Verwaltungsrat

- Dr. Philipp Nimmermann (Vorsitzender), FM SH
- Dr. Thilo Rohlf (1. Vertreter des Vorsitzenden), MWVATT SH
- Kristina Herbst (2. Vertreterin des Vorsitzenden), MILI SH
- Tobias Goldschmidt, MELUND SH
- Prof. Dr. Ute Vanini, Fachhochschule Kiel
- Elke Weber-Braun, selbst. Wirtschaftsprüferin
- Lars Schöning, IHK zu Lübeck
- Jörg Bülow, Schleswig-Holsteinischer Gemeindetag
- Martina Credo, IBSH
- Cornelia Pankratz, IBSH
- Matthias Strunck, IBSH
- André Zobel, IBSH

Die Mitglieder des Verwaltungsrats erhielten in den Geschäftsjahren 2016 und 2017 von der IBSH keine Vergütung.

Beteiligungen	Stammkapital (in T€)	Anteil IBSH (in %)
Entwicklungsgesellschaft Ostholstein	63,95	8,93
WFG Infrastruktur mbH	19,20	0,64
Wirtschafts- und Aufbaugesellschaft Stormarn mbH	6,24	24,00
Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Schleswig-Holstein mbH (MBG)	360,00	25,01
Mittelstandsfonds Schleswig-Holstein mbH	195,5	17,78
Anteile an verbundenen Unternehmen		
Landgesellschaft Schleswig-Holstein mbH	13.916,30	50,60
NordwestLotto Schleswig-Holstein GmbH	25,00	100,00
NordwestLotto Schleswig-Holstein GmbH & Co KG	3.945,00	100,00

Unternehmensdaten (alle Angaben in T€)

Ausgewählte Daten aus der Bilanz	2017	2016	2015
Forderungen an Kreditinstitute	4.615.514	4.445.155	4.305.241
Forderungen an Kunden	10.536.588	10.466.629	10.411.974
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	2.783.009	2.859.118	2.884.564
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	9.984	9.976	9.968
Beteiligungen	12.113	12.113	12.113
Anteile an verbundenen Unternehmen	111.552	111.552	111.552
Sachanlagen	11.428	7.374	7.443
Sonstige Vermögengegenstände	308	153	650
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	10.931.543	11.860.541	11.913.908
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	2.218.351	1.937.870	2.049.205
Verbriefte Verbindlichkeiten	2.252.311	1.501.628	1.001.332
sonstige Verbindlichkeiten	47.955	45.927	39.134
Rückstellungen gesamt	83.684	82.332	87.754
Fonds für Zinsausgleich	889.460	889.583	889.665

Ausgewählte Daten aus der Bilanz	2017	2016	2015
Sonderposten allg. Bankrisiken	462.672	401.022	338.609
Eigenkapital	1.184.591	1.171.969	1.159.347
davon			
gezeichnetes Kapital	100.000	100.000	100.000
Kapitalrücklage	1.047.445	1.034.824	1.022.202
Gewinnrücklage	34.145	34.145	34.145
Bilanzgewinn	3.000	3.000	3.000
Bilanzsumme	19.056.252	19.002.866	18.525.759
Eventualverbindlichkeiten	754.216	711.930	543.377

Ausgewählte Daten aus der Gewinn- und Verlustrechnung	2017	2016	2015
Zinserträge gesamt	476.078	506.082	537.206
Zinsaufwendungen	370.418	403.578	429.876
Erträge aus Beteiligungen/verbundenen Unternehmen	9.698	9.619	8.596
Provisionserträge	6.068	6.851	7.074
Provisionsaufwendungen	5.141	4.879	4.883
Sonstige betriebliche Erträge	14.389	15.123	12.173
Allgemeine Verwaltungsaufwendungen	64.908	56.046	59.885
davon			
Löhne und Gehälter	32.974	31.603	31.406
andere Verwaltungsaufwendungen	22.163	19.144	17.037
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und Wertpapiere sowie Zuführung zu Rückstellungen im Kreditgeschäft	61.650	62.413	62.036
Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit	3.088	3.251	3.016
Jahresüberschuss	3.000	3.000	3.000

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Vollzeitkräfte im Jahresdurchschnitt)	2017	2016	2015
Gesamt	592	576	572
davon			
Frauen	347	340	338
Männer	247	236	234
Auszubildende	17	20	23
Teilzeitbeschäftigte	192,5	181,5	170
Vollzeitäquivalente	522,7	509	507,5

Kennzahlen	2017	2016	2015
Neugeschäftsentwicklung (in Mio. €)	2.324	2.360	2.335
davon			
Firmenkunden	882	976	886
Immobilienkunden	595	604	623
Kommunalkunden	539	647	603
Arbeitsmarkt- und Strukturförderung	309	133	223
Förderbestand (in Mio. €)	15.148	15.211	15.115
Solvabilitätskoeffizient (in %)	19,26	18,40	14,75
Cost-Income Ratio (gesamt)	0,51	0,46 ¹²	0,54
Ergebnis vor Risikovorsorge / Bewertung und Sondereffekten (in Mio. €)	61,9	66,9	64,7

Geschäftsverlauf

Das Geschäftsjahre 2016 und 2017 verliefen in der Gesamtbetrachtung auf einem weiterhin hohen Niveau. Das Fördervolumen betrug in den Jahren jeweils 2,3 Mrd. €. Der größte Anteil entfiel mit 37,9% (2016: 41,3%) auf den Geschäftsbereich Firmenkunden. Insgesamt ist 2017 aber mit 881,5 Mio. € im Vergleich zu 2016 (975,6 Mio. €) ein Rückgang von 9,6 % zu verzeichnen. Während in den letzten Jahren dieser Bereich von der Finanzierung von Windkraftanlagen stark geprägt wurde, trägt nunmehr auch ein größerer Anteil des Teilssegments Förderrefinanzierung und da speziell Produkte des Immobiliengeschäfts zum Neugeschäftsvolumen bei.

Der originäre Geschäftsbereich Immobilienkunden profitiert, wie auch andere Geschäftsfelder der IBSH, von der anhaltenden Niedrigzinspolitik der EZB. Dominiert wird dieser Bereich vom privaten Erwerb von Wohn- und Mietimmobilien. Auch bei einem leichten Rückgang der Abschlüsse von 604 Mio. € (2016) auf 595 Mio. € (2017), sind die Volumina seit Beginn des Baubooms weit über den prognostizierten Werten. Es bedingt aber auch, dass Programme der sozialen Wohnraumförderung in der aktuellen Zinsphase und der hohen Kapitalausstattung der Bauträger nicht stark nachgefragt werden.

¹² Bis 2016 erfolgte die Berechnung auf Basis des Zweckvermögens IBSH. Eine Vergleichbarkeit ist in der Zeitreihe somit nicht gegeben.

Nach einer Phase, die geprägt war durch Umschuldungen und einer langfristigen Sicherung des Niedrigzinses, begann im Geschäftsbereich Kommunalkunden eine Zeit, die der guten Haushaltslage und der drohenden Negativzinsbelastung bei Guthaben geschuldet ist. Auch bei einer hohen Nachfrage nach Finanzierungen für Breitband-, Wasser- und Abwasserprojekten war ein Rückgang von 647 Mio. € (2016) auf 539 Mio. € (2017) zu verzeichnen. Sollten die Kommunen im Land die Möglichkeit nutzen ihre Verschuldungsquote zu senken, ist mit einem weiteren Rückgang zu rechnen.

Der Geschäftsbereich Arbeitsmarkt- und Strukturförderung dient der Umsetzung verschiedenster Förderprogramme der EU, des Bundes und des Landes. Die wesentliche Steigerung von 133 Mio. € (2016) auf 309 Mio. € (2017) war bedingt durch die Aufnahme des Programms BSR-Baltic-Sea-Regions. Die restlichen Komponenten des Segments bewegten sich auf dem Niveau der Vorjahre.

Die Förderbestände der Geschäftsjahre lagen jeweils bei ca. 15 Mrd. €.

Die IBSH profitiert neben der guten Konjunkturlage, welche sich in den Werten der Position „Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und Wertpapiere sowie Zuführung zu Rückstellungen im Kreditgeschäft“ widerspiegeln“, auch von der soliden Geschäftspolitik der letzten Jahre, was ein positives Rating im Bereich AAA bewirkte. Die IBSH war in den Geschäftsjahren 2016 und 2017 in der Lage, bedingt durch sehr niedrige Abschreibungsquoten (2016: 1,9 Mio. €) bzw. Nettoauflösungen (2017: -6,4 Mio. €) die Risikovorsorge durch Dotierung in die HGB 340f/g-Rücklagen von 62,4 Mio. € (2016) bzw. 61,6 Mio. € (2017) deutlich zu stärken.

Der Solvabilitätskoeffizient stieg in dem Zeitraum von 18,4% auf gute 19,3%.

Das AAA-Rating bewirkt eine gute Marktposition für die IBSH. Alle Tranchen von platzierten Schuldverschreibungen sind überzeichnet und werden bevorzugt von anderen Kreditinstituten in die Bücher genommen. Der Bereich Treasury konnte trotz der Marktlage noch gute Margenergebnisse erzielen. Die wesentlichen Beteiligungen Landgesellschaft S.-H. und NordwestLotto trugen mit Ausschüttungen von 9,6 Mio. € (2016) und 9,7 Mio. € (2017) wesentlich zum betrieblichen Erfolg der IBSH bei. In Summe führt es dazu, dass im Geschäftsjahr 2017 trotz aufsichtsrechtlicher Auflagen und Programme (Beitrag zum Europäischen Bankenrettungsfonds, AnaCredit,...) sowie dem benötigten Personalaufbau ein Betriebsergebnis vor Risikovorsorge von 48,60 Mio. € (2016: 53,60 Mio. €) erzielt werden konnte.

Nach Beschlüssen des Verwaltungsrates, wurde der jeweilige Jahresüberschuss in Höhe von 3,0 Mio. € an das Land Schleswig-Holstein ausgeschüttet.

Ausblick

Erste Zahlenwerte des Jahres 2018 deuten an, dass das Neugeschäftsvolumen in allen Förderbereichen unterhalb des Vorjahres liegen wird. Der Geschäftsbereich Immobilienfinanzierungen und hier speziell der private Wohnungsbau zeigen erste Anzeichen einer Sättigung. Eine weitere Komponente scheint in dem Zusammenhang auch der hohe Auslastungsgrad in der Bauwirtschaft zu sein.

Tendenziell ist im Firmenkundenbereich zu erkennen, dass aufgrund der Konjunkturlage die Unternehmen über hohe Eigenmittel verfügen. Sollte in dem Geschäftsbereich ein Finanzierungsbedarf bestehen, so sind die Kreditinstitute durchaus bereit die Risiken in die eigenen Bücher zu nehmen. Von einer Kompensation durch die restlichen Geschäftsbereiche kann nicht ausgegangen werden.

Da sich die finanzwirtschaftlichen Rahmenbedingungen im Vergleich zum Vorjahr kaum geändert haben, wird davon ausgegangen, dass bei gleichbleibender Abschreibungsquote, stabiler Zinsmarge und konstanten Beteiligungsergebnissen das Vorjahresergebnis erreicht wird.

Durch eine weitere Erhöhung der Risikovorsorge wird die Risikotragfähigkeit im operationalen Geschäft und auch in den aufsichtsrechtlichen Stressszenarien jederzeit gegeben sein.

[\[Inhaltsverzeichnis\]](#)

Life Science Nord Management GmbH



Falkenried 88
20251 Hamburg
Telefon: 040 / 47 19 6 – 400
Fax: 040 / 47 19 6 – 444
Mail: info@lifesciencenord.de
Internet: www.lifesciencenord.de

Unternehmensaufgabe

Gegenstand des Unternehmens ist die Entwicklung und Stärkung der Life Science Branche im nord-deutschen Raum, um somit die Clusterbildung der „Innovativen Medizin“ voranzutreiben. Die Gesellschaft soll zentrale Anlaufstelle für alle Life Science Beteiligten aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik sein, mit dem Fokus auf Vernetzung und Koordination.

Eigentumsverhältnisse	in €	in %
Stammkapital der LSN Management GmbH	62.500	100,00
davon		
Land Schleswig-Holstein	25.000	40,00
Freie und Hansestadt Hamburg	25.000	40,00
Life Science Nord e.V.	12.500	20,00

Geschäftsführung

Dr. Hinrich Habeck

Aufsichtsrat

- Dr. Torsten Sevecke (Vorsitzender), BWVI HH
- Dr. Thilo Rohlfs (stv. Vorsitzender), MWVATT SH
- Dr. Oliver Grundei, MBWK SH
- Dr. Eva Gümbel, BWFG HH
- Dr. Mathias Kraas, Life Science Nord e.V. / Olympus Surgical Technologies Europe GmbH
- Dr. Arik Willner, Life Science Nord e.V. / Deutsches Elektronen Synchronoton (DESY)

Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhielten in den Geschäftsjahren 2016 und 2017 keine Vergütung.

Beteiligungen

Keine

**Unternehmensdaten
(alle Angaben in T€)**

Ausgewählte Daten aus der Bilanz	2017	2016	2015
Anlagevermögen	40	46	59
Umlaufvermögen	334	377	233
Eigenkapital	64	64	63
Sonderposten für Investitionszuschüsse	40	46	59
Rückstellungen	100	109	82
Verbindlichkeiten	288	300	186
Bilanzsumme	512	545	414

Ausgewählte Daten aus der Gewinn- und Verlustrechnung	2017	2016	2015
Umsatzerlöse	308	277	193
sonstige betriebliche Erträge	1.408	1.297	1.022
davon Zuwendung des Landes Schleswig-Holstein (institutionelle Förderung und Projektförderung)	578	529	436
Personalaufwand	896	777	592
sonstige betriebliche Aufwendungen	796	756	585
Jahresergebnis	0	0	1

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Vollzeitkräfte im Jahresdurchschnitt)	2017	2016	2015
Gesamt	14	12	10
davon			
Frauen	8	7	5
Männer	6	5	5
Auszubildende	0	0	0
Teilzeitbeschäftigte	3	2	2
Vollzeitäquivalente	12	10	8

Kennzahlen	2017	2016	2015
Cashflow aus lfd. Geschäftstätigkeit (in T€)	-141	-74	-59

Geschäftsverlauf

Die Geschäftstätigkeit der LSN Management GmbH ist nicht auf Gewinnerzielung ausgerichtet. Sie hat in den Geschäftsjahren 2016 und 2017 jeweils ein nahezu ausgeglichenes Jahresergebnis in Höhe von 0,1 T€ erzielt.

Die Gesellschaft konnte ihre Umsatzerlöse in den Geschäftsjahren 2016 um 84 T€ auf 277 T€ und 2017 um 115 T€ auf 308 T€ im Vergleich zum Geschäftsjahr 2015 mit 193 T€ steigern. Diese Zunahme resultiert insbesondere aus höheren Erlösen für die Messe Arab Health, die von 97 T€ im Jahr 2015 auf 171 T€ in 2016 und 187 T€ im Jahr 2017 angestiegen sind. Die Erlöse aus dem LSN-Partnerschaftsprogramm beliefen sich im Jahr 2016 auf 77 T€ und in 2017 auf 93 T€ und lagen damit über dem Niveau des Geschäftsjahres 2015 mit 74 T€. Maßgebliche Erträge sind unverändert die Zuwendungen der beiden Trägerländer Freie und Hansestadt Hamburg und Schleswig-Holstein, die in den Geschäftsjahren 2016 und 2017 rd. 67 % bzw. 65 % der gesamten Erträge der Gesellschaft ausmachen. Schleswig-Holstein gewährte der Gesellschaft 2016 inklusive Projektförderungen Zuwendungen in Höhe von 529 T€ und in 2017 in Höhe von 578 T€, der Anteil der institutionellen Förderung betrug jeweils unverändert 400 T€. Aufgrund zweier im Geschäftsjahr 2016 neu begonnener Projekte konnten darüber hinaus Fördermittel der Europäischen Union in Höhe von 174 T€, in 2017 in Höhe von 226 T€ erzielt werden.

Auf der Aufwandsseite ist der Personalaufwand im Jahr 2016 um 185 T€ auf 777 T€ und in 2017 um 304 T€ auf 896 T€ im Vergleich zum Geschäftsjahr 2015 mit 592 T€ gestiegen. Dieser Anstieg resultiert aus gestiegenen Gehältern, Neueinstellungen infolge neu begonnener Projekte sowie einem korrespondierenden Aufwuchs der gesetzlichen Sozialaufwendungen. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen haben sich im Vergleich zum Geschäftsjahr 2015 um 171 T€ im Jahr 2016 bzw. 211 T€ im Jahr 2017 erhöht. Maßgebliche Position sind hier unverändert die Vertriebskosten, deren Anstieg zum einen aus gestiegenen Kosten für die Messe Arab Health und zum anderen aus dem Anstieg der Kosten für die neu begonnenen Projekte resultiert.

Die Bilanzsumme der LSN Management GmbH hat sich in 2016 auf 545 T€ und in 2017 auf 512 T€ im Vergleich zum Geschäftsjahr 2015 mit 414 T€ erhöht. Auf der Aktivseite der Bilanz verringerte sich das Anlagevermögen in 2016 auf 46 T€ und in 2017 auf 40 T€ und liegt damit unter dem Wert des Jahres 2015 mit 59 T€.

Das Anlagevermögen wird nahezu in vollem Umfang durch einen Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen finanziert. Das Umlaufvermögen erhöhte sich im Vergleich zum Geschäftsjahr 2015 in 2016 um 144 T€ auf 377 T€ und um 101 T€ auf 334 T€ im Jahr 2017, wobei hier die ausstehenden Forderungen auf Fördermittel (2016: 230 T€, 2017: 284 T€) die jeweils wesentliche Position darstellt. Die Passivseite der Bilanz ist in den Jahren 2016 und 2017 von den sonstigen Rückstellungen (hier insbesondere Rückstellungen für Mitarbeiterprämien und Urlaubsansprüche) und Verbindlichkeiten aus erhaltenen Anzahlungen (Anzahlungen von Teilnehmern für die Beteiligung an dem LSN-Gemeinschaftsstand auf der jährlichen Messe Arab Health) geprägt. Die Finanzlage der Gesellschaft wird durch Verzögerungen in der Auszahlung von Projektförderungen beeinflusst. Zum Bilanzstichtag 31.12.2017 wurde eine eingeräumte Kreditlinie erstmals in Höhe von 61 T€ in Anspruch genommen. Abgesehen hiervon finanzierte sich die Gesellschaft in den Jahren 2016 und 2017 ausschließlich durch Eigenkapital.

Ebenso wie das Geschäftsjahr 2015 waren die Jahre 2016 und 2017 weiterhin durch die Umsetzung und Projektierung der im Jahr 2013 erarbeiteten und beschlossenen Strategie für das Cluster Life Science Nord geprägt. Das Cluster strebt an, sich bis zum Jahr 2023 als eines der führenden Life-Science-Netzwerke in Europa zu etablieren, aus dem weltweit anerkannte Best-Practice-Produkte hervorgehen. Hierzu soll die Wertschöpfung entlang der gesamten Prozesskette von Forschung und Entwicklung bis hin zum Vertrieb gestärkt werden. In sieben strategischen Handlungsfeldern wurden konkrete Handlungsoptionen und Maßnahmen erarbeitet, die sukzessive umgesetzt werden.

In einer Befragung der Clusterakteure zum Jahresende 2016 wurde die Arbeit der LSN Management GmbH und des LSN e.V. deutlich positiv bewertet. Diese Einschätzung spiegelt sich auch in dem Eintritt von 35 bzw. 21 neuen Mitgliedern in den LSN e.V. in den Jahren 2016 und 2017 wider.

Ausblick

Mit der Strategie für das Life Science Nord Cluster wurde eine tragfähige Basis für die Weiterentwicklung des Clusters und damit für die Geschäftstätigkeit der LSN Management GmbH gelegt. Für das Jahr 2018 ist die Überprüfung und Fortschreibung der bisherigen Strategie unter Federführung der LSN Management GmbH und der Einbindung der Clusterakteure, der Gesellschafter, des LSN e.V. sowie externer Experten geplant. Hierzu sollen in der Zeit von September 2018 bis ins Frühjahr 2019 Workshops zu den verschiedenen Handlungsfeldern und Themen durchgeführt werden. Von diesem Prozess verspricht die Gesellschaft eine Stärkung der Zusammenarbeit der Akteure untereinander und mit der LSN Management GmbH. Zudem wird die neue Strategie die Handlungsfelder und Aktivitäten der Gesellschaft für die kommenden Jahre maßgeblich beeinflussen.

Die LSN Management GmbH stellte sich gemeinsam mit dem LSN e.V. im Jahr 2015 erfolgreich einer europäischen Zertifizierung für Cluster und führt seitdem das Gold-Label der European Cluster Excellence Initiative (ECEI). Im laufenden Geschäftsjahr 2018 erfolgte ein erfolgreiches Re-Audit dieses Gold-Labels.

Zum Jahreswechsel 2017 / 2018 wurde eine neue Finanzierungsvereinbarung zwischen den Gesellschaftern der LSN Management GmbH geschlossen, durch die die institutionelle Förderung der beiden Trägerländer Freie und Hansestadt Hamburg und Schleswig-Holstein um 10% auf jeweils 440 T€ p.a. erhöht wird und somit die Grundfinanzierung der Gesellschaft für die Geschäftsjahre 2018 bis 2020 sichert. Die Förderung erfolgt unter dem Vorbehalt der Bereitstellung entsprechender Haushaltsmittel.

Der Wirtschaftsplan für 2018 geht wiederum von einem ausgeglichenen Jahresergebnis aus.

[\[Inhaltsverzeichnis\]](#)

Nahverkehrsverbund Schleswig-Holstein GmbH



Raiffeisenstraße 1
24103 Kiel
Telefon: 0431/ 66 01 9 – 12
Fax: 0431 / 66 01 9 – 19
Mail: info@nah.sh
Internet: <http://www.nah.sh>

Unternehmensaufgabe

Die Gesellschaft ist die Einrichtung, die nach Übertragung durch das Land Schleswig-Holstein die Planung, die Organisation und die Abwicklung für die Aufgabe des Landes, eine ausreichende Bedienung im öffentlichen Schienenpersonennahverkehr in Schleswig-Holstein sicherzustellen, wahrnimmt. Die Planung, die Organisation und die Abwicklung erfolgt in enger Abstimmung mit den kreisfreien Städten sowie den Kreisen oder deren Zweckverbänden als Aufgabenträger für den übrigen öffentlichen Personennahverkehr.

Eigentumsverhältnisse	in €	in %
Stammkapital	26.010	100,00
davon		
Land Schleswig-Holstein	13.005	50,00
Kreis Dithmarschen, Kreis Herzogtum-Lauenburg, Kreis Nordfriesland, Kreis Ostholstein, Kreis Pinneberg, Kreis Plön, Kreis Rendsburg-Eckernförde, Kreis Schleswig-Flensburg, Kreis Segeberg, Zweckverband ÖPNV Steinburg, Kreis Stormarn, Landeshauptstadt Kiel, Stadt Flensburg, Hansestadt Lübeck, Stadt Neumünster	867	3,34
jeweils		

Geschäftsführung

Bernhard Wewers

Aufsichtsrat

- Dr. Thilo Rohlf (Vorsitzender), MWVATT SH
- Dr. Ulf Kämpfer, LHS Kiel
- Karin Reese-Cloosters, FM SH
- Dr. Rolf-Oliver Schwemer, Kreis RD-ECK

Nicht stimmberechtigte Mitglieder

- Jochen von Allwörden, Städteverband S-H
- Matthias Heidelberg, für den Schleswig-Holsteinischen Gemeindegtag

Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhielten in den Geschäftsjahren 2016 und 2017 keine Vergütung.

Beteiligungen	Stammkapital (in T€)	Anteil NAH.SH (in %)
keine		

**Unternehmensdaten
(alle Angaben in T€)**

Ausgewählte Daten aus der Bilanz	2017	2016	2015
Anlagevermögen	304	308	329
Umlaufvermögen	306	213	846
Eigenkapital	26	26	26
Sonderposten für Investitionszuschüsse	304	308	314
Rückstellungen	109	72	58
Verbindlichkeiten	174	124	789
davon erhaltene Anzahlungen	-,	-,	699
Bilanzsumme	614	530	1.187

Ausgewählte Daten aus der Gewinn- und Verlustrechnung	2017	2016	2015
Erlöse durch das Land Schleswig-Holstein (hierin enthalten die Erlöse von den Kreisen und kreisfreien Städten)	3.128	3.529	2.471
sonstige Umsatzerlöse	191	234	33
sonstige betriebliche Erträge	81	60	66
Aufwand für bezogene Leistungen	426	1.103	15
Personalaufwand	2.283	2.083	1.899
Sonstige betriebliche Aufwendungen	635	584	596
Jahresergebnis	0	0	0

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (im Jahresdurchschnitt)	2017	2016	2015
Gesamtanzahl (Personen)	39	36	33
davon			
Frauen	21	19	18
Männer	18	17	15
Auszubildende	1	1	0
Teilzeitbeschäftigte	20	17	18
Vollzeitäquivalente	31,5	30,5	29,5

Kennzahlen	2017	2016	2015
Sachanlageinvestitionen	45	35	69
davon Zuschüsse	45	35	69
Eigenkapital (in %)	4,2	4,9	2,2
Cashflow			
aus der laufenden Geschäftstätigkeit	300	-762	305,5
aus der Investitionstätigkeit	-49	-43	-60,6
Erlöse durch das Land Schleswig-Holstein (in %)	92,0	92,3	96,1

Geschäftsverlauf

Die NAH.SH konnte Erlöse aus Zuschüssen von insgesamt 3.529 T€ in 2016 (Vorjahr 2.471 T€) und 3.128 T€ in 2017 erzielen. Dies entspricht einem Anteil an der Gesamtleistung von 92,3 % in 2016 (Vorjahr 96,1 %) und 92,0 % in 2017. Den Erlösen und Erträgen von insgesamt standen Aufwendungen in etwa gleicher Höhe gegenüber. Von den Aufwendungen entfällt der überwiegende Teil mit 2.083 T€ bzw. 54,5 % in 2016 (Vorjahr 1.899,5 T€ bzw. 73,9 %) und 2.283 T€ bzw. 67,1 % in 2017 auf den Personalaufwand. Die Erlöse wurden benötigt, um in den Jahren 2016 und 2017 weitere Projekte im Auftrag des Landes in den Bereichen Angebotsplanung, Verkehrswirtschaft, Kommunikation sowie für sonstige Tätigkeiten weiterzuführen bzw. zu beginnen. Beispielhaft seien hier genannt:

- Fahrplanbestellung und Fahrplanwechsel in den Jahren 2016 und 2017, unter Berücksichtigung der zur Verfügung stehenden Mittel und der Fahrgastentwicklung. Kommunikation der Fahrplankonzepte mit Bürgern, Wirtschaft, Gemeinden und ÖPNV-Nutzern.
- Ersatzkonzept Netz West wegen Fahrzeugausfall: Begleitung und Abstimmung der Betriebskonzepte von NOB und DB Regio
- Intensive Kommunikation mit Fahrgästen und Öffentlichkeit zu den Kupplungsschäden und dem Ersatzkonzept im Netz West
- Entwicklung eines gemeinsamen Verständnisses der Gesellschafter zu neuen Mobilitätsformen
- Abstimmung mit Verbänden zu speziellen Fragestellungen des barrierefreien Ausbaus von Stationen und der Fahrzeuge (u. a. im Zusammenhang mit der Änderung des Personenbeförderungsgesetzes)
- Entwicklung und Abschluss eines NAH.SH-Haltestellentyps,
- Unterstützung des MWAVT in den bundesfinanzierten Projekten (BSchwAG), u. a. Ausbau S 21, S 4 und Kiel – Lübeck sowie Fehmarnbelt-Hinterlandanbindung,
- Weiterentwicklung des Schleswig-Holstein-Tarifs (u. a. Begleitung der Überarbeitung des Hintergrundsystems zu SH-Tarif 2.0 inkl. Prüfung der technischen Voraussetzungen bei den Verkehrsunternehmen und Klärung von Fragen zur Förderung)
- Erarbeitung eines Vorschlags für ein landesweites Semesterticket als Entscheidungsgrundlage für die Unternehmen, Studierendenvertretungen und Aufgabenträger,
- Beratung regionaler Aufgabenträger bei planerischen und vergabetechnischen Fragestellungen,
- Abstimmung über aktuelle und künftige Projekte des Nahverkehrsverbundes mit allen Gesellschaftern, dazu regelmäßige Treffen des Verbundausschusses, einzelne Workshops und in diversen Arbeitsgruppen mit einzelnen Gesellschaftern
- Durchführung der Vergabe zur Beschaffung von Fahrzeugen mit innovativem Antriebskonzept („SH-XMU“),
- Verhandlung und Abschluss eines Verkehrsvertrages mit der AKN im Zusammenhang mit der geplanten Betrauung der AKN mit den Verkehrsleistungen auf der A1 und A3.

Die NAH.SH GmbH hat im Jahr 2017 auf Wunsch diverser Aufgabenträger bzw. einzelner Kommunen an regionalen Planungsprojekten mitgewirkt. Neben Durchführung und haushaltstechnischer Abwicklung von Fördermaßnahmen und der Aufwandspauschalen an die Kreise und kreisfreien Städte, der Auszahlung von Ausgleichsleistungen an NE-Bahnen für Güterverkehr und Renten wurde die Bewirtschaftung weiterer Haushaltstitel des MWVATT durch die NAH.SH fortgesetzt.

Die Kennzahlen zeigen, dass die NAH.SH ihrem Gesellschaftszweck entsprechend überwiegend auf die Zuschüsse durch das Land Schleswig-Holstein angewiesen ist. Aktuell und absehbar sind keine bestandsgefährdenden Risikoentwicklungen sichtbar oder zu erwarten.

Die NAH.SH hat im Jahr 2016 rd. 2.368 T€ (Vorjahr 2.250 T€) an Erlösen aus dem Landeshaushalt erhalten. Über die Kreise und kreisfreien Gemeinden ist ein Betrag von rd. 1.161 T€ (Vorjahr rd. 221 T€) aus dem Landeshaushalt geflossen. In 2017 belaufen sich die Erlöse auf rd. 2.666 T€ sowie rd. 462 T€ über die Kreise und kreisfreien Gemeinden.

Ausblick

Im Jahr 2018 wird die NAH.SH die laufenden Projekte fortzuführen. Zusätzlich sind beispielhaft folgende Projekte geplant:

- Erstellung des 5. LNVP (2018 bis 2022),
- Umsetzung des Ergebnisses aus dem Gutachten Nordtarifallianz
- Durchführung der Vergabe zur Beschaffung von Fahrzeugen mit innovativem Antriebskonzept (SH-XMU)
- Beginn des Ausschreibungsverfahrens Netz Ost 2021/22-2033/34
- Weiterentwicklung der NAH.SH-App (u.a. Ticket-Verkauf)

Hierfür werden in 2018 voraussichtlich Aufwendungen in Höhe von rund 3.923 T€ als Landeszuschuss (inkl. der von den Kreisen und kreisfreien Gemeinden zur Verfügung gestellten Mittel) benötigt.

[\[Inhaltsverzeichnis\]](#)

NationalparkService gGmbH



Schlossgarten 1
25832 Tönning
Telefon: 04861/ 9620 – 0
Fax: 04861/ 9620 – 10
Mail: info@multimar-wattforum.de
Internet: www.multimar-wattforum.de

Unternehmensaufgabe

Aufgabe der NPS ist die Förderung des Nationalparks Wattenmeer, des Naturschutzes und des Nationalparkgedankens, insbesondere durch die Verwaltung und Erhaltung der dafür im Eigentum des Gesellschaft stehenden Gebäude und Einrichtungen und die Förderung der Kommunikation, Kooperation und gegenseitigen Abstimmung zwischen den Gesellschaftern und der Nationalparkverwaltung im Landesbetrieb für Küstenschutz, Nationalpark und Meeresschutz (LKN). Diese Unternehmensaufgabe verwirklicht die NPS insbesondere durch die Verwaltung, die Erhaltung und den Betrieb des Nationalpark-Zentrums „Multimar Wattforum“ in Tönning und von Nationalpark-Häusern.

Eigentumsverhältnisse	in €	in %
Stammkapital der NPS	50.000	100,00
davon:		
Land Schleswig-Holstein	27.500	55,00
Kreis Nordfriesland, Kreis Dithmarschen, Naturschutzbund Deutschland Landesverband Schleswig-Holstein e.V., Naturschutzgesellschaft Schutzstation Wattenmeer e.V., Verein Jordsand zum Schutze der Seevögel und der Natur e.V., Verein für Naturschutz und Landschaftspflege Mittleres Nordfriesland e.V., Verein „De Wattenlöpers“ Fachverband der Wattführerinnen und Wattführer im Nationalpark Schleswig-Holstein-Holsteinisches-Wattenmeer e.V., WWF Umweltstiftung Deutschland, Nordsee-Tourismus-Service GmbH	2.500	5,00
jeweils		

Geschäftsführung

Dr. Gerd Meurs-Scher

Bei der NPS existiert kein Aufsichtsrat. Die Gesellschafter entsenden individuell bevollmächtigte Vertreter in die Gesellschafterversammlung.

Beteiligungen

Keine

**Unternehmensdaten
(alle Angaben in T€)**

Ausgewählte Daten aus der Bilanz	2017	2016	2015
Anlagevermögen	6.981	7.114	7.409
Umlaufvermögen	1.458	1.007	1.034
davon liquide Mittel	1.346	951	975
Eigenkapital	1.857	1.000	1.068
Sonderposten zum Anlagevermögen aus Investitionszuschüssen	6.132	6.484	6.807
Bilanzsumme	8.439	8.122	8.443

Ausgewählte Daten aus der Gewinn- und Verlustrechnung	2017	2016	2015
Umsatzerlöse	1.151	1.097	1.023
davon aus Eintrittsgeldern „Multimar Wattforum“	1.014	976	912
Sonstige betriebliche Erträge	2.036	1.054	1.071
davon			
Zuwendungen des Landes (Zuschuss zur Betriebsführung)	727	727	727
Mittelanweisung Sondermittel	904	0	0
Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens zum Anlagevermögen aus Investitionszuschüssen	369	324	328
Aufwendungen für bezogene Leistungen	1.778	1.692	1.628
Abschreibungen	438	422	406
Sonstige betriebliche Aufwendungen	113	104	100
davon Zuführung zum Sonderposten zum Anlagevermögen aus Investitionszuschüssen	0	0	12
Jahresergebnis	857	-68	-41

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Die Gesellschaft beschäftigt kein eigenes Personal. Die Betriebsführung erfolgt durch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des LKN. Die Geschäftsführung der NPS ist eine Teilaufgabe eines – für diesen Aufgabenbereich nicht weisungsgebundenen – Mitarbeiters des LKN.

Kennzahlen	2017	2016	2015
Besucherzahl (Personen)	188.879	179.789	170.084
Cashflow aus lfd. Geschäftstätigkeit (in T€)	705	107	47

Geschäftsverlauf

Die Erträge der NPS resultieren im Wesentlichen aus Zuwendungen des Landes und den Umsatzerlösen des Multimar Wattforums. Die Eintrittsgelder des Nationalparkzentrums haben in den Geschäftsjahren 2016 mit 46 % und 2017 mit 33 % im Vergleich zum Geschäftsjahr 2015 mit 44 % zur Gesamtleistung beigetragen. Stetes Ziel ist es, ihren Anteil an der Gesamtfinanzierung zu erhöhen. Allerdings schwanken die Besucherzahlen erheblich innerhalb des Geschäftsjahres und sind in der Hochsaison (Frühjahr bis Frühherbst) sehr stark von den Wetterverhältnissen abhängig. Wie im Geschäftsjahr 2015 wurde im Jahr 2016 erneut ein negatives Jahresergebnis in Höhe von rund 68 T€ erzielt. In 2017 konnte aufgrund einer einmaligen Mittelanweisung in Höhe von 904 T€ ein deutlich positives Jahresergebnis in Höhe von 857 T€ erzielt werden. Unter Bereinigung dieses Einmaleffekts ergäbe sich allerdings auch für 2017 ein negatives Jahresergebnis in Höhe von 47 T€. Zwar konnten seit 2015 die Besucherzahlen und ebenso die Erlöse aus Eintrittsgeldern abermals gesteigert werden. Dennoch vermochten diese die nach wie vor hohen Kosten nicht gänzlich zu kompensieren. Gleichwohl ist die Eigenkapitalausstattung angemessen, die Eigenkapitalquote hat sich durch die einmalige Mittelzuweisung in 2017 von rd. 13 % in 2015 auf rd. 22 % in 2017 erhöht. Finanzschulden bestehen nicht. Das Anlagevermögen der NPS wurde insbesondere durch Investitionszuschüsse finanziert, so dass der zugehörige Sonderposten entsprechend hoch dotiert ist.

Aus den Unternehmensdaten ergibt sich, dass in den Geschäftsjahren 2016 und 2017 aus dem Landeshaushalt unverändert Zuwendungen in Höhe von 727 T€ der NPS zugeflossen sind.

Die Besucherzahlen des Multimar Wattforums konnten mit beinahe 189.000 in 2017 im Vergleich zu den Vorjahren noch einmal deutlich gesteigert werden (+ 11% im Vergleich zu 2015).

Die NPS hat in den Geschäftsjahren 2016 und 2017 die 2015 begonnene Arbeit als verantwortlicher Antragsteller (Konzeptdachpate) in enger Abstimmung mit der Nationalparkverwaltung fortgesetzt und aktiv die Beantragung von Fördermitteln aus dem EFRE-Förderprogramm „Integrierte territoriale Investition Westküste (ITI-Westküste)“ betrieben.

Ausblick:

Das Jahr 2018 ist, zusätzlich zur Kernaufgabe des Betriebs der Ausstellungen, von der Planung und Umsetzung der Beantragung von Fördermitteln für die Finanzierung von Erweiterungsinvestitionen als Teil der Strategie einer modularen Erneuerung geprägt. Schwerpunkt ist dabei die modulare Erweiterung der Außenanlagen (Otter-Freigehege). Der Beginn der Baumaßnahmen ist für das Jahr 2019 geplant. Die Maßnahme zielt darauf ab, den Besuch im Multimar Wattforum zu einem Ganztages-Ausflugsziel werden zu lassen. Neben umfangreichen „Indoor-Angeboten“ soll rund um das Freigehege des Fischotters, in Ergänzung zum bereits vorhandenen Wassererlebnisspielplatz, durch Spiel- und Erlebnisstationen zusätzlich der Freilandbereich entwickelt werden. Besonders die Zielart Fischotter

scheint geeignet zu sein, die Besucherzahlen nicht nur zu stabilisieren sondern zu erhöhen. Mit der Eröffnung des Freigeheges wird eine moderate Preiserhöhung einhergehen.

Die Intensivierung der Marketingmaßnahmen soll auf allen Ebenen (Flyerverteilung, Plakatwerbung, Anzeigenschaltung, Presse, Rundfunk und Fernsehauftritte, Abschluss von Kooperationsvereinbarungen, Messeauftritte) fortgeführt werden, um das noch nicht ausgeschöpfte Besucherpotenzial des Multimar Wattforums weitergehend zu erschließen und steigende Zahlen zu erreichen.

Die Gesellschaft erhält ab dem Geschäftsjahr 2018 eine um rund TEUR 250 erhöhte Landeszuwendung von TEUR 1.000.

[\[Inhaltsverzeichnis\]](#)

Schleswig-Holsteinische Landesforsten AöR



Memellandstr. 15
24537 Neumünster
Telefon: 04321 / 55920
Fax: 04321 / 5592190
Mail: poststelle@forst-sh.de
Internet: www.forst-sh.de

Unternehmensaufgabe

Die SHLF bewirtschaftet ihre Waldflächen und ihr sonstiges Vermögen in eigener Verantwortung und nach Maßgabe der allgemeinen Gesetze, insbesondere des Landeswaldgesetzes, des Landesjagdgesetzes und des Landesnaturschutzgesetzes auf der Grundlage des Nachhaltigkeitsprinzips als öffentliche Aufgabe in eigener Verantwortung. Die SHLF erbringt als Aufgabe zur Erfüllung nach Weisung besondere Gemeinwohlleistungen der Waldpädagogik und der Umweltbildung, des Naturschutzes, der Erholung, des Ankaufs von Grundstücken und der Neuwaldbildung sowie der Ausbildung.

Eigentumsverhältnisse	in €	in %
Stammkapital der SHLF	100.000.000	100,00
davon		
Land Schleswig-Holstein	100.000.000	100,00

Direktor

Tim Scherer

Verwaltungsrat

- Anke Erdmann (Vorsitzende), MELUND SH
- Thorsten Elscher, MELUND SH
- Hartmut Hamerich, MdL
- Alexander Decius, Personalrat SHLF
- Dr. Martin Kruse, IHK Kiel
- Sandra Redmann, MdL
- Dr. Silke Schneider (stellv. Vorsitzende), FM SH

Die Mitglieder des Verwaltungsrats erhielten in den Geschäftsjahren 2016 und 2017 keine Vergütung.

Beteiligungen

keine

**Unternehmensdaten
(alle Angaben in T€)**

Ausgewählte Daten aus der Bilanz	2017	2016	2015
Sachanlagen im Anlagevermögen			
davon Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschl. der Bauten auf fremden Grundstücken	493.122 487.556	493.324 488.162	497.485 492.478
Wertpapiere des Anlagevermögens	4.668	5.489	4.683
Liquide Mittel	3.413	2.996	5.552
Fertige Erzeugnisse und Waren	5.378	5.314	3.621
Eigenkapital	497.568	500.384	504.500
davon			
gezeichnetes Kapital	100.000	100.000	100.000
Kapitalrücklage	407.473	407.473	407.473
andere Gewinnrücklagen	0	0	706
Jahresfehlbetrag	-2.817	-4.115	-3.680
Rückstellungen	8.002	7.139	7.368
davon für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	6.836	5.891	5.929
Bilanzsumme	508.812	510.354	514.768

Ausgewählte Daten aus der Gewinn- und Verlustrechnung	2017	2016	2015
Umsatzerlöse	17.852	19.053	17.946
davon aus Holzverkauf	13.665	15.266	14.423
Sonstige betriebliche Erträge	5.080	4.533	6.031
davon Zuschuss aus dem Landeshaushalt	3.287	3.287	3.287
Materialaufwand	7.281	7.910	9.110
Personalaufwand	11.386	9.938	11.286
Abschreibungen	2.465	7.251	2.469
Sonstige betriebliche Aufwendungen	3.978	4.202	4.198
Jahresergebnis	-2.817	-4.115	-3.680

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (im Jahresdurchschnitt)	2017	2016	2015
Gesamtanzahl (Personen)	179	179	179
davon			
Frauen	38	33	33
Männer	141	146	146
Auszubildende	16	16	16
Teilzeitbeschäftigte	18	17	20
Vollzeitäquivalente	173,4	174,8	175,5

Kennzahlen	2017	2016	2015
Sachanlageinvestitionen	2.621	3.539	3.852
davon für den Ankauf neuer Flächen	584	259	2.217
Zuschussentwicklung	3.287	3.287	3.287
davon Betriebskostenzuschuss	-	-	-
davon Zuschuss für Gemeinwohlleistung	3.287	3.287	3.287
Holzeinschlag (ca. in Tfm)	218	231	245
Durchschnittserlös je Festmeter (ca. in €)	63,41	62,52	57,4

Geschäftsverlauf

Der Wirtschaftsbetrieb setzt sich aus den Bereichen Holz, Jagd, weitere Geschäftsfelder und sonstige Umsatzerlöse zusammen. In den Geschäftsjahren 2016 und 2017 entwickelte sich der Holzmarkt weiterhin stabil. Der Holzeinschlag erreichte in beiden Jahren etwa 93%.

Das Hauptgeschäftsfeld der SHLF ist der Holzverkauf. Im Geschäftsjahr 2016 entfielen 15.266 T€, 80,12% und im Geschäftsjahr 2017 13.665 T€, 76,55% (2015: 77,42 %) der Umsatzerlöse der SHLF auf das Hauptgeschäftsfeld Holz. Der Rückgang ist mit der langanhaltenden nassen Witterung zu erklären.

Knapp 666 T€ wurden dahingegen in beiden Jahren zusammen aufgewendet um 228 ha sturmbedingte Kahlflächen wieder aufzuforsten.

Das Geschäftsjahr 2016 war insbesondere geprägt von der erneuten Naturwaldausweisung und einer damit verbundenen außerordentlichen Buchwertabschreibung. Allerdings konnte diese durch die Beantragung von Ökokonten teilweise kompensiert werden.

Der Bereich Waldpädagogik verzeichnete in beiden Geschäftsjahren einen leichten Anstieg der Einnahmen, die in 2017 bei 2.307 T€ lagen.

Mit über 150.000 Besuchern hat der ErlebnisWald in Trappenkamp seinen Besucherrekord aus dem Jahr 2015 noch übertroffen. Auch die Belegungszahlen bei den Jugendwaldheimen sind mit 36 bzw. 40 Belegungswochen angestiegen.

Ferner ergibt sich aus den Unternehmensdaten, dass aus dem Landeshaushalt ein Betrag in Höhe von 3.287 T€ der SHLF zugeflossen ist.

Dieser stellt einen Zuschuss für Gemeinwohlleistungen gemäß der Zielvereinbarung mit dem zuständigen Fachressort dar. Ein Betriebsmittelzuschuss wird seit 2013 nicht mehr gewährt.

Das Land Schleswig-Holstein trägt nach § 3 des Gesetzes über die Anstalt Schleswig-Holsteinische Landesforsten die Gewährträgerhaftung für die SHLF.

Ausblick

Die SHLF bewerten die Marktlage beim Rohstoff Holz mittelfristig als positiv und gehen von stabilen Preisen und gleichbleibender Nachfrage aus.

Grundsätzlich kann die zukünftige finanzielle Entwicklung von nicht durch die SHLF beeinflussbaren Faktoren wie beispielweise die Entwicklung der Holzpreise, Kalamitäten oder globale Finanzkrisen beeinträchtigt werden. Beispiel waren die großen Stürme im Herbst/Winter 2013/2014. Zudem macht ein landesweit um sich greifendes Eschensterben den Landesforsten zu schaffen. Die extreme Dürreperiode im Sommer 2018 führte zudem zu einer dramatischen Situation hinsichtlich der Vermehrung von Borkenkäfern.

Die Entwicklung der SHLF ist darauf ausgerichtet, auch weiterhin die Risiken im Wirtschaftsbereich selbst zu tragen.

Ein etwaiger Wegfall der Zuschussgewährung für Gemeinwohlleistungen durch das Land Schleswig-Holstein sieht die Geschäftsführung als bedeutendes finanzielles Risiko.

Zur Absicherung der unkalkulierbaren Risiken ist die SHLF nach wie vor bestrebt, ausreichend hohe Liquiditätsreserven zu bilden.

Nach der Wiederaufforstung der Windwurfschäden, den erhöhten Aufwendungen zur Beseitigung der Sturmschäden und der Ausweisung der Naturwälder, wurde der Hiebsatz als Grundlage für die mögliche Holzeinschlagsmenge neu hergeleitet. Dieser wird in den nächsten Jahren die wesentliche Grundlage für die Geschäftsentwicklung der SHLF bilden.

[\[Inhaltsverzeichnis\]](#)

Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig- Holstein AöR



Steckelhörn 12
20457 Hamburg
Tel: 040 42831-1766
Fax: 040 42796-4100

Fröbelstraße 15 - 17
24113 Kiel

E-Mail: poststelle@statistik-nord.de
Internet: www.statistik-nord.de

Unternehmensaufgabe

Die Anstalt ist die zentrale Dienstleisterin für die Freie und Hansestadt Hamburg und das Land Schleswig-Holstein auf dem Gebiet der amtlichen Statistik. Sie erfüllt alle ihr oder den früheren Statistischen Landesämtern Hamburg und Schleswig-Holstein nach Gesetz, Rechtsverordnung oder Vereinbarung sowie alle diesen zum Zeitpunkt der Anstaltserrichtung obliegenden Aufgaben. Die Anstalt vertritt zur Wahrnehmung der statistischen Aufgaben die Interessen Hamburgs und Schleswig-Holsteins bei der Mitwirkung in Fachgremien auf nationaler und internationaler Ebene. Sie unterstützt und berät als fachkundige Stelle Hamburg und Schleswig-Holstein in allen Fragen der Statistik.

Eigentumsverhältnisse	in €	in %
Stammkapital:	1.663.000	100,00
davon		
Land Schleswig-Holstein	873.000	52,50
Freie und Hansestadt Hamburg	790.000	47,50

Vorstand

Renate Cohrs

Verwaltungsrat

- Johanna Westphalen (Vorsitzende), BIS HH
- Hans-Hermann Witt (stellvertretender Vorsitzender), MILI SH
- Rainer Braun, FB HH
- Karin Reese-Cloosters, FM SH
- Thorsten Quiel, Beschäftigtenvertreter Statistikamt Nord

Die Mitglieder des Verwaltungsrats erhielten in den Geschäftsjahren 2016 und 2017 keine Vergütung.

Beteiligungen

Keine

Unternehmensdaten

(alle Angaben in T€)

Ausgewählte Daten aus der Bilanz	2017	2016	2015
Finanzanlagen	27.812	24.847	22.217
Umlaufvermögen	25.231	23.301	22.778
davon Forderungen gegen das Land S-H	5.490	5.883	5.744
Eigenkapital	2.164	3.112	2.876
davon			
gezeichnetes Kapital	1.663	1.663	1.663
Gewinnrücklage/Gewinnvortrag	1.177	940	931
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	-948	237	9
Rückstellungen			41.305
davon für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen			39.007
Verbindlichkeiten	1.320	643	1.549
Bilanzsumme	54.130	49.118	45.750

Ausgewählte Daten aus der Gewinn- und Verlustrechnung	2017	2016	2015
Transfererträge	28.600	28.035	27.655
Umsatzerlöse	348	303	428
sonstige betriebliche Erträge	3.497	3.515	3.311
Aufwand für bezogene Leistungen	2.393	2.271	2.978
Personalaufwand	23.524	22.101	20.879
Sonstige betriebliche Aufwendungen	6.014	5.975	5.732
Jahresergebnis	-948	237	9

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (am 31.12.)	2017	2016	2015¹³
Gesamtanzahl (Personen)	375	373	383
davon			
Frauen	217	217	220
Männer	158	156	163
Auszubildende	3	5	3
Teilzeitbeschäftigte	97	90	86
Vollzeitäquivalente	329,04	329,29	333,09
Kennzahlen	2017	2016	2015
Sachanlageinvestitionen	306	219	243
Gesamtleistung (in T€)	29.040	28.511	28.083
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	5.578	3.146	2.197
Cashflow aus der Investitionstätigkeit (in T€)	-3.391	-2.673	-467
Personalaufwand von Gesamtleistung (in %)	72,9	72,1	69,9
durchgeführte Statistiken für S-H	264	258	265

Geschäftsverlauf

Die Ertragslage zeigt, dass sich das Statistikamt Nord vornehmlich durch Zuschüsse der Trägerländer finanziert und stark von Projekten abhängig ist. Im Vergleich zu den Vorjahren 2016 und 2015 wurde jedoch ein negatives Jahresergebnis erzielt.

Das Statistikamt Nord hat in 2017 insgesamt 264 Statistiken für Schleswig-Holstein (Vorjahr 258) und 249 Statistiken für Hamburg (Vorjahr 242) durchgeführt. Es wurden in 2017 insgesamt 1.376 (Vorjahr 1.350) durch nationale oder europäische Gesetzgebung vorgegebenen Liefertermine erfüllt, davon 705 (Vorjahr 693) für Schleswig-Holstein und 671 (Vorjahr 657) für Hamburg.

Die Statistikämter der Länder bieten den Auskunftspflichtigen entsprechend des § 11a Bundesstatistikgesetz (BStatG) mehrere elektronische Meldewege zur Online-Übermittlung der Daten an. Im Rahmen der Novellierung des BStatG wurde außerdem die Übermittlung von Daten der öffentlichen Verwaltung an die Statistik über die XÖV-Standards unter Nutzung von OSCI als Übertragungsprotokoll beschlossen. Um einen möglichst reibungslosen Dateneingang zu gewährleisten, haben sich die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder auf den Aufbau und Betrieb eines gemeinsamen OSCI-Dateneingangs sowie die Einrichtung einer zentralen Clearingstelle XÖV verständigt. Ab Ende März 2017 wurden auch die elektronischen OSCI-Datenlieferungen aus dem Verfahren der Gewerbeanzeigerstatistik in diesen zentralen, vom Bayerischen Landesamt für Statistik betriebenen Eingang inte-

¹³ 2015 sind Angaben im Jahresdurchschnitt

griert. Weitere Verfahren nach diesen Standards werden z.B. für die Bevölkerungsstatistik (XMeld) genutzt.

Im Jahr 2017 wurde vom Statistikamt Nord ein hausinternes IDEV-Formular für die vierteljährliche Meldung der schleswig-holsteinischen Gemeinden nach dem Gemeindefinanzreformgesetz programmiert. Hierdurch soll im Laufe des Jahres 2018 der überwiegende Teil der manuellen Erfassung der Meldedaten für ca. 1.100 Gemeinden entfallen.

Im Rahmen der Optimierten Kooperation (OPTIKO) bei der Softwareerstellung sowie der zentralen IT-Produktion und Datenhaltung (ZPD) der Statistikämter hat sich das Statistikamt Nord in 2017 über das Verbundsoll hinaus und in den Bereichen Landwirtschaft, Bevölkerung und Haushalte zum Teil sogar als Konsortialführer engagiert. In einem Konsortium mit dem Landesamt für Statistik Niedersachsen wurde darüber hinaus das OPTIKO-Projekt zur Neuprogrammierung der Seeschiffahrtsstatistik übernommen. Die Entwicklungsarbeiten konnten in 2017 wie vorgesehen durchgeführt werden. Ein planmäßiger Abschluss des Projektes Mitte März 2018 ist nach derzeitigem Stand wahrscheinlich.

Für den registergestützten Zensus 2021 ist am 10. März 2017 das Zensusvorbereitungsgesetz 2021 (ZensVorbG) in Kraft getreten. Im statistischen Verbund wurden Grundsatzfragen zur Erhebungsmethodik sowie zur Online-First-Strategie angegangen, die in Arbeitsgruppen weiter konkretisiert werden. Im Statistikamt Nord wurde am 14. Dezember 2017 das Projekt Zensus 2021 mit einer Laufzeit bis Ende 2024 eingerichtet. Als erste Datenlieferung wurden nach § 9 ZensVorbG im November 2017 Auszüge aus dem Melderegister für die Bundesländer Schleswig-Holstein und Hamburg zum Aufbau des Anschriftenbestandes eingezogen.

Am 07. Mai 2017 wurden die Landtagswahl Schleswig-Holstein und am 24. September 2017 die Bundestagswahl in Schleswig-Holstein und Hamburg durchgeführt. Bei der Prozess- und IT-Sicherheit war ein deutlicher Anstieg des Arbeitsaufwandes zu verzeichnen.

Der Verwaltungsrat des Statistikamtes Nord hat den Abschlussbericht zum Masterplan für den Zeitraum 2011 bis 2016 zur Kenntnis genommen und die Arbeit an der Umsetzung für abgeschlossen erklärt. Dauerhafte Einsparungen haben es ermöglicht, bei nahezu gleichbleibenden Zuschüssen Tarifierhöhungen und zusätzliche Aufgaben aufzufangen.

Das Statistikamt Nord finanziert sich in erster Linie über Zuschüsse der Trägerländer. Im Jahr 2016 hat es rd. 15,4 Mio. € als Transfererträge aus dem Landeshaushalt S-H erhalten. In 2017 beliefen sich die Transfererträge aus dem Landeshaushalt S-H auf rd. 13,2 Mio. €.

Ausblick

Das Statistikamt Nord wird seine ihm nach Gesetz, Rechtsverordnung oder Vereinbarung obliegenden Aufgaben nach den Grundsätzen der Neutralität, Objektivität und wissenschaftlichen Unabhängigkeit auch zukünftig kompetent, zuverlässig, effizient und kundenorientiert erledigen.

Im Herbst 2017 hat das Statistikamt Nord seine Ziele und wesentliche Maßnahmen zu ihrer Erreichung in Abstimmung mit dem Verwaltungsrat im „Mittelfristigen Handlungsprogramm (MfH)“ beschrieben. Das MfH soll regelmäßig evaluiert und fortgeschrieben werden.

Der Zuschussbedarf wird sich im Jahr 2018 auf voraussichtlich rd. 14,9 Mio. € für Schleswig-Holstein belaufen.

[\[Inhaltsverzeichnis\]](#)

Tourismus-Agentur Schleswig-Holstein GmbH



Wall 55
24103 Kiel
Telefon: 0431 / 600 58-3
Fax: 0431 / 600 58-44
Mail: info@sh-tourismus.de
Internet: www.sh-tourismus.de

Unternehmensaufgabe

Gegenstand des Unternehmens ist das touristische Marketing für die Destination Schleswig-Holstein.

Eigentumsverhältnisse	in €	in %
Stammkapital	150.000	100
davon		
Land Schleswig-Holstein	150.000	100

Geschäftsführung

Dr. Bettina Bunge

Aufsichtsrat

- Dr. Thilo Rohlfs (Vorsitzender), MWVATT SH
- Dr. Christiane Sorgenfrei, FM SH
- Kerstin Ehlers, MWVATT SH
- Dr. Catrin Homp, TVSH e.V.
- Prof. Dr. Martin Lohmann, NIT GmbH

Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhielten in den Geschäftsjahren 2016 und 2017 keine Vergütung.

Beteiligungen	Stammkapital (in T€)	Anteil TASH (in %)
Institut für Tourismus- und Bäderforschung in Nordeuropa GmbH, Kiel	57,7	5,37

Unternehmensdaten
(alle Angaben in T€)

Ausgewählte Daten aus der Bilanz	2017	2016
Anlagevermögen	183	300
Umlaufvermögen	233	238
Eigenkapital	135	49
Sonderposten für Investitionszuschüsse	129	221
Rückstellungen	54	96
Verbindlichkeiten	95	178
Bilanzsumme	438	568

Ausgewählte Daten aus der Gewinn- und Verlustrechnung	2017	2016
Erlöse durch das Land Schleswig-Holstein	1.700	1.711
sonstige Umsatzerlöse	194	258
sonstige betriebliche Erträge	152	178
Aufwand für bezogene Leistungen	1.033	1.120
Personalaufwand	647	659
Sonstige betriebliche Aufwendungen	236	214
Jahresergebnis	-18	-2

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (im Jahresdurchschnitt)	2017	2016
Gesamtanzahl (Personen)	15	15
davon		
Frauen	11	7
Männer	4	8
Auszubildende	2	2
Teilzeitbeschäftigte	3	3
Vollzeitäquivalente	11,65	11,85

Kennzahlen	2017	2016
Sachanlagen (in %)	27,9	29,4
Eigenkapital (in %)	30,8	8,6
Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit	-135	-75
aus der Investitionstätigkeit	-32	-36
Erlöse durch das Land Schleswig-Holstein (in %)	89,5	86,8

Geschäftsverlauf

Die TASH ist die offizielle touristische Landesmarketingorganisation in Schleswig-Holstein. Nachdem sie im Jahre 2016 zu 100 % vom Land Schleswig-Holstein übernommen wurde, besteht ihre Aufgabe in der Vermarktung des Landes als Tourismusstandort. Unter der Dachmarke „Schleswig-Holstein – Der echte Norden“ wird die Vielfalt des touristischen Angebotes kommuniziert mit dem Ziel, potentielle Gäste für eine Reise nach Schleswig-Holstein zu begeistern.

Um diese Ziel zu erreichen, hat die TASH in den vergangenen Jahren verschiedene Veranstaltungen und Kampagnen durchgeführt. Beispielfhaft seien hier zu nennen:

- Durchführung der Image-Kampagne „Das ist Glück“, die mit Online- und Offline-Maßnahmen zielgruppengerecht kommuniziert wurde. Es wurde besonders für das Land als Urlaubsland in der Nebensaison geworben,
- Produktion einer touristischen Übersichtskarte für das Land in Deutsch und Englisch in einer Auflage von 50.000 Stück. Diese Karte zeigt in einem modernen Design die Region sowie die wichtigsten Adressen, Veranstaltungen und Informationen und soll als Inspiration für eine Reise nach Schleswig-Holstein dienen,
- Auftritt Schleswig-Holsteins auf der weltweit wichtigsten und größten Tourismusmesse, der Internationalen Tourismusbörse in Berlin. Als Partner konnte das weltweit bekannte Heavy-Metal-Festival „Wacken open Air“ gewonnen werden,
- umfangreiche Presse und Öffentlichkeitsarbeit, mit der die Pressestelle rd. 1.500 Schleswig-Holstein-Themenberichte in den Printmedien ausgelöst hat. Hiermit konnten 55 Mio. Leser erreicht werden,
- Marketing für Schleswig-Holstein als Tagungs- und Kongressmarkt,
- Digitales Marketing, primär im Bereich des Content-Marketings mit dem Ziel, Neukunden in der Nebensaison auf Schleswig-Holstein als Urlaubsland aufmerksam zu machen,
- verstärktes Auslandsmarketing, insbesondere in den Ländern Dänemark, Österreich und der Schweiz.

Ihrem Gesellschaftszweck entsprechend ist die TASH zur Durchführung ihrer Aufgaben überwiegend auf die Erlöse durch das Land Schleswig-Holstein angewiesen. Aktuell und absehbar sind keine bestandsgefährdenden Risikoentwicklungen sichtbar oder zu erwarten.

Die TASH hat in den Jahren 2016 und 2017 jeweils rd. 1,7 Mio. € an institutioneller Förderung aus dem Landeshaushalt erhalten.

Ausblick

Die TASH wird sich in 2018 ff. primär um die Tourismusmarketingstrategie auf Basis der Tourismusstrategie 2025 des Landes kümmern. Gleichzeitig muss sie sich den Entwicklungen im digitalen Bereich sowie den Aufgaben der Destinationsmarketingorganisationen anpassen. Hierzu werden in 2018 die internen Strukturen verändert werden. Der Bereich Digitales Marketing der TASH wird neben der Kommunikation an die Multiplikatoren und Endverbraucher auch die digitale Transformation der TASH sowie die Vernetzung mit den digitalen Einheiten der Tourismusbranche in Schleswig-Holstein übernehmen.

Folgende Aufgaben werden in 2018 ff. beispielhaft im Fokus stehen:

- Unterstützung bei der Erarbeitung einer Tourismusmarketingstrategie 2025,
- Aufbau des Kongressmarketings mit dem Ziel, ein Schleswig-Holstein Convention Bureau als zentrale Anlaufstelle für alle Kundenanfragen aus dem In- und Ausland zu schaffen,
- die Glückskampagne sowie der Auftritt Schleswig-Holsteins auf der Internationalen Tourismusborse werden weiterentwickelt,
- Markt- und Trendforschung, insbesondere die Umsetzung einer Markentreiberanalyse für das Urlaubsland Schleswig-Holstein. Auf Basis der Ergebnisse soll die neue Marketingstrategie für die TASH bzw. Schleswig-Holstein aufgesetzt werden,
- beim Auslandsmarketing ist die Markterweiterung auf Norwegen, Schweden und die Niederlande angedacht,
- Entwicklung einer Strategie für das Digitale Marketing,
- Aufbau eines Future Lab Digitales Marketing als Netzwerk für das Digitale Marketing im Schleswig-Holstein-Tourismus insgesamt.

Zur Durchführung aller Aufgaben sind im Haushalt 2018 des Landes S-H 2,306 Mio. € als institutionelle Förderung veranschlagt worden.

Universitätsklinikum Schleswig-Holstein AöR



- Campus Kiel -

Arnold-Heller-Straße 3
24105 Kiel
Telefon: 0431 500-0

Mail: info@uksh.de
Internet: www.uksh.de

- Campus Lübeck -

Ratzeburger Allee 160
23538 Lübeck
Telefon: 0451 500-0

Unternehmensaufgabe

Dem Klinikum obliegt zusammen mit den Fachbereichen Medizin die Sicherstellung von Forschung und Lehre in der klinischen Medizin und der damit verbundenen universitären Krankenversorgung in der Human- und Zahnmedizin. Es beteiligt sich an der ärztlichen Fort- und Weiterbildung und der Aus-, Fort- und Weiterbildung von Angehörigen anderer Berufe des Gesundheitswesens. Das Klinikum hält in enger Zusammenarbeit mit den Hochschulen die für Forschung, Lehre und Studium notwendigen Voraussetzungen vor.

Eigentumsverhältnisse	in €	in %
Festgesetztes Kapital (gemäß § 5 Abs. 6 Krankenhaus-Buchführungsverordnung - KHBV)	18.477.048,60	100,00
davon		
Land Schleswig-Holstein	18.477.048,60	100,00

Vorstand

- Prof. Dr. Jens Scholz, Vorstandsvorsitzender und Vorstand für Krankenversorgung
- Peter Pansegrau, Kaufmännischer Vorstand
- Michael Kiens, Vorstand für Krankenpflege, Patientenservice und Personalangelegenheiten
- Prof. Dr. Thomas Münte, Vorstand für Forschung und Lehre
- Prof. Dr. Ulrich Stephani, Vorstand für Forschung und Lehre

Aufsichtsrat

- Friederike Kampschulte (Vorsitzende), MBWK SH
- Karin Reese-Cloosters, FM SH
- Dominik Völk, MSGJFS SH
- Dr. Hinrich Habeck, Life Science Nord Management GmbH
- Dr. Waltraud Anemüller, Vertreterin der wissenschaftlichen Beschäftigten des UKSH
- Karen Schröder, Vertreterin der nichtwissenschaftlichen Beschäftigten des UKSH
- Marianne Boskamp, G.. Pohl-Boskamp GmbH & Co.KG
- Prof. Dr. Joachim Thiery, Universität Leipzig
- Sabine Daß, Ver.di Landesbezirk Nord

Der Gesamtaufwand an Sitzungsgeldern und Fahrtkosten des Aufsichtsrats des Universitätsklinikums Schleswig-Holstein betrug in den Geschäftsjahren 2016 und 2017 insgesamt 646,06 € bzw. 812,31 €.

Beteiligungen:	Stammkapital (in €)	Anteil UKSH (in %)
Zentrum für Integrative Psychiatrie ZIP gGmbH	25.000	100
Medizinisches Versorgungszentrum der ZIP gGmbH (Tochter der ZIP gGmbH)	25.000	100
UKSH Akademie gGmbH	25.000	100
Service Stern Nord GmbH	25.000	100
Ambulanzzentrum des UKSH gGmbH	25.000	100
UKSH Energy GmbH	25.000	100
Dialog Diagnostiklabor GmbH	25.000	75
UKSH Gesellschaft für IT Services mbH - ITSG	25.000	51
UKSH Gesellschaft für Informationstechnologie mbH - GfIT	25.000	51
Universitäre Kinderwunschzentren GmbH	25.000	51
MVZ am Karl-Lennert-Krebszentrum GmbH i. L.	25.000	50
UniTransferKlinik Lübeck GmbH	170.000	47

**Unternehmensdaten auf Basis des Konzernabschlusses
(alle Angaben in T€)**

Ausgewählte Daten aus der Bilanz	2017	2016	2015
Anlagevermögen	718.813	702.664	708.235
Umlaufvermögen	339.720	295.967	269.148
Eigenkapital	8430	6930	482
Anteile anderer Gesellschafter	8430	6930	482
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	341.583	304.014	258.617
Bilanzverlust	362.904	325.014	280.074
Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Sachanlagevermögens	508.027	506.057	522.867
Rückstellungen	82.668	67.231	57.787
Verbindlichkeiten	812.163	732.235	657.661
Bilanzsumme	1.405.175	1.307.758	1.241.142

Ausgewählte Daten aus der Gewinn- und Verlustrechnung	2017	2016	2015
Erlöse aus Krankenhausleistungen	637.932	611.098	586.536
Erlöse aus Walleistungen	38.570	37.922	36.555
Erlöse aus ambulanten Leistungen des Krankenhauses	146.178	121.535	113.488
sonstige Umsatzerlöse § 277 HGB n.F.	925.517	69.851	0
Drittmittelerträge	69.445	66.066	57.750
Zuwendungen des Landes davon für Forschung und Lehre	127.615 88.671	129.464 94.104	127.983 91.683
Sonstige betriebliche Erträge	86.579	112.717	162.722
Personalaufwand	645.163	611.242	588.193
Materialaufwand	320.096	301.516	283.272
sonstige betriebliche Aufwendungen	185.091	192.854	169.681
Jahresergebnis	-37.486	-44.857	-43.727

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (im Jahresdurchschnitt)	2017	2016	2015
Gesamtanzahl (Personen)	12.996	12.077	12.027
davon			
Frauen	9.634	8.846	8.812
Männer	3.362	3.231	3.215
Auszubildende	679	621	633
Teilzeitbeschäftigte	6.177	5.634	5.265
Vollkräfte	9.833	9.522	9.317

Kennzahlen	2017	2016	2015
Umsatzrentabilität	-4,26	-5,42	-5,91
Produktivität je Vollkraft (in T€)	89,45	86,89	79,41
Cashflow aus lfd. Geschäftstätigkeit (in T€)	-17.070	5.018	-14.151
Bettenzahl	2.457	2.453	2.450
Berechnungstage	770.815	757.305	750.577
Fallzahl	111.731	109.595	106.437
Durchschnittliche Verweildauer je Patient in Tagen	6,41	6,29	7,10

Geschäftsverlauf

Das UKSH ist das einzige Krankenhaus der Maximalversorgung in Schleswig-Holstein und gewährleistet an über 86 Kliniken, Sektionen und Instituten gemeinsam mit den medizinischen Fakultäten in Kiel und Lübeck eine umfassende universitäre medizinische Versorgung und Forschung im Lande. In Bezug auf die Anzahl der Betten und die Anzahl der behandelten Patienten ist das zweitgrößte Universitätsklinikum in Deutschland.

Nach wie vor haben die Krankenhäuser mit der angespannten Lage auf dem ärztlichen und pflegerischen Arbeitsmarkt zu kämpfen. Die sogenannten Extremkostenfälle, deren Kosten nicht adäquat durch die DRG von den Krankenkassen vergütet werden, führen bei den Maximalversorgern zu weiteren wirtschaftlichen Einbußen. Als ebenso wirtschaftlich schwieriges Themenfeld stellen sich die universitären Ambulanzen dar. Die Unterfinanzierung der stationären und ambulanten Notfallversorgung sowie der Hochschulambulanzen aufgrund ihrer besonderen strukturellen und inhaltlichen Anforderungen sowie Spezialisierungen wurden durch die Gesetzgebungsverfahren im Jahr 2015 aufgegriffen. Ziele sind sowohl die Verbesserung der ambulanten Versorgungsstrukturen als auch der Finanzierung zur Gewährleistung eines wirtschaftlichen Geschäftsbetriebes. Bezüglich der Finanzierung konnte ein wesentlicher Punkt der Finanzierungsverbesserung umgesetzt werden. Die Vergütungspauschale der Hochschulambulanzfälle beträgt im Jahr 2018 150 € pro Fall mit einem Fallzahndeckel von 125.000 Fällen.

Die Ertragslage ist durch einen Jahresfehlbetrag im Jahr 2017 von -37,3 Mio. € bestimmt, der sich gegenüber dem Vorjahr 2016 um 7,3 Mio. € verbessert hat. Geprägt sind die Jahresergebnisse durch die Aufwendungen der Neubauprojekte an den Standorten Kiel und Lübeck. Das operative Ergebnis (EBITDA) ohne die Aufwendungen für das Immobilienprojekt liegt im positiven Bereich und sich ständig verbessert. Das UKSH befindet sich somit auf dem mit der Landesregierung vereinbarten Roadmappfad und erfüllt die Voraussetzung für die Unterstützung bei der Umschulung durch das Land Schleswig-Holstein.

Zur Deckung der Kosten für Forschung und Lehre hat das Ministerium für Soziales, Gesundheit, Wissenschaft und Gleichstellung des Landes Schleswig-Holstein mit Zuweisungsschreiben vom 11.01.2017, 24.03.2017 und 27.03.2017 dem Medizin-Ausschuss und das Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur mit Zuweisungsschreiben vom 14.12.2017 und 20.12.2017 des Landes Schleswig-Holstein dem Vorstand des UKSH für das Geschäftsjahr 2017 Finanzmittel in Höhe 127,6 Mio. € zur Verwaltung zugewiesen.

Die Tochtergesellschaften erwirtschafteten überwiegend positive Jahresergebnisse.

Ausblick

Die Ergebnis-Entwicklung des Geschäftsjahres 2018 zeigt weiterhin den positiven Trend und die erfolgreiche Umsetzung des Roadmapprozesses, sodass für 2018 ein positives EBITDA ohne die Aufwendungen für das Immobilienprojekt erreicht wird und sich gegenüber 2017 verbessert. Geprägt ist das Gesamtergebnis des UKSH durch die Aufwendungen für das Immobilienprojekt, sodass sich der Konzern UKSH auf dem Niveau des Jahres 2017 bewegt.

Mit dem vorgelegten Wirtschaftsplan wird der konsequente Konsolidierungsprozess des UKSH fortgeführt. Die Bedingungen, die für die Umschuldung des UKSH für den beihilferechtlich irrelevanten Teil des Bilanzverlustes definiert wurden, werden weiterhin erfüllt und sind Bestandteil der Wirtschaftsplanung 2019 und der Mittelfristigen Finanzplanung bis 2021. Die Bedingungen des positiven wirtschaftlichen Ergebnisses für den UKSH Konzern sowie für die Einzelgesellschaft UKSH sind mit einem positiven EBITDA (ohne Aufwand für das Immobilienprojekt) in Höhe von 14,5 Mio. € (Konzern) bzw. von 5,1 Mio. € (Einzelgesellschaft) erfüllt.

Das Land Schleswig-Holstein hat mit der Universität zu Lübeck und der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel jeweils eine Ziel- und Leistungsvereinbarung für die Hochschulmedizin für die Jahre 2018 und 2019 abgeschlossen. Die Hochschulstandorte in Schleswig-Holstein, die Forschung und Lehre in der Hochschulmedizin sowie die Forschungslandschaft werden weiterhin nachhaltig gestärkt und auf die zukünftigen Aufgaben vorbereitet. Das Land stellt dafür in den kommenden Jahren jeweils 5 Mio. € zusätzlich zur Verfügung. Im Vorgriff auf die abzuschließenden Zielvereinbarungen bis zum Jahr 2024 soll damit eine Erhöhung der Grundfinanzierung gesichert werden.

[\[Inhaltsverzeichnis\]](#)

Wirtschaftsförderung und Technologietransfer Schleswig-Holstein GmbH



Lorentzendam 24

24103 Kiel

Telefon: 0431 / 66 66 6 – 0

Fax: 0431 / 66 66 6 – 7 67

Mail: info@wtsh.de

Internet: www.wtsh.de

Unternehmensaufgabe

Zu den Aufgaben der WTSH gehören

- die Förderung der Wirtschaft durch Beratung und Anwerbung von Wirtschaftsunternehmen in bzw. für Schleswig-Holstein und damit in Zusammenhang stehenden Maßnahmen.
- die Förderung der außenwirtschaftlichen Aktivitäten der schleswig-holsteinischen Wirtschaft.
- die Förderung der Wirtschaft durch Maßnahmen zur Stärkung von Technologietransfer und Innovation.
- die Intensivierung des Wissenstransfers durch Stärkung der Zusammenarbeit von Hochschulen, wissenschaftlichen Instituten und insbesondere mittelständischen Unternehmen.
- die Übernahme von Aufgaben der öffentlichen Hand im Bereich der Förderung einschl. der Beratung über die öffentliche Förderung, sowie die auftragsweise Abwicklung von Förderprogrammen in den Bereichen Außenwirtschaft, Innovation und Technologietransfer.

Eigentumsverhältnisse	in €	in %
Stammkapital der WTSH	400.000	100,00
davon		
Land Schleswig-Holstein	204.000	51,00
IHK Flensburg	32.000	8,00
IHK Kiel	64.000	16,00
IHK Lübeck	64.000	16,00
Hochschul-GbR	18.000	4,50
Handwerkskammer Flensburg	9.000	2,25
Handwerkskammer Lübeck	9.000	2,25

Geschäftsführung

Dr. Bernd Bösche

Aufsichtsrat

- Jörg Orlemann (Vorsitzender), IHK zu Kiel
- Dr. Thilo Rohlf (stellvertretender Vorsitzender), MWVATT SH
- Prof. Dr. Thorsten M. Buzug, Universität zu Lübeck
- Dr. Alexandra Schubert, BWVI HH (für SH)
- Udo Hansen, Handwerkskammer Flensburg
- Ellen Petersen, FM SH
- Lars Schöning, IHK zu Lübeck
- Björn Ipsen, IHK zu Flensburg

Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhielten in den Geschäftsjahren 2016 und 2017 keine Vergütung.

Beteiligungen	Stammkapital (in T€)	Anteil (in %)
Keine		

**Unternehmensdaten
(alle Angaben in T€)**

Ausgewählte Daten aus der Bilanz	2017	2016	2015
Anlagevermögen	142	132	127
Umlaufvermögen	1.218	1.672	1.658
Eigenkapital	400	400	400
Sonderposten mit Rücklagenanteil	142	132	127
Rückstellungen	692	944	799
Bilanzsumme	2.317	2.423	1.963

Ausgewählte Daten aus der Gewinn- und Verlustrechnung	2017	2016	2015
Umsatzerlöse	3.924	4.134	3.702
Projektzuschüsse	1.169	1.549	1.258
sonstige betriebliche Erträge davon Zuwendungen des Landes Schleswig-Holstein (institutionelle Förderung)	3.381 2.710	3.373 2.675	3.415 2.636
Personalaufwand	5.104	5.264	4.958
sonstige betriebliche Aufwendungen	2.450	2.579	2.484
Jahresergebnis	179	299	110
Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (im Jahresdurchschnitt)			
Gesamt (inkl. Aushilfskräfte)	90	100,5	94,75
davon Frauen Männer	55,0 35,0	63,5 37,0	58,25 36,50
Auszubildende	1	3	2
Teilzeitbeschäftigte	25,6	25,75	24,5
Vollzeitäquivalente	73,61	78,71	68,06
Kennzahlen			
Ansiedlungen (Anzahl)	40	33	32
geschaffene Arbeitsplätze (Anzahl)	442	592	793
Finanzierungsanteil des Landes an den gesamten Nettoerträgen	65%	59%	57%
Fördervolumen Technologieförderung (Mio. €)	23,5	12,8	10,1

Geschäftsverlauf

Die Finanzierung der Gesellschaft erfolgte wie in den Vorjahren insbesondere durch institutionelle Förderung. Die institutionelle Förderung des Landes betrug im Geschäftsjahr 2016 2.675 T€ Für das Geschäftsjahr 2017 wurde die bewilligte institutionelle Förderung einmalig gegenüber dem Vorjahr um 35 T€ auf 2.710 T€ angehoben. Wie erstmals im Jahr 2015 wurde diese nicht als Fehlbedarfs- sondern als Festbetragsfinanzierung gewährt. Eventuell nicht verbrauchte gewährte institutionelle Zuschüsse sind von der WTSH damit nicht mehr an die Zuwendungsgeber zurück zu zahlen oder mit den Zuschüssen des Folgejahres zu verrechnen. Das soll insbesondere der Planungssicherheit bei Projekten dienen. Die Bilanz der Gesellschaft weist somit ein Jahresergebnis jenseits der Null aus.

Wie in den Vorjahren erfolgte die Finanzierung der WTSH-Aktivitäten zum deutlich größten Teil durch das Land Schleswig-Holstein. Der relative Anteil des Landes an der Gesamtfinanzierung der WTSH stieg im Jahr 2017 deutlich auf 65%. 2015 und 2016 lag der Wert noch bei gut 57%.

Nachdem die Höhe der Projektzuwendungen im Jahr 2016 wieder den Wert aus 2014 erreichen konnte blieb sie 2017 weit unter dem Wert des Vorjahres. Der relative Anteil der Projektzuwendungen in Relation zum Nettogesamtumsatz verringerte sich angesichts des Übergangs der Projektträgerschaft für das Maritime Cluster Norddeutschland von der WTSH auf den Verein MCN e.V. zum Jahresanfang 2017 von knapp 18% auf knapp 14%.

Im Jahr 2017 konnten unter maßgeblicher Mitarbeit der WTSH 40 Unternehmen angesiedelt werden. Damit konnten die Vorjahresergebnisse (2016: 33, 2015: 32) überschritten werden. Allerdings ging die Zahl der damit verbundenen geschaffenen Arbeitsplätze wiederum zurück (2017: 442, 2016: 592).

Ausblick

Die Bezuschussung durch die Gesellschafter bleibt weiterhin die finanzielle Grundlage des Geschäftsbetriebes der WTSH.

Ergänzend werden projektbezogene Zuwendungen und Entgelte für Dienstleistungen zur Finanzierung verwendet.

In der Projektförderung geht der Trend eher zu längeren Laufzeiten, was insbesondere die Planungssicherheit erhöhen soll.

Anhänge

Landesmandatsträgerinnen und Landesmandatsträger in Aufsichtsorganen

Mandatsträgerinnen und Mandatsträger	Behörde	Mitglied des Aufsichts- oder Verwaltungsrats der folgenden Landesbeteiligung
Andresen, Mona	MWVATT SH	AKN HVV
Bieler-Seelhoff, Susanne	MBWK SH	FFHSH
Callsen, Johannes	Minderheitenbeauftragter SH	LZN
Däuber, Peter	FM SH	HSH Finanzfonds
Ehlers, Kerstin	MWVATT SH	TASH
Elscher, Thorsten	MELUND SH	SHLF
Erdmann, Anke	MELUND SH	SHLF (Vorsitzende)
Föh, Dr. Jörg	MSGJFS SH	InphA
Friedrich, Britta	MWVATT SH	EDN
Goldschmidt, Tobias	MELUND SH	GMSH IBSH
Grote, Hans-Joachim	MILI SH	Olympia GmbH
Grundeis, Dr. Oliver	MBWK SH	GMSH LSN
Grützner, Johannes	MELUND SH	Bürgschaftsbank
Heinold, Monika	FM SH	KfW
Hemming, Sigrid	MBWK SH	HZG ZTS
Herbst, Kristina	MILI SH	GMSH IBSH
Homp, Dr. Catrin	TVSH e.V.	TASH
Hoppe, Ursel	MJEVG SH	GMSH

Mandatsträgerinnen und Mandatsträger	Behörde	Mitglied des Aufsichts- oder Verwaltungsrats der folgenden Landesbeteiligung
Kampschulte, Friederike	MWVATT SH	UKSH (Vorsitzende)
Klein, Regina	FM SH	EDN GOES
von Knobelsdorff, Kurt Christoph	MWVATT SH	Bürgschaftsbank (Vorsitzender)
Kruse, Dr. Martin	IHK Kiel	GBS GOES SHLF
Kübitz-Schwind, Roland	MELUND SH	GBS (Vorsitzender) GOES
Lohmann, Prof. Dr. Martin	NIT Kiel	TASH
Nimmermann, Dr. Philipp	FM SH	HSH Beteiligungs Management (Vorsitzender) HSH Nordbank hsh portfoliomanagement IBSH (Vorsitzender)
Nußmann, Maria	FM SH	HSH Beteiligungs Management
Petersen, Ellen	FM SH	WTSH
Pirschel, Michael	MWVATT SH	DEGES
Reese-Cloosters, Karin	FM SH	NAH.SH StaNord UKSH
Rohlf, Dr. Thilo	MWVATT SH	IBSH LSN NAH.SH (Vorsitzender) TASH (Vorsitzender) WTSH
Rossow, Torben	FM SH	GBS GKL

Mandatsträgerinnen und Mandatsträger	Behörde	Mitglied des Aufsichts- oder Verwaltungsrats der folgenden Landesbeteiligung
Schneider, Dr. Silke	FM SH	GMSH (Vorsitzende) SHLF
Schröder, Jan Peter	Kreis Segeberg	AKN
Schrödter, Dirk	StK SH	Dataport
Schubert, Dr. Alexandra	BWVI HH	WTSH
Sorgenfrei, Dr. Christiane	FM SH	AKN (Vorsitzende) Bürgschaftsbank TASH
Thiery, Prof. Dr. Joachim	Uni Leipzig	UKSH
Vanini, Prof. Dr. Ute	FH Kiel	IBSH
Völk, Dominik	MSGJFS SH	UKSH
Wasielewski, Dr. Andreas	MELUND SH	GOES (Vorsitzender)
Weber-Braun, Elke	selbst. Wirtschaftsprüferin	IBSH HSH Nordbank
Witt, Hans-Herrmann	MILI SH	StaNord
Witte, Agnes	FM SH	HSH Finanzfonds hsh portfoliomanagement

Abkürzungsverzeichnis

AKN	AKN Eisenbahn GmbH
BGV FHH	Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz Hamburg
BIS HH	Behörde für Inneres und Sport Hamburg
BMF	Bundesministerium der Finanzen
BMVI	Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur
BUE HH	Behörde für Umwelt und Energie Hamburg
BWFG HH	Behörde für Wissenschaft, Forschung und Gleichstellung Hamburg
BWVI HH	Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation Hamburg
DEGES	Deutsche Einheit Fernstraßenplanungs- und -bau GmbH
EDN	Eichdirektion Nord AöR
EKSH	Gesellschaft für Energie und Klimaschutz Schleswig-Holstein GmbH
EZB	Europäische Zentralbank
FB HH	Finanzbehörde Hamburg
FFHSH	Filmförderung Hamburg / Schleswig-Holstein GmbH
FH Kiel	Fachhochschule Kiel
FHH	Freie und Hansestadt Hamburg
FM SH	Finanzministerium des Landes Schleswig-Holstein
FM MV	Finanzministerium des Landes Mecklenburg-Vorpommern
FM NI	Finanzministerium des Landes Niedersachsen
GBS	Gesellschaft zur Beseitigung von Sonderabfällen mbH
gGmbH	Gemeinnützige Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GKL	Gemeinsame Klassenlotterie der Länder AöR
GMSH	Gebäudemanagement Schleswig-Holstein AöR
GOES	Gesellschaft für die Organisation der Entsorgung von Sonderabfällen mbH

GVFG	Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz
HB	Freie Hansestadt Bremen
HE	Hessen
HGV	Hamburger Gesellschaft für Vermögens- und Beteiligungsmanagement mbH
HHA	Hamburger Hochbahn AG
HSM HE	Hessisches Ministerium für Soziales und Integration
HZG	Helmholtz-Zentrum Geesthacht Zentrum für Material- und Küstenforschung GmbH
IBSH	Investitionsbank Schleswig-Holstein AöR
IHK	Industrie- und Handelskammer
InphA	Institut für pharmazeutische und angewandte Analytik GmbH
KfW	Kreditanstalt für Wiederaufbau AöR
LHS Kiel	Landeshauptstadt Kiel
LKN	Landesbetrieb für Küstenschutz, Nationalpark und Meeresschutz
LSN M	Life Science Nord Management GmbH
LZN	Länderzentrum für Niederdeutsch gGmbH
MA HSH	Medienanstalt Hamburg / Schleswig-Holstein
MBWK SH	Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur des Landes Schleswig-Holstein
MdL	Mitglied des Landtages
MEID MV	Ministerium für Energie, Infrastruktur und Digitalisierung des Landes Mecklenburg-Vorpommern
MELUND SH	Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung des Landes Schleswig-Holstein
MILI SH	Ministerium für Inneres, ländliche Räume und Integration des Landes Schleswig-Holstein
MIL BB	Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung des Landes Brandenburg
MJEVG SH	Ministerium für Justiz, Europa, Verbraucherschutz und Gleichstellung des Landes Schleswig-Holstein

MLV ST	Ministerium für Landesentwicklung und Verkehr des Landes Sachsen-Anhalt
MS NI	Niedersächsisches Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung
MSGFF SL	Ministerium für Soziales, Gesundheit, Frauen, Familie des Landes Saarland
MSGJFS SH	Ministerium für Soziales, Gesundheit, Jugend, Familie und Senioren des Landes Schleswig-Holstein
MWAG MV	Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Gesundheit des Landes Mecklenburg-Vorpommern
MWEVL HE	Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Landesentwicklung
MWVATT SH	Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus des Landes Schleswig-Holstein
NAH.SH	Nahverkehrsverbund Schleswig-Holstein GmbH
NDR	Norddeutscher Rundfunk
NF	Nordfriesland
NI	Niedersachsen
NIT Kiel	Institut für Tourismus- und Bäderforschung in Nordeuropa GmbH
NPS	NationalparkService gGmbH
ÖPNV	Öffentlicher Personennahverkehr
SenUBV HB	Senator für Umwelt, Bau und Verkehr Bremen
SenUVK BE	Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz Berlin
SF HB	Senatorin für Finanzen der Hansestadt Bremen
SHEREG	Schleswig-Holsteinische Entsorgungs- + Recycling GmbH
SHLF	Schleswig-Holsteinische Landesforsten AöR
SHLT	Schleswig-Holsteinischer Landkreistag
SL	Saarland
SMWA SN	Sächsisches Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr
SPNV	Schienenpersonennahverkehr
StK SH	Staatskanzlei des Landes Schleswig-Holstein

SWGVB HB	Die Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz des Landes Bremen
TASH	Tourismus Agentur Schleswig-Holstein
TMIL TH	Thüringer Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft
TVSH e.V.	Tourismusverband Schleswig-Holstein e.V.
UKSH	Universitätsklinikum Schleswig-Holstein AöR
UV Nord	Vereinigung der Unternehmensverbände in Hamburg und Schleswig-Holstein e.V.
VM BW	Ministerium für Verkehr des Landes Baden-Württemberg
VM NRW	Ministerium für Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen
WTSH	Wirtschaftsförderung und Technologietransfer Schleswig-Holstein GmbH
ZDF	Zweites Deutsches Fernsehen
ZTS	Zentrum für Maritime Technologie und Seefischmarkt ZTS Grundstücksverwaltung GmbH

[\[Inhaltsverzeichnis\]](#)